

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf.  
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.  
 Wöchentliche Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit beiliegender Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interfions-Gebühr**  
 beträgt für die hochgehaltenen Kolonell-  
 grade oder deren Äquivalent, für  
 baltische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Verbandsmitglieder 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
 Wort 30 Pf., für die 2. Zeile 20 Pf.,  
 Stellenanzeigen und Schiffsan-  
 gebote das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inletzte  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. Dezember 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Reichstagswähler! Nur noch zwei Tage liegen die Wählerlisten aus! Sichert Euch durch Einsichtnahme das Wahlrecht!

### Der Reichshaushaltsetat für 1912.

In ihren beiden letzten Nummern veröffentlicht die „Nordd. Allgem. Zeitung“ Mitteilungen und eine summarische Uebersicht über den Reichshaushaltsetat für 1912. Die Mitteilungen, namentlich soweit sie den Stand der Reichsschuld betreffen, sind so verworren gehalten, daß sich kein Mensch ein klares Bild zu machen vermag. Eine Uebersicht über die vorgenommene Schuldentilgung und ein Vergleich der Schuldentilgung mit den ihm gegenüberstehenden neuen Anleihebedarfen wird sich erst dann anstellen lassen, wenn der Etat selbst vorliegt. Bei oberflächlichem Lesen der Angaben der Norddeutschen Allgem. Ztg. könnte der Uebersicht den Eindruck ergehen, als sei tatsächlich eine absolute Verminderung der Reichsschuld eingetreten. Daß das jedoch nicht der Fall ist, sondern daß einwöchentlich noch der Anleihebedarf die Schuldentilgung erheblich überwiegt, ergibt sich aus einer genaueren Betrachtung der Etats von 1910, 1911 und 1912.

Daß auch im Jahre 1912 kein Ueberschuß, sondern auch ein Anleihebedarf vorhanden ist, beweist ja die in der Mittwochszahl des offiziellen Organs gegebene Uebersicht über den Etat. Danach ist noch der Betrag von 43 758 372 Mark — durch Anleihe aufzubringen. Das heißt, diese Anleihe von rund 44 Millionen wird nur dann ausreichen, wenn die zur Schuldentilgung bestimmten 87 Millionen nicht diesem Zwecke zugeführt, sondern zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Etats verwendet werden, in denen keine Posten für Schuldentilgung enthalten sind. Werden aber die 87 Millionen faktisch zur Schuldentilgung verwendet, so erhöht sich der Anleihebedarf um diesen gleichen Betrag, also auf 131 Millionen. Den 87 Millionen Schuldentilgung würden dann also 87 Millionen Mark neuer Schulden gegenüberstehen, so daß Schuldentilgung und vermehrte Anleihe sich gegenseitig aufheben. Das einzig Greifbare und Faktische bleibt also im neuen Etat für 1912 ein Anleihebedarf von rund 44 Millionen!

Mit der famosen „Schuldentilgung“ in den beiden vorhergehenden Jahren hat es ja genau die gleiche Verwandtschaft. Im Etat für 1910 war eine Anleihe von 172 Millionen vorgesehen. Diese Anleihe hätte sich aber noch um 35,4 Millionen erhöht, wenn nicht der in gleicher Höhe vorgesehene Betrag zur Schuldentilgung zur Verminderung des Anleihebedarfs verwendet wurde. Haben also die 35,4 Millionen faktisch zur Schuldentilgung geblieben, so betrug der Anleihebedarf 207 Millionen. Ziehen wir nun von diesen 207 Millionen die 117 Millionen ab, die nach den bekannten Erklärungen des Reichsschatzsekretärs Vermuth im Jahre 1910 mehr eingegangen sind, so bleibt ein Anleihebedarf von 90 Millionen, oder aber, wenn wir davon noch die 35 Millionen Schuldentilgung abrechnen, ein reines Defizit, ein faktischer Anleihebedarf von 55 Millionen.

Auch im Jahre 1911 soll sich die Mehreinnahme auf 117 Millionen belaufen haben. Der Anleihebedarf aber betrug in diesem Jahre 97 Millionen, so daß ein Ueberschuß von 20 Millionen herauskam. Die 89 Millionen „Schuldentilgung“, die für das Jahr 1911 vorgesehen waren, lassen wir der Einfachheit halber ganz aus dem Spiele, weil ja für den Fall der Verwendung dieser Summe zur Schuldentilgung sich der Anleihebedarf aus den gleichen Gründen wie im Jahre 1910 um 89 Millionen vermehrt hat. Schuldentilgung und vermehrte Anleihe hoben sich also gegenseitig auf, können deshalb also ganz außer Rechnung bleiben. Nehmen wir aber das Ergebnis der beiden Jahre 1910 und 1911 zusammen, so ergibt sich danach ein reines Defizit, ein wirklicher Anleihebedarf von 35 Millionen.

Von einer wirklichen Verminderung der Schuldenlast kann also gar keine Rede sein. Die Aufzählung der Schuldentilgung ohne gleichzeitige Gegenüberstellung des erhöhten Anleihebedarfs ist nichts als eine plumpe Täuschung, die nur auf die Täuschung des ahnungslosen Publikums berechnet sein kann.

Daß unsere Reichsfinanzen noch keineswegs „gesunder“ sind, beweist ja die Tatsache, daß auch im Etat für 1912 noch ein Anleihebedarf von 43 Millionen vorhanden ist, trotzdem die Mehreinnahmen in dem neuen Etat sehr hoch veranschlagt worden sind. Nach dem Etat für 1912 doch mit einer Mehreinnahme von 140 Millionen gegenüber dem Etat für 1911. Dieser Mehretrag setzt sich hauptsächlich zusammen aus rund 47 Millionen bei der Reichs-

post- und Telegraphenverwaltung, 10 Millionen bei der Reichseisenbahnverwaltung, 79 Millionen aus Zöllen, Steuern und Gebühren, 3 1/2 Millionen aus den Matrikularbeiträgen und einer Reihe geringerer Posten. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß diesmal die wirklichen Einnahmen den Voranschlag nicht übersteigen werden!

Wahrscheinlich aber wird sich das finanzielle Bild noch wesentlich ungünstiger gestalten, wenn erst die neuen Ausgaben für Heer und Marine in Erscheinung treten werden. Denn allem Anschein nach sind diese Mehrausgaben, wie sie aus der geforderten Neubestärkung unseres Heeres und den von den Flottenjägern so stürmisch verlangten neuen Flottenrüstungen sich ergeben werden, nicht in dem Etatentwurf enthalten. Zwar belaufen sich die Ausgaben für das Heer auf rund 768 Millionen, das heißt circa 41 Millionen mehr als im Jahre 1911, allein diese Steigerung dürfte lediglich die Mehrausgabe enthalten, die aus der bereits bewilligten Heeresvorlage und höchstensfalls noch den vermehrten Ansprüchen an den Luftmilitarismus resultieren. Die Ausgaben für die Marine hingegen belaufen sich auf rund 458 Millionen, also ebensoviel als im Jahre 1911. Die Kosten der neuen Flottenvorlage werden also noch den Ausgaben des neuen Etats hinzuzurechnen sein. Dann aber wird der Anleihebedarf auf weit über 100 Millionen steigen! Erleidet also die wirtschaftliche Konjunktur auch nur die geringste Erschütterung, die, wie ja die kaum erst überwundenen mageren Jahre beweisen haben, sofort ein gewaltiges Minus an Reicheinnahmen nach sich ziehen würde, so wird das Defizit mit einem Schlage wieder um Hunderte von Millionen anschwellen! Die Gefahr neuer Steuern, einer neuen Ausplünderung der Besitzlosen, ist also in drohendster Nähe gerückt!

Eine Steigerung haben auch die Ausgaben für die Schutzgebiete erfahren. Die Reichszuschüsse für die Schutzgebiete belaufen sich im Jahre 1912 auf 28 596 406 M., das sind 2 860 655 M. mehr als 1911. Außerdem wird sich die Schutzgebietenlast im Jahre 1912 voraussichtlich auf 17 1/2 Millionen belaufen. Für diese Schuld, an deren Tilgung durch die Schutzgebiete selbst natürlich gar nicht zu denken ist, ist aber das Deutsche Reich haftbar, so daß diese Schuldenlast zur Reichsschuld noch hinzu addiert werden muß!

### Opfer unerhört!

Die schwarzblauen Blockbrüder wollen durch verbrecherische Kriegshetze die Wahlgewinne machen. Vor aller Welt schreuderte der Reichskanzler den Völkern solche Verschuldung ins Gesicht! Trotzdem hegen die Bronnauerer, die Ritter, Heiligen und Panzerplatteninteressenten strupellos weiter. Sie wollen einen Krieg mit allen seinen Guts- und Vunsopfern. Was Kriege kosten, das illustrieren folgende Angaben:

	Mark
Die Ausgaben für den preussisch-österreichischen Krieg im Jahre 1866 beliefen sich auf	1 324 000 000
Der deutsch-französische Krieg kostete insgesamt rund	10 000 000 000
Der russisch-japanische Krieg kostete die Japaner	3 120 000 000
„Russen	5 600 000 000
Der Donau-Monarchie kostete allein die Mobilisierung im Winter 1908/09 etwa	500 000 000
Der glorreiche deutsche Feldzug gegen die Eingeborenen in unserem südafrikanischen Schutzgebiet im Winter 1903/04 erforderte	400 000 000
Italiens Raubzug nach Tripolis kostete in den ersten 5 Wochen pro Tag fast 2 Millionen Lire, man schätzt die Gesamtkosten, wenn der Krieg ein Jahr dauert, auf	1 600 000 000
Der Burenkrieg kostete die Engländer für jeden unterworfenen Buren 60 000 M., im ganzen	3 000 000 000
Weit mehr würde ein Krieg zwischen Deutschland und einem anderen europäischen Lande kosten. Nach der Berechnung des Generals der Infanterie z. D. v. Blume müßte Deutschland für einen einjährigen Krieg ausgeben	6 000 000 000
Pro Kopf der Einwohner Deutschlands 92 M. pro fünfköpfige Familie	460
Diese Kosten ergeben sich ohne die von der Bevölkerung zu leistende Naturalverpflegung.	
Anderer Militärschriftsteller schätzen die Kosten eines zukünftigen Krieges noch höher, auf 20 Millionen Mark pro Tag oder für einen Krieg mit 1jähriger Dauer auf	7 000 000 000 — 8 000 000 000

Unbestimmt um solche Opfer, unbestimmt um die Massenvernichtung von Menschen betreiben die Protowucherparteien die Kriegshetze weiter.

Wähler, gebt ihnen dafür am 12. Januar die Antwort!

### Zur Reichstagswahl.

#### Reichsverbandsspleite.

Unserem Chemnitzer Parteiblatt, der „Volkstimme“, ist folgender Vettelbrief des Liebertschen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie auf den Redaktionstisch geflogen: Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Hauptstelle.

Fernsprecher Amt 6, Nr. 2903. Berlin SW. 11, 15. Dez. 1911. Dessauer Strasse 30.

An die Herren Mitglieder und Spender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

In unserem Rundschreiben vom November haben wir uns erlaubt, unsere Herren Mitglieder und Spender zur Sammlung für den

#### Wahlschatz

des Reichsverbandes für die nächsten Reichstagswahlen aufzufordern. Es ist darin gebeten worden, eine besondere Geldsammlung zu veranstalten und die Sammelliste sowie den Ertrag der Sammlung an die Hauptstelle des Reichsverbandes, Berlin SW. 11, Dessauer Str. 30, bis spätestens den 2. Dezember abends zu woffen. Da wir bisher von Ew. Hochwohlgeborenen diese Liste noch nicht zurückerhalten haben, erlauben wir uns hierdurch noch einmal, an diese Angelegenheit ergebenst zu erinnern. Die überaus hohen Anforderungen, die bei den bevorstehenden Reichstagswahlen an den Reichsverband gestellt werden, nötigen uns, die Opferwilligkeit unserer Herren Mitglieder und Spender in Anspruch zu nehmen. Wir hoffen deshalb sehr herzlich, daß auch Sie uns die Sammelliste und den bewilligten Betrag möglichst bald überweisen, da der Wahlkampf schon in aller Schärfe eingeleitet hat.

In dem wir bitten, für Ihre tatkräftige Unterstützung der vaterländischen Sache des Reichsverbandes unseren herzlichsten Dank entgegenzunehmen zu wollen, zeichnen wir

Mit vorzüglicher Hochachtung

sehr ergebenst  
 Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Dr. Döbenich, v. Liebert,  
 Generalleutnant i. D., M. d. R.

Der Brief bekräftigt, was uns kürzlich von einem mit der Finanzlage des Liebertschen Reichsverbandes Vertrauten mitgeteilt wurde, daß der Verband die von ihm für die Reichstagswahl gesammelten Mittel bereits nahezu aufgebraucht hat und neue Beträge nur grüßlich einlaufen, da einerseits die Geldspenden, die früher größtenteils in die unkontrollierbare Kasse des Reichsverbandes flossen, jetzt meist dem Wahlfonds der Konservativen und Scharfmacher, d. h. des Zentralverbandes deutscher Industrieller oder auch der Kasse des Hansabundes zugeführt werden. Für die schönen Zwecke des ehrlichen Reichsverbandes bleibt wenig übrig. Nur die Einfältigen vom Geiste“ steuern noch; die etwas Geschickteren sind nach und nach zu der Ueberzeugung gekommen, daß die alberne Agitations- und Beschimpfungsmethode des Liebertschen Räderkorps wenig Wirkungskraft besitzt und im Grunde nur den Zweck hat, einigen politischen Gernegroßen ein gewisses Relief zu geben.

Um Geld aufzutreiben, ist bereits die Zeitung des vaterländischen Verbandes der Liebertmänner auf einen recht schlaunen Trick verfallen. Sie sendet an die Gutsbesitzer und größeren Landwirte Zuschriften hinaus, in denen sie diesen in beweglichen, überauswichtigen Worten die große Gefahr schildert, die ihnen durch die sozialdemokratische Landagitation, besonders durch den Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter, droht, um dann schließlich als bestes Gegenmittel gegen die „ungeheure Gefahr“ und die herannahende „Katastrophe“ die Einfindung von möglichst hohen Geldbeiträgen an den H. Schwauffhausen'schen Wandverein, Berlin W. 8, Französische Str. 53/54, zu empfehlen. So heißt es z. B. in der kuriosen Zeremonie, die gegen die Behauptung des Landbündlerführers recht seltsam abspielt, die Sozialdemokratie hätte bisher vergeblich versucht, auf dem platten Lande festen Fuß zu fassen:

Wenn man aber bedenkt, daß die Landarbeiter, die zum größten Teil im Hause ihres Arbeitgebers wohnen und dort beschäftigt werden, schwieriger zu organisieren sind, als Industriearbeiter, die an das Heim des Protobauern überhaupt nicht gefesselt sind, dann muß man leider zu der Ueberzeugung kommen, daß auch auf dem Lande die Sozialdemokratie sich einigmaßen be-

günst. Sie wird langsam, aber unablässig vorwärts schreiten, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig Vorkehrungsmassregeln zu treffen. Die Sozialdemokratie wird ihre Anstrengungen von Jahr zu Jahr verdoppeln, weil es für sie eine Lebensfrage ist, die Landarbeiter mit revolutionärem Geiste zu erfüllen. Mit den Industriearbeitern allein kann die Revolution keine Schlachten schlagen. Erst wenn auch die untersten Schichten der Landbevölkerung revolutioniert sind, steht der Erreichung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie nichts mehr im Wege. Vogel-Strahnpolitik treiben ist durch uns nicht am Platze. Der Landwirtschaft droht eine ungeheure Gefahr. Wartet man erst ab, bis der sozialdemokratische Landarbeiterverband groß und stark geworden ist, dann ist es zu spät. Ein Landarbeiterstreik würde für viele landwirtschaftliche Betriebe eine Katastrophe, für die ganze deutsche Volkswirtschaft eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr bedeuten. . . .

Jeder Landwirt ist daher der natürliche Gegner der bolschewistischen Sozialdemokratie, er muß aber auch offen und asymmetrisch diese Opferwilligkeit ist die Hauptfrage. Die Med. des Vortr.) in die Reihe der Streiter gegen die Sozialdemokratie einzutreten. Damit schlägt er am besten seine Heimstätte und seine Scholle, damit fördert er am besten die Interessen der ganzen Landwirtschaft, die doch nach Wilhelm Roscher die Wurzel am Volksbaum ist. Der sozialdemokratischen Agitationsparole „Aufs Land!“ muß eine andere Parole entgegengestellt werden: Aufklärungsarbeit unter den kleinen Besitzern, unter den Landarbeitern, unter den wirtschaftlich schwächeren Schichten der ländlichen Bevölkerung, Aufklärungsarbeit über die landwirtschaftsfeindliche Sozialdemokratie!

An der Bekämpfung der Umsturzpartei wirkt unablässig in Wort und Schrift der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, den wir über besondere Beachtung und Förderung empfehlen. . . . Wollen Sie sich bitte der beifolgenden Beitrags-erklärung bedienen, diese ausgefüllt an uns zurücksenden und den günstig gezeichneten Beitrag oder die Spende durch obliegende Postanweisung unserem Bankhaus, dem A. Schaffhausen Bankverein, Berlin W. 8, Französischer Str. 53/54, überweisen.

### „Sozialdemokratische Schiebungen.“

Die gesamte reaktionäre Presse, die nationalliberale, entwirft sich über einen angeblichen Wählerraub, der von den sozialdemokratischen Organisationen Leipzig und Dresden vorgenommen werde, um durch scheinbaren Umzug von Arbeiterwählern aus den sozialdemokratischen Hochburgen der Landkreise das Stimmverhältnis in den Städten zu unseren Gunsten zu verschieben. Einen Beweis dafür, daß sich solche Vorgänge wirklich abspielen, liefern die reaktionären Blätter nicht. In dessen legen wir den Fall, daß es so gemacht würde: wer könnte darin bei der niederträchtigen Ungleichheit der Reichstagswahlkreise, die geradezu eine Konfiskation des Wahlrechts der großen Industriebezirke darstellen, es anders, denn als eine gerechte Korrektur dieses Unrechts ansehen, wenn wirklich auf diese Weise vorgegangen würde? Gerade die Nationalliberalen, die in Baden mit uns die Einführung des Proporzwahlrechts für das ganze Land fordern und beschließen haben, die in Bayern seit Jahren den Proporz fordern, müßten einverstanden sein, daß die Wähler freiwillig die Ungleichheit der Wahlkreise zu korrigieren trachten, da der Reichstag seine in der Verfassung vorgeschriebene Aufgabe der Reueinteilung der Wahlkreise so schamlos vernachlässigt hat. Mögen die Parteien, die das städtische Bürgerturn vertreten, dafür sorgen, daß der Agrarier in Deutsch-Österreich nicht das zwanzigfache Wahlrecht habe wie der Wähler in Groß-Berlin, mögen sie dafür eintreten, daß die Stimme des Leipziger städtischen Wählers nicht ein vielfaches der Stimme seines Nachbarn im nächsten Vorort habe — dann dürfen sie sich allenfalls über Wählerchiebungen (die, wie gesagt, nicht bewiesen sind) enträsten. Früher nicht.

### Saalpolitik.

Der Antrag des sozialdemokratischen Wahlkomitees des Wahlkreises Saarbrücken auf Uebertragung des städtischen Saalhauses zwecks Abhaltung einer Wählerversammlung, fand in einer Sonder Sitzung der Stadtverordneten eine Dreiviertelmehrheit. Da der Vorsitzende des Stadtverordnetenkollegiums, Oberbürgermeister Rangold, diesen Beschluß bereits zum zweitenmal beanstandete, wird sich nunmehr der Bezirksausschuß zu Erörterung mit der Frage seiner Rechtsgültigkeit zu befassen haben. — Das ist so preussisch-deutsche Selbstverwaltung! Die Gemeindevertretung wählt einen Oberbürgermeister, der dann ihre Obrigkeit ist und den sie nicht einmal zur Rechenschaft ziehen kann. Nebenbei illustriert der Vorfall wieder unsere Rechtsgleichheit. Die Arbeiter bringen die Kosten des Stadtsaalbaus auf — aber nur ihre Feinde sollen sich darin verkammeln dürfen.

## Nach nicht invalide!

Die ungeheuerliche Auslegung des Begriffs „invalide“ im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zumungunsten der Arbeiterklasse hat einen Keisler einer Gemeinde geleistet.

In der „Österr. Rundschau“ (Wormberg) ist folgendes Eingekannt des Ortsverbandes Brzozogaj erschienen:

### Soziale Gesetzgebung und ihre Anwendung.

Brzozogaj, 11. Dezember.

Ein interessanter Fall über die Auslegung des Invalidenversicherungsgesetzes spielte sich in der letzten Zeit hier ab! Unter dem 26. Juli 1909 wird der 33-jährigen Arbeiterin Anna Springer aus Brzozogaj von der Landesversicherungsanstalt Posen eine Invalidenrente von 10,70 M. monatlich zugeteilt, weil sie an starker chronischer Gelenksmit mit Versteifung der Handgelenke, mäßigem Allgemeinschwäche, beginnender Herzschwäche und Blutarmut litt.

Eine Nachuntersuchung derselben durch den zuständigen Kreisarzt Dr. Gaoz-Gniewski am 21. August 1910 ergab, daß in dem Zustande der Rentempfängerin insofern eine Besserung eingetreten war, daß sich das Allgemeinbefinden gehoben hat, Blutarmut nicht besteht und die Herzschwäche nur gering ist. Die Erwerbsfähigkeit der Rentempfängerin soll deshalb 40 Prozent betragen, die Rente wurde ihr daher mit Ablauf des Oktobers 1910 entzogen.

Die starke chronische Gelenksmit mit Versteifung der Handgelenke ist geblieben, die Herzschwäche ist noch — wenn auch gering — vorhanden! Die Blutarmut soll nicht mehr bestehen! Hier müssen wir ja unseren Laienverstand dem Arzturteil unterordnen, obwohl es uns schmerzt, das zu begreifen, wodurch die Blutarmut beseitigt sein soll!

Das arme Weib ist ohnehin noch magerfrank, sie hat ihren Lebensunterhalt in der Hauptsache von ihrer Invalidenrente von 10,70 M. monatlich bestritten, wie sie es damit möglich gemacht hat, die Blutarmut zu beseitigen, d. h. blutstärkende und -mehrende Mittel anzuwenden, ist uns unverständlich!

Nun ist es aber wohl auch einem Nichtmedizinmann begreiflich und verständlich, daß ein Mensch mit chronischer Gelenksmit, mit versteiften Handgelenken, d. h. mit verkrüppelten Händen nicht arbeiten und noch viel weniger sich etwas verdienen kann. Zum Arbeiten auf dem Lande benötigt man aber zunächst gesunde, kräftige Hände!

Trotzdem und alledem wird die Rentempfängerin 40 Proz. erwerbsfähig befunden und die Invalidenrente fällt weg! Nach unserem bescheidenen Laienverstand ist die Springer nicht 60, sondern 100 Proz. erwerbsfähig.

Die Berufung gegen diesen Bescheid war erfolglos. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung ließ die Springer von einem zweiten Arzt untersuchen, der das Gutachten seines Kollegen bestätigte.

Eine Revision bei dem Reichsversicherungsamt in Berlin, der nachstehende Arztscheinung beigefügt wurde, von einem alten erfahrenen Arzt, der die Kranke seit Jahren behandelt und ihren Körperzustand genau kennt, blieb unberücksichtigt. Diese Arztscheinung lautet:

„Die 33 Jahre alte Anna Springer aus Brzozogaj leidet infolge von chronischem Rheumatismus an Steifheit der Armgelenke und an einer so hochgradigen Verkrüppelung der Hand- und Fingergelenke, daß sie als gänzlich erwerbsunfähig anzusehen ist.“  
Gniewski, den 2. März 1911.

(gez.) Sanitätsrat Dr. Wolf.\*

In Anbetracht des wirklich bedauernden Befundes fragen wir staunend: Was hat der Sinn der Sozialgesetzgebung, daß ein so durch und durch krankes, hilfloses Weib an sich selbst Sparmaßnahmen hinaus auf die Straße gestossen wird und sich seinen lärglichen Lebensunterhalt durch Almosenbettel verschaffen muß? Was nützt uns das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, wenn das Urteil des Kreisarztes alles bekräftigt und grundlegend für die Entscheidung in diesen Fragen ist? Dann ist es doch richtiger, man fängt hier an zu sparen, löst die Arbeiterschiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt auf und gibt den Kreisärzten die Befugnisse zur Rechtsprechung in dieser Angelegenheit! Jedenfalls würde diese Anwendung des Sparprinzips einträglicher sein, als wenn solch armen, kranken und hilflosen Wesen die lärgliche Invalidenrente entzogen wird.

Wir bitten die Öffentlichkeit, sich dieses Falles anzunehmen und dem armen Weib zu seinem Recht zu verhelfen, da die gesetzlich anzuwendenden Mittel erschöpft sind.

Der Ortsarmenverband Brzozogaj.

Als „invalide“ gilt im Sinne des Gesetzes nur, wer infolge von Krankheit, Gebrechen oder Alter weniger als 33 1/2 Prozent dessen verdienen könnte, wenn er Arbeit hätte, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art und ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Es sollte nach der Novelle von 1899 auf seine Ausbildung und seinen bisherigen Beruf Rücksicht genommen werden. Als diese Vorschrift etwas sozial Anwendung fand, stieg die Zahl der Invalidenrentner im Jahr 1900 auf 125 717, im Jahr 1901 auf 130 482, im Jahr 1902 auf 142 789, im Jahr 1903 auf 152 882. Das erklären dem Reichsamt des Innern zu viel. Es ließ Kommissionen ins Land, die nachprüfen sollten, ob denn einer der Rentner durch die „hohe“ Rente nicht etwas erwerbsfähiger geworden sei. Und siehe, es fanden sich Ärzte, die so wichtig sind, daß sie Erwerbsfähigkeit da entdecken, wo sie nicht vorliegt. Darauf wurden Renten massenhaft entzogen. Die Zahl der bewilligten Renten fiel im Jahre 1904 auf 140 092, im Jahre 1905 auf 122 868, im Jahre 1906 auf 110 989! Die neue ärztliche Entbedung einer vorhandenen Erwerbsfähigkeit in Fällen, wo sie nicht vorliegt, macht Schule. Zehntausenden Erwerbsunfähigen werden jährlich Renten entzogen, oder abgelehnt, ihnen Renten zu bewilligen. Zu diesen armen Opfern gehört auch die Arbeiterin aus Brzozogaj. Welche Arbeit soll denn das an den Händen verkrüppelte, hilflose Mädchen noch verrichten können? Etwas für die Berechnungskommission Botendienste verrichten?

Die Sozialdemokratie hat auch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung verlangt, Invalidität anzunehmen, wenn der Betreffende weniger als die Hälfte in seinem bisherigen Beruf verdienen könnte. Abgelehnt wurde der Antrag von den bürgerlichen Parteien, wiewohl sie in dem Privatangelegenheitsgesetz eine ähnliche Vorschrift gutdachten.

Der Armenverband Brzozogaj bittet, dem armen Weib zu seinem Recht zu verhelfen. Da gibt es nur einen Weg: Am 12. Januar einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Erst wenn die Sozialdemokratie aufschlagend wird, wird diese Verhöhnung der invaliden Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Arbeiterklasse beseitigt werden können.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Dezember 1911.

### Ein neuer Silvesterbrief?

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der Regierung unzufrieden, da diese nach der Meinung des Bündlerblattes bisher allzu wenig getan hat, um bei der bevorstehenden Reichstagswahl der „nationalen Politik“ des schwarz-blauen Blochs zum Siege zu verhelfen. Zwar hat die Regierung eine großartige Besserung der Finanzlage des Deutschen Reichs und eine höchst segensreiche Wirkung der letzten Finanzreform entdeckt; zwar arbeiten die Landräte mit aller Kraft im Dienste der Konservativen und treiben die schönste Wahlgeometrie, indem sie Miniatur-Wahlbezirke konstruieren — aber alles das genügt den großen Anforderungen der Weisheitslehre des Bundes der Landwirte nicht. Sie verlangen größere Taten. Hat 1906 Fürst von Bülow einen so schönen Silvesterbrief verfaßt, warum sollte Herr von Bethmann Hollweg nicht die gleichen Pfade wandeln und auch so ein Ding fabrizieren — so einen recht patriotischen, völkischen Silvesterbrief, in welchem die Sozialdemokratie des Vaterlandverrats geziehen, die patriotische Opferwilligkeit der Konservativen, die sich bei der Erbschaftsteuer so glänzend bewährt hat, in allen Tonarten gepriesen und die Beamten unter Aufgebot der schönsten Phrasen an ihren „Dienst“ erinnert werden.

Der unter der bekannten Kognatmarke \* \* \* schreibende Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ richtet deshalb in der heutigen Abendnummer folgenden dringenden Appell an den Kanzler: „Aber auch wir bedauern die kühle Zurückhaltung der Regierung vor dem jetzigen Wahlkampfe. Diese Zurückhaltung mag ja korrekt sein; aber es gibt eine gewisse Heberkartheit, die von einem führenden und seiner Verantwortung bewußten Staatsmanne vermieden werden muß. Die Regierung darf unmittelbar in die Parteikämpfe nicht eingreifen. Sie darf sich nicht auf den Boden einer Partei stellen, und etwa von diesem Boden aus die anderen bekämpfen. Wohl aber hat sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, auch in dem Wahlkampfe dafür zu sorgen, daß die von ihr für richtig gehaltene und vertretene Politik so möglich auch in dem neu zu wählenden Reichstage eine Mehrheit habe.“

Zunächst wird jede Regierung darüber Klarheit schaffen müssen, daß die Unterstützung der Sozialdemokratie, und zwar die unmittelbare und mittelbare, mit dem Staatsgedanken unvereinbar ist. Es ist in letzter Zeit, weniger in Preußen als in manchen süddeutschen Staaten, darin viel geäußert worden, daß man vor der Sozialdemokratischen Verbeugungen machte, daß man sie als gleichberechtigte Partei behandelte, daß man sie als eine „großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes“ feierte, usw. Alle diese Äußerungen werden auch im jetzigen Wahlkampfe von der Sozialdemokratie für ihre Zwecke ausgenützt. In wie vielen Flugblättern haben wir die bekannte Aeußerung des Ministers Freiherrn v. Bodenmann lesen müssen!

Demgegenüber wäre es doch dringend notwendig, daß die Reichsregierung irgendwie befunde, wie sie die sozialdemokratische Gefahr beurteilt. Zum mindesten müßten die Beamten nicht nur an ihre Wahlpflicht gemahnt, sondern darauf hingewiesen werden, daß die unmittelbare oder mittelbare Förderung der Sozialdemokratie mit dem Dienstvertrage unvereinbar ist. In einzelstaatlichen Landtagen ist das geschehen. Das genügt aber nicht. Hier ein offenes festes Wort zu sagen, ist Pflicht der Regierung.“

Vielleicht erbarmt sich Bethmann Hollweg des Jammers und schreibt noch einen schönen Silvesterbrief.

### Was die indirekten Steuern bringen.

Nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen hat die Tabaksteuer 1910 12,5 Millionen Mark, der Tabakgewichtszoll 68,6 Millionen Mark, der Verzollungszoll 42,0 Millionen Mark (gegen 23 Millionen Mark im Jahre 1909) ergeben. Die Einnahmen an Salz- und Zuckersteuer beliefen sich 1910 auf 61,5 Millionen Mark gegen 59,2 Millionen Mark im Vorjahre, die an Zudersteuer auf 178,26 Millionen Mark gegen 168,4 Millionen Mark im Vorjahre.

Diese wenigen Beispiele zeigen wieder, wie die Massen des konsumierenden Volkes die Träger des Reichshaushalts und der ganzen Herrlichkeit des Reiches sind. Es kamen demnach auf jeden Kopf der Bevölkerung im Jahre 1910 allein 8 M. Zudersteuer und 1 M. Salzsteuer. Eine aus fünf Köpfen bestehende Familie hatte also im vorigen Jahre nur an Salz- und Zudersteuer ungefähr 20 M. zu zahlen.

### Defizit in Oldenburg.

Trotz reichlicher Kohlenüberschüsse und der Heranziehung von 500 000 M. aus dem „Spartapf“ der Eisenbahnen“ schließt der oldenburgische Etat für 1912 mit einer Unterbilanz von 755 000 M., bei einem Gesamtetat von 19 Millionen Mark ab. Dabei hat Oldenburg 1912 an das Reich 800 000 M. Matrifularbeiträge oder auf den Kopf der Bevölkerung 80 Pf. zu zahlen, gegen nur 40 Pf. vor wenigen Jahren noch. So „bessert“ die schwarz-blaue Finanzpolitik die Wirtschaftslage der Einzelstaaten!

### Der Landtagsabgeordnete Gronowski und die Feuerbestattung.

Der Dortmunder Zentralschlichter und Landtagsabgeordnete Gronowski weicht alles und redet über alles. In einer Dortmunder Stadtverordnetenversammlung stellte er die Behauptung auf, die Zahl der Beerdigungen in Dortmund gehe stark zurück. Darauf antwortete öffentlich der Vorsitzende des Feuerbestattungsvereins in Dortmund, Rechtsanwalt Ray. Er erklärte, die Behauptungen Gronowskis ständen „in scharfem Widerspruch zu den Tatsachen“. „In dem letzten Jahre“ — er meint die Statistik der Feuerbestattungen — „sind in Dortmund 1901: 692, 1902: 861, 1903: 1074, 1904: 1381, 1905: 2054, 1906: 2977, 1907: 4050, 1908: 4779, 1909: 6054, im Jahre 1911 wurden bis zum 31. Oktober 6189 Personen gegen 4939 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres eingekerkert, so daß die Ende 1911 ihre Zahl über 7200 betragen wird. So Herr Gronowski — fügte Ray hinzu — sieht der starke Rückgang der Feuerbestattung aus.“

Gronowski mußte daraufhin seine Unwissenheit eingestehen. Er glaubte aber doch noch obenauz bleiben zu können, denn in der literarischen „Artemonia“ stellt er folgende Rechnung auf:

„Im Jahre 1909 starben in Deutschland insgesamt 1 154 296 Menschen. Hiervon liegen sich gemäß ihrer Statistik nur 4779, also nicht einmal ein halbes Prozent, verbrennen. So, Herr Rechtsanwalt, sieht das Verlangen des deutschen Volkes aus, sich verbrennen zu lassen.“

Gronowski wurde darauf noch weiter abgedrückt. Rechtsanwalt Ray schrieb:

„In Ihnen nicht zum Bewußtsein gekommen, daß diese Gegenüberstellung ein Nichtbrau der Statistik ist? In mehr als einem Duzend deutscher Bundesstaaten, insbesondere in den beiden größten Staaten Preußen und Bayern, war die Feuerbestattung im Jahre 1909 unzulässig. Wenn sich ein Angehöriger dieser Staaten einwilligen lassen wollte, so verurteilte er seinen Hinterbliebenen außerordentliche Mühe und noch mehr Ankosten, die insbesondere durch den Eisenbahntransport nach einem benachbarten Bundesstaat bedingt wurden. Dabei konnten sich nur wenige Hinterbliebenen den Luxus einer Einäscherung gestatten. Hinzu kommt aber noch ein: Wie Ihnen bekannt, verbietet die katholische Kirche die Einäscherung aufs strengste. Durch Verlegung der Sterbesakramente und des kirchlichen Begräbnisses zwingt sie viele unserer katholischen Freunde — zum Dortmunder Feuerbestattungsverein gehört eine ganze Anzahl Katholiken —, von ihrer Einäscherung abzusehen, so daß auch in den Landesteilen, in denen die Feuerbestattung zugelassen ist, die Zahl der verstorbenen Katholiken außer Betracht bleiben muß. Eine allgemeine Vergleichung der Erd- und Feuerbestattung in ganz Deutschland ist daher nicht angängig und muß mit Notwendigkeit ein schiefes Bild ergeben. Ein richtiges Bild kann man nur da gewinnen, wo sich die Feuerbestattung seit längerer Zeit ungedehmt entwickeln konnte. Ein Beispiel hierfür überzeugend: In Gotha, das sich seit 1878 eines Krematoriums erfreuen darf, starben im Jahre 1909 378 Erwachsene. Von diesen sind nicht weniger als 203, also mehr als die Hälfte, eingekerkert worden. Diese Zahlen berechtigen mich, Ihnen die Schlusssätze Ihres Briefes zurückzugeben: „So, Herr Gronowski, sieht das Verlangen des deutschen Volkes aus, sich verbrennen zu lassen.“

Der nach M. Gladbacher Art gekaupte Gronowski hat nach dieser Abfuhr die Sprache verloren. Er wußte nichts mehr zu erwidern.

### Nachspiel einer Soldatentragedie.

Der Sohn des Hamburger Schlächtermeisters Duffan war im Jahre 1907 zu der 8. Schwadron des vierten Garde-Infanterie-Regiments eingezogen worden. Am Abend des 20. September 1909 ging er nüchtern und, wie es heißt, in guter Stimmung zu Bett. Nachts vernahm er einige Stubenflurkriecher einen dumpfen Aufschlag auf den Fußboden und ein kurzes, schwaches Stöhnen. Am nächsten Morgen wurde er tot aufgefunden. Er war aus dem oberen Bett auf die Erde gefallen. Die Untersuchung der Leiche ergab keinen sicheren Anhalt für die Todesursache. Festgestellt wurde nur, daß im oberen Rückenmark eine Blutung stattgefunden hatte. Man nimmt an, daß durch den Aufschlag eine Verletzung des Gangliensystems erfolgt und somit der Tod eingetreten ist. Der Körper des Toten wies zahlreiche blaue Flecke und Striemen auf. Die eingeleitete Untersuchung lieferte aber kein Material, das darauf hätte hindeuten können, daß dritten Personen eine Schuld an dem plötzlichen Tode beizumessen sei. Das Verfahren wurde daher eingestellt. Der Vater des Verstorbenen war anderer Ansicht. Nach seiner Meinung war der Tod auf schlechte Behandlung seines Sohnes zurückzuführen. Er stellte Briefe des Toten zur Verfügung, in denen dieser ein ereignisreiches Bild seines Jammervollens zeichnet. Er habe dauernd unter juchhabenden Dienstverwehungen und schweren Mißhandlungen zu leiden. Daraufhin wurde das Verfahren wieder aufgenommen. Es verriet sich, daß die Angelegenheit gegen den Unteroffizier der Reserve Hugo Gelling vom Landwehrbezirk II Hamburg. Er war damals Gefreiter und stellvertretender Stubenflurkriecher des verstorbenen D. In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 17. Division in Hamburg wird die Anklage ihm vor, als stellvertretender Stubenflurkriecher in allermindestens 20 Fällen dem D. mit der Faust ins Gesicht geschlagen, in mindestens 10 Fällen den Toten, der oft nur mit dem Hemd bekleidet war, mit der Klappstiefel verprügelt, ihm weiter mit einem Deckengurt Hiebe über den Hinterkopf verabreicht zu haben. Zuweilen soll er dem D. die Schuppenlatten übermäßig

fest über das Kinn geklammerl, auch ihn des Nachts aus dem Bett haben aufstehen und seine Sachen vorzeigen lassen. Auch dabei soll es Piebe mit der Klopfspeitsche gerechnet haben. Endlich habe B. in mindestens 10 Fällen 3 bis 4 Tage länger Stubendienst machen müssen.

Der Angeklagte gibt die ihm zur Last gelegten Mißhandlungen im allgemeinen zu und bestreitet oftmals nur deren Umfang. Der Angeklagte räumt auch ein, daß er B. mit einem Kohlestod geschlagen habe; der ganze dritte Jahrgang habe einen solchen Stod besessen. Auch habe er, der Angeklagte, den Verstorbenen vor den Bauch und gegen die Schenkel getreten. Die Verlängerung des Stubendienstes sei in den meisten Fällen von dem Unteroffizier Fischer angeordnet worden. Zu der Verhandlung waren nur die Eltern des Toten als Zeugen erschienen. Sämtliche übrigen Zeugen waren kommissarisch vernommen worden. Das Gericht glaubte, auf die persönliche Vernehmung sämtlicher Zeugen, deren Wohnsitz sich über ganz Deutschland verteilte, nicht verzichten zu können, und ordnete deren Ladung an. Außerdem sollen die Verurteilten, die Unteroffiziere Sandt, Hering und Fischer, sowie der Wachmeister und Rittmeister der 3. Schwadron geladen werden. Durch die unmittelbare Zeugenvernehmung soll festgestellt werden, in welchen Fällen der Angeklagte als Vorgesetzter die Mißhandlungen begangen hat. Er behauptet nämlich, die Mehrzahl der Mißhandlungen habe er als Kamerad verübt. Deswegen kann er, da der Tote einen Strafantrag nicht gestellt hat, nicht mehr verfolgt werden. Bemerkenswert war noch das Ergebnis der Verhandlung, daß der Tote geistig minderwertig gewesen sei. Es ist unbegreiflich, wie man einen so bedauernswerten Menschen solchen Höllequalen unterwerfen konnte, ohne im Laufe von mehr als 2 Jahren seinen Zustand zu erkennen. Die Verhandlung wird dann auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Rajenenkultur!

Die Mißhandlungen der Rekruten durch die im dritten Dienstjahr stehenden „alten Leute“ nehmen kein Ende. Die meisten dieser Rekruten werden gar nicht bekannt, weil sie entweder gar nicht gemeldet oder disziplinarisch „geblüht“ werden. Auch beim Husaren-Regiment Nr. 18 in Großebain scheinen derartige Mißhandlungen oft vorgekommen zu sein, denn vor kurzem drohte ein im zweiten Jahrgang stehender Soldat den Dreijährigen, daß sich das Blättchen mal wenden werde. Diese „Dreijährigkeit“ des Husaren Vohle brachte die „alten Leute“ in helle Wut und es wurde beschlossen, L. am Abend in der Stube „zur Rede zu stellen“. Schon vorher wurde dem Soldaten gesagt, daß er am nächsten Tage ins Lazarett wandern könne! Die im dritten Dienstjahre stehenden Husaren Mahn, Keef, Haide, Siebenhauer und Wohlfahrt gingen auch tatsächlich in Vohles Stube und fielen dort über ihren Kameraden her, ihn unerschrocken mit den Fäusten bearbeitend; die Schläge, von denen jeder circa 10-15 ausstellte, trafen hauptsächlich Rücken und Hinterkopf. Auch als der Mißhandelte schon am Boden lag, schlugen diese Hohllinge noch auf ihr Opfer ein. Einer bediente sich dabei eines Kniemens und ein anderer gab Fußtritte. Die Hiebe flochten nur so; der Mißhandelte blutete stark und hatte 14 Tage lang Schmerzen. Das Dresdener Kriegsgericht ließ eine unverständliche Urkunde malen; es verurteilte zwei der Hohllinge zu je einer Woche, die übrigen drei zu je fünf Tagen Gefängnis! Es bedrückte die zugunsten der Angeklagten, daß sie gerade waren (1) und der Mißhandelte nur unerblicklich (1) verletzt worden sei!

Der Husar Esch vom selben Regiment erhielt vier Wochen Gefängnis, weil er einen Soldaten derart erschlagen hatte, daß dieser vier Wochen im Lazarett und dienstunfähig war.

### Die persische Krise.

Teheran, 19. Dezember. Man hegt hier ernste Befürchtungen wegen eines möglichen Zusammenstoßes zwischen Rußland und der Türkei. Die Worte wurde verständigt, daß russische Truppen einen Vorstoß gegen Schah gemacht haben. Man erwartet, daß die russischen Truppen bei Kaswin am Donnerstag gegen Teheran aufbrechen werden. Die Truppen des früheren Schahs sind ebenfalls im Vormarsch gegen Teheran begriffen und befinden sich nur noch wenige Tagemärsche von der Hauptstadt entfernt. Die Frauen von Teheran haben den Ministerpräsidenten wissen lassen, daß sie bereit sind, ihre Juwelen zu verkaufen, um die nationale Sache zu verteidigen. Sie fügten hinzu, daß sie auf die Männer schließen werden, wenn diese sich weigerten, sich zu schlagen. Schuster telegraphierte an den Führer der Kullah, daß er nach Möglichkeit veranlassen werde, dem Sturm auf die Staatsbank Einhalt zu tun.

### Rußland.

#### Schnitten als Mörder.

Petersburg, 18. Dezember. Die Sozialdemokraten brachten in der Duma eine Interpellation ein betreffend die Ermordung des Dumasmitgliedes Karawaew. Die Interpellation beschuldigt mehrere Mitglieder der gegenwärtigen Duma, an der Ermordung beteiligt gewesen zu sein. Nach einem Hinweis des Regierungsvertreters, daß der Prozeß über den vor drei Jahren geschehenen Mord endgültig abgeschlossen worden sei, führten einige Mitglieder der Rechten aus, die Interpellation entbehre jeder tatsächlichen Unterlage. Die Interpellation wurde daraufhin abgelehnt.

### Der Krieg.

#### Abtretung von tripolitanischem Gebiet an Ägypten.

Paris, 19. Dezember. „Leclair“ berichtet aus Rom: An kompetenter Stelle wird bestätigt, daß die Türkei das Gebiet von Solum an die ägyptische Regierung abgetreten hat, und diese sofort Truppen zur Besetzung dieses Gebietes entsenden wird. Die Besetzung ist dem italienischen Botschafter zur Kenntnis gebracht worden. Die Nachricht wird in Italien wahrscheinlich einen Ausbruch lebhafter Enttäuschung gegen England hervorrufen, da sich die englische Regierung hinter der ägyptischen befindet. Das Gebiet von Solum umfaßt 800 Kilometer der Küste von Cyrenaika. In gewissen italienischen Kreisen heißt es, dieses Abkommen sei bereits in einem Geheimvertrag zwischen England und Italien vorgesehen worden.

### Die Revolution in China.

#### Die Friedensverhandlungen in Shanghai.

Shanghai, 19. Dezember. Die gestern abgehaltene erste Sitzung der Friedenskonferenz dauerte 4 1/2 Stunden und beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Projekte der Revolutionäre wegen des Bruchs des Waffenstillstandes durch die Kaiserlichen. Im allgemeinen war der Ton des ersten Verhandlungstages sehr freundlich gehalten. Der Vertreter der Regierung, Long Shao Pi, gab dem Wunsch Ausdruck, er werde den revolutionären Forderungen bestimmen, wenn sie von einer militärischen Besetzung der Mandchurei in Zukunft Abstand nähmen. Diesen Vorschlag hielt er zunächst aufrecht, mußte schließlich aber doch dem Drängen der Revolutionäre nachgeben und willigte in die Erfüllung sämtlicher Forderungen der Revolutionäre ein. Er sandte sofort ein Telegramm an Juanshilai, in dem er diesem mitteilte, daß die Feindseligkeiten, in allen Teilen des Reiches seiend der Kaiserlichen einzustellen

seien und daß ferner die Offiziere, die des Bruchs des Waffenstillstandes schuldig befunden werden, bestraft werden müssen. Er machte dann schließlich den Revolutionären den Vorschlag, eine neue Konferenz einzuberufen, wenn von Juanshilai zufriedenstellende Versicherungen eingetroffen seien. Dieser wurde jedoch von den Revolutionären abgelehnt. Viel bemerkt wird, daß das Beglaubigungsschreiben Long Shao Pi im Namen Juanshilais und nicht im Namen der kaiserlichen Regierung überreicht wurde. Der allgemeine Eindruck ist der, daß, wenn die gestrige Haltung des Regierungsvertreters die Meinung der kaiserlichen Partei ist, so wird ein Arrangement auf revolutionärer Basis möglich sein.

### Die Marokkoverhandlungen.

#### Die Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 19. Dezember. Kammer. Die Besprechung des deutsch-französischen Abkommens wird wieder aufgenommen. Charles Benoist bezeichnet das Abkommen als mittelmäßig — aber es sei so, wie es eben sein konnte. Sein größter Fehler sei, daß es keinen Abschluß bringe.

Charles Benoist verlas dann eine Mitteilung Leon de Castillos über die Beharrlichkeit, mit der Delcassé darauf bestanden habe, mit Spanien und England zu verhandeln. Ferner wies er darauf hin, daß der „Imparcial“ vom 10. Mai 1904 einen Brief Silveiras vom Jahre 1902 veröffentlichte, worin dieser erklärte, er habe keinen Vertrag unterzeichnet, weil er England nicht übergeben wollte.

Jaurès: Also hat man über Marokko unter Uebergehung Englands und dann unter Uebergehung Deutschlands verfügt!

Charles Benoist fuhr dann fort, der Fehler sei gewesen, daß man Frankreich seit dem Jahre 1904 gebunden habe. Man könne gar nicht genug die begangenen Fehler bedauern: Im Jahre 1902 der Vertrag mit Spanien hinter dem Rücken Englands; im Jahre 1904 der Vertrag mit England hinter dem Rücken Deutschlands; im Jahre 1906 das hartnäckige Stillschweigen gegenüber Deutschland. Diese Fehler bezoght man heute mit französischem Territorium.

Sobann sprach Jaurès über das ungeheure Mißverhältnis zwischen dem marokkanischen Traum und den ertzielten Ergebnissen. Wenn die Anreger der Marokkopolitik hätten voraussehen können, daß diese Politik dreimal daran war, einen Krieg zu entfesseln, und daß Frankreich einen Teil des Kongo für das halb internationale Protektorat über Marokko werde bezahlen müssen, noch dazu verliert um das Stück am Mitteländischen Meer, daß man ferner Italien in Tripolis neben den Italienern Tunisien sich einrichten lassen werde, und Spanien am Marokko neben den Spaniern Oran, daß man in die marokkanische Erde die Wurzel der wirtschaftlichen Macht Deutschlands senken werde, dann, glaube er, hätte sich ihr Eifer etwas abgekühlt. Die marokkanische Vant sei ein wirklicher europäischer Rat. Das Abkommen werde einer deutschen Kolonie gestatten, sich in Marokko einzurichten und die dortigen Bergwerke auszunutzen. Wenn zwischen Frankreich und Spanien Interpretationschwierigkeiten entstehen sollten, dann würde man sich des Fehlers bewußt werden, der begangen wurde als man mit der Algeriasakte das einzige Ausdrucksmittel der internationalen Meinung verlor. Italien würde Tripolis zu verwickeln. Rußland gebe an die Teilung Persiens. Oesterreich mache, wenn man den Wäldern glauben laente, keine Zustimmung von der Zulassung einer Anleihe in Frankreich abhängig.

Minister des Reichens de Selves: Der österreichische Botschafter hat loben aus eigenem Antriebe einen Zusammenhang zwischen der Frage einer Anleihe und der Zustimmung seines Landes in Abrede gestellt.

Jaurès: Das ist kein formelles Dementi der Zeitungsmitteilungen.

Ministerpräsident Caillaux: Spielen Sie nicht mit Worten. Niemals ist von einer finanziellen Leistung die Rede gewesen. (Beifall.)

Jaurès: Das ist ebenfalls ungenügend, wie es im Widerspruch zu der Erklärung des Ministers de Selves steht.

Minister des Reichens de Selves: Ich wiederhole: Der österreichische Botschafter hat mir erklärt, daß die beiden Fragen niemals miteinander vermischt worden sind und daß die Zustimmung Oesterreichs vorbehalten ist.

Delcassé: Und die finanziellen Besprechungen mit Deutschland?

Bourquers de Woifferin: Ohne daß ein Vertrag begangen wird, werden die deutschen Werte niemals an der Pariser Börse zugelassen werden.

Jaurès: Der französische Diplomat fehlte es an Klugheit und Bescheidenheit. Nichts war besser als die Wiedereröffnung Frankreichs mit Italien und mit England. Aber es war ungeschicklich, daß man die Empfindlichkeit Deutschlands in dieser Beziehung gewahrt hat. Deutschland hat das Mißgeschick gehabt, immer eine Großmacht zu sein, die zu spät gekommen ist. Die deutsche Diplomatie ist nicht von Vorwürfen freizusprechen, sie hat manchmal ein brutales Verhalten an den Tag gelegt, aber sie hat die Klugheit gewahrt, auf die es ankommt. (Beifall auf der äußersten Linken, lebhafter Widerspruch auf zahlreichen Bänken.)

Paris, 19. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Genosses Jaurès redete zwei Stunden unter steigender Anruhe des Hauses. Als er sagte, das Abkommen entspringe nicht den Machtverhältnissen, sondern der Idee des Rechts, erhob sich auf der Rechten eine minutenlange Sturmzüge. Später erhielt Jaurès einen Ordnungsruf, als er vor der Verletzung der Kohalität warnte, demonstrierte die Mehrheit mit Rufen und Pulkdecken, worauf Jaurès sagte, solche patriotischen Demonstrationen charakterisieren immer die Parteien, die Frankreich ins Verderben stürzen. Jetzt entstand ein furchtbarer Tumult; während die Sozialisten applaudierten, strömte die radikale Linke aus den Bänken, um den Saal zu verlassen. Sie bleibt aber auf halbem Wege stehen und kehrt in den Saal zurück, worauf Jaurès vor dem ruhigeren Hause gegen die Geheimverträge sprach, die Frankreich dahin brachten, Verletzungen des internationalen Rechts in Bosnien, Tripolis und Persien zu gestatten.

Die Sitzung wurde um 1/7 Uhr abgebrochen. Jaurès wird morgen weitersprechen.

#### In der belgischen Kammer.

Brüssel, 19. Dezember. In der heutigen Sitzung der Kammer schritt der abgeordnete Frank (lib.) die Marokkofrage an und verlangte, die Regierung möge dem Parlament alle Dokumente unterbreiten. Der Minister des Reichens Davignon erklärte darauf, Belgien werde dem deutsch-französischen Abkommen beitreten, wenn die anderen Länder ihre Zustimmung gegeben hätten. Artikel 16, betreffend den belgischen Kongo, sei der belgischen Regierung nicht vorher mitgeteilt worden; er ändere auch nichts an der internationalen Lage Belgiens; das Vorkaufsrecht auf den Kongo könne nicht zediert werden. Anknüpfungslinien auf den Kongo beständen nirgends, das hätten die diplomatischen Vertreter Deutschlands und Frankreichs ausdrücklich bestätigt.

### Aus der Partei.

#### Die Gemeinderatswahlen in Württemberg.

Noch sind die Gemeinderatswahlen in Württemberg nicht beendet; sie dauern fort bis zum Schluß dieses Monats. Aber schon im Hinblick auf die aus der ersten Monatshälfte vorliegenden Ergebnisse läßt sich im allgemeinen ein starkes Fortschreiten der Sozialdemokratie feststellen, das sich über das ganze Land erstreckt. Vereinzelt sind allerdings auch Enttäuschungen und direkte Mißerfolge zu verzeichnen. Im ganzen sind

bis jetzt in 70 Orten etwa 110 sozialdemokratische Gemeinderäte gewählt. Gewiß ist jetzt schon, daß mehr als 50 Sitze neu erobert worden sind. Ein auffälliger Zug der diesjährigen Wahlen ist die überaus starke Wahlbeteiligung, die ihren Grund hat im Vordringen der Sozialdemokratie. In den Städten, in denen die Sozialdemokratie Aussicht auf Erfolge hat, wird jetzt eine Wahlbeteiligung von 90 Proz. und darüber erzielt, während vor 10 Jahren mehr als 50 Proz. noch zu den Seitenpartei gehörten. Auch die Proporzwahl, die in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern Anwendung findet, steigert die Wahlbeteiligung, da die Stimmeneinbringung die persönlichen Anhänger der einzelnen Kandidaten zum Aufbringen einer möglichst großen Zahl von Wählern anreizt. Da die auf diese Weise für den einzelnen Kandidaten gewonnenen Stimmen dem Wahlzettel seiner Partei zugute kommen, erreichten die bürgerlichen Parteien in manchen Fällen eine größere Stimmenzahl als sie erwartet hatten. Neben dem Stuttgarter Ergebnis, das die bedauerlichen tiefgehenden Gegenläufe in der Stuttgarter Parteibewegung offen hervorgerufen hat, sind von den bisher vorliegenden die folgenden Resultate besonders bemerkenswert: Je vier Parteigenossen wurden gewählt in Rünster bei Cannstatt und in Wilsenfeld bei Pforzheim. Durch drei neueroberte Sitze erreichten unsere Parteigenossen im Gemeinderat von Habsingen bei Cannstatt die Mehrheit. Der Ehlinger Kleingewinn von drei Kandidaten wurde schon berichtet. Auch in Heilbronn wurde unsere Kandidatur um drei Mann verstärkt, so daß dort unter zwanzig Mitgliedern acht Sozialdemokraten sind. In Schwemlingen wurden drei Genossen wiedergewählt, auch in Heidenheim, Bödingen bei Heilbronn und mehreren kleineren Orten fielen und je drei Sitze zu; je zwei Sitze eroberten wir u. a. in Bödingen, Hall, Neysingen, Göttingen, Ulm, Ruffenhäuser, Teilsingen und Zuttlingen. Von den Städten, in die schwer einzubringen war, in denen wir aber jetzt teils den ersten Vertreter erkämpften, teils unsere Schwache Vertretung um je einen Genossen verhärteten, mögen genannt sein: Ludwigshafen, Tübingen, Oberndorf, Gmünd, Ravensburg (im schwarzen Oberland), Krähelein, Ebingen, Bietigheim, Kalen, Reuenburg und Wadung. Man beachte, daß bei den württembergischen Gemeinderatswahlen vollständig gleiches Wahlrecht gilt, daß aber der Wähler das Bürgerrecht besitzen muß, das der Zugezogene erst im vierten Jahre der ununterbrochenen Ortsanfangigkeit gegen eine Gebühr von 2 R. erwerben kann.

#### Eine Wahlrechtsaktion in Wien.

In Wien sind im nächsten Jahre Gemeinderatswahlen und es wird sich dabei vielleicht das Jaso der Christlichsozialen auf ihrem eigensten Herrschaftsgebiet wiederholen. Um dem vorzubeugen, haben einige Schwarze jüngst einen Proporzantrag gestellt, der aber an dem Schandwahrheit selbst nichts ändern will. Nun haben unsere Genossen im Wiener Gemeinderat einen prinzipiellen Wahlrechtsantrag gestellt, der das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit solchen Wahlbezirken fordert, daß je vier Vertreter auf 50 000 Einwohner kommen. Durch den Proporz soll allen Schichten und Parteien gleiche Vertretung gesichert werden. Auch für die Bezirksvertretungen wird dieses Wahlrecht entsprechend gefordert. Das heutige Wiener Gemeinderatwahlrecht ist beispiellos. Es gibt vier Wahlkörper. In die drei oberen kommen alle, die mehr als 20 Kronen Einkommensteuer zahlen (entsprechend einem Einkommen von 2000 Kronen), in den vierten alle Wähler der ersten drei Wahlkörper und — das Volk: nämlich alle Gemeindeglieder mit geringerer oder ohne direkte Steuerleistung, die ja in Oesterreich erst bei 1200 Kronen Einkommen beginnt; dieses „Volk“ muß jedoch die dreijährige Anfähigkeit in Wien haben. Und nun haben die drei Bourgeoiswahlkörper anberathshundert Gemeinderäte, der vierte aber nur zwanzig! Und so hat die Sozialdemokratie, die in Wien die stärkste Partei ist, im ganzen Gemeinderat sieben Vertreter.

### Soziales.

#### Praktische Kurse über die neue Reichsversicherung

werden zu Beginn des nächsten Jahres bei den Berliner Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, die nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung als preußisches Oberversicherungsamt fungieren werden, in erweiterter Weise als bisher stattfinden. Während bisher an diesen Kursen nur Mediziner und Verwaltungsbeamte teilnahmen, sollen künftig auch weitere Interessenten, wie Juristen, Theologen und Techniker, zu diesen Kursen zugelassen werden. Es ist beobachtet worden, daß gerade diese Kreise aus heute noch nicht genügend imlande sind, demjenigen, die aus der staatlichen Versicherung Rechtsansprüche herleiten wollen, mit sachgemäßem Rat zur Seite zu stehen. Burett eritredt sich die Tätigkeit der Berliner Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung auf die Rechtsprechung, die sich aus Streitigkeiten zwischen Rentenbewerbern und Versicherungsträgern auf Grund behaupteter geminderter Erwerbsunfähigkeit oder Invaldität ergeben. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung werden sich die Oberversicherungsämter auch mit der Entscheidung von Streitigkeiten, die auf der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung ruhen, zu befassen haben. Die praktischen Kurse sollen zunächst aus vier kurzen theoretischen Vorlesungen von je einer Stunde Dauer bestehen, wobei Verlegte, deren Fall besonders ärztliches oder juristisches Interesse erregt, zur Vorstellung gelangen. Des Hauptgegenstand wird auf die Praxis, auf die Teilnahme der Hörer an den öffentlichen Gerichtsungen gelegt. Ferner ist noch beabsichtigt, im Anschluß an die Kurse eine Reihe größerer Betriebe zu besichtigen, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, den Arbeiter bei der Arbeit sehen und kennen zu lernen.

Die Teilnahme an den Kursen steht jedem Interessenten frei, die Kurse finden in Charlottenburg, Berliner Straße 11, statt.

#### Schadenersatzlagen gegen Thysen.

Durch eine im Bereich der Thysenschen Wasserleitung ausgebrochene Typhusepidemie, die in den Gemeinden der Emshemiedung massenhaft Opfer gefordert hat, sind eine Anzahl Kommunen enorme Kosten für Voradenbau und dergleichen entstanden. Die beteiligten Gemeinden werden nun gegen die Firma Thysen klagbar vorgehen.

#### Mißwirtschaft in einer „Christlichen“ Krankenkasse.

In der Alteneffener Ortskrankenkasse „herrscht“ das Zentrum unumschränkt. Sowohl die Vertreter der Unternehmer als die der Arbeiter sind wackelnde Zentrumsleute. Die Unternehmervertreter wählten nun in der kürzlich stattgehabten Generalversammlung den Vorstand einen Apothekebesitzer Walthar aus Alteneffen, der schon lange mit der Kasse in Geschäftsverbindung steht, die er natürlich aufrechterhält. Ist es nun schon ein sehr bedenklicher Zustand, daß ein Lieferant einer öffentlichen Institution zugleich sein eigener Auftraggeber ist — bei den Kommunen ist das bekanntlich durch Gesetz ausgeschlossen —, so wird diese Tatsache noch begreiflicher dadurch, daß der Apothekebesitzer 1910 sich bereit erklärte, der Kasse 1500 R. Schadenersatz zu zahlen und zugleich eine Erklärung abzugeben, in der er bekennt, wiederholt statt der verordneten Originalpräparate wesentlich billigere Ersatzmittel verbraucht zu haben, statt desinfizierten Wassers Leitungswasser verwendet, statt Olivenöl billigeres Sesamöl vernutzt zu haben usw., natürlich alles unter Anrechnung der höheren Preise. Als diese Geschichte ruckbar wurde, traten Apothekebesitzer und Apothekerkammer für den Mann ein. Ein Strafverfahren endete mit Freisprechung. Und diesen Herren wählen jetzt die „Christen“ als gezeichnetes Vorstandsmitglied der von ihm über den Wössel verbierten Krankenkasse. Man begreift, daß die Zentrumsmänner solche Zustände mit dem Geschrei über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen verhüllen müssen.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Arbeitschluß am Tage der Reichstagswahl in den Berliner Ringbrauereien.

Auf Antrag des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter (Ortsverwaltung Berlin) und des Komitees der in den Brauereien Berlins und Umgegend vertretenen Handwerker- und Transportarbeiterorganisationen hat der Vorstand des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend beschlossen, den Vereinsmitgliedern zu empfehlen, am Tage der Reichstagswahl (12. Januar 1913) das Gros der in den Vereinsbrauereien tätigen Arbeitnehmer von 7-8 Uhr bei normaler Frühstückspause und einer halbtägigen Mittagspause zu beschäftigen, und denjenigen Arbeitnehmern, deren dauernde Anwesenheit im Betriebe während der Wahlzeit unerlässlich ist, Gelegenheit zu geben, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Indem wir vorstehendes zur Kenntnis unserer Vertrauensmänner und Mitglieder bringen, ersuchen wir alle Kollegen, und speziell die Kollegen vom Fahrpersonal, dahin zu wirken, daß sie am Tage der Reichstagswahl spätestens um 3 Uhr nachmittags den Betrieb verlassen und unbehindert ihr Wahlrecht ausüben können. Der gleiche Antrag ist allen übrigen Brauereien Berlins und der Umgegend zugegangen; das Resultat wird unseren Kollegen nach Eingang der Antworten der Brauereien mitgeteilt werden. Ebenso wird nach Eingang sämtlicher Antworten der Brauereien unseren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, welche dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend nicht angehörenden Brauereien die Teuerungszulage bewilligt haben.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

J. A. Ludwig Godapp.

Kartell der in den Brauereien Berlins und der Umgegend vertretenen Handwerker- und Transportarbeiterorganisationen.

J. A.: A. Werner.

## Die Tarifbewegung in der Stapel-Herrenkonfektion.

Obwohl es nach den Vorgängen der letzten Wochen und der Gründung einer besonderen Organisation der Zwischenmeister in der Stapelkonfektion kaum noch möglich schien, auf friedlichem Wege zum Abschluß eines Tarifvertrages für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu gelangen, ist es am Donnerstag voriger Woche auf Wunsch der Zwischenmeister doch von neuem zu Verhandlungen zwischen den Kommissionen beider Parteien gekommen. Ueber das Ergebnis berichtete K r i e n k e am Montag in einer zahlreich besuchten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Stapelkonfektion, die in den „Königsfälen“ stattfand. Die wichtigste Forderung, über die Uneinigkeit zwischen den Parteien bestand, war die der Abschaffung der Pensumarbeit. Es ist nun allerdings auch bei den neuen Verhandlungen nicht gelungen, diese Forderungen zur Anerkennung zu bringen, jedoch haben die Meister sich bereit erklärt, bestimmte Garantien gegen eine übermäßige Ausdehnung des Arbeitspensums tariflich festzulegen. Wenn in einer Werkstätte die Auffassung besteht, daß das verlangte Pensum zu hoch ist und nicht in der zehnstündigen Arbeitszeit erledigt werden kann, soll zunächst durch Verhandlungen mit dem Meister, wenn nötig unter Teilnahme der Organisationsvertreter, versucht werden, eine Einigung zu erzielen zu bringen. Gelingt dies nicht, so tritt die im Tarif vorgesehene Schlichtungskommission in Tätigkeit und demgemäß hat als oberste Instanz das Tarifamt über das Pensum zu entscheiden. Das Pensum muß so bemessen sein, daß es innerhalb der zehnstündigen Arbeitszeit erledigt werden kann. Diese Bestimmungen sollen für die Werkstätten gelten, wo die Pensumarbeit besteht, wo dies nicht der Fall ist, darf sie nicht eingeführt werden. Im übrigen sollen die Schlichtungskommissionen im Januar 1913 darüber entscheiden, ob die Pensumarbeit überhaupt noch weiter bestehen soll. Ferner erklärten die Vertreter der Meister sich bereit, im Tarif festzulegen, daß die Arbeitszeit an den Sonnabenden und am Tage vor Feiertagen um 5 Uhr endet, wie es schon jetzt meist der Brauch ist. Der Lohn ist bis Schluß der Arbeitszeit auszuzahlen, und wenn das nicht geschieht, ist jede angefangene Stunde voll zu zahlen. Die Arbeitszeit beginnt morgens 7 Uhr und dauert mit 1 1/2 Stunden Pause im übrigen bis 6 1/2 Uhr. Hinsichtlich der geforderten Gleichstellung und Erhöhung der tariflichen Löhne der Wäpler und Stepper machten die Meister das Zugeständnis, sie für die Betriebe, wo mehr als fünf Personen beschäftigt sind, gleichmäßig auf 42 M. festzusetzen, jedoch nicht für die kleineren Betriebe. Die Zugeständnisse der Meister bieten somit nicht das, was die letzte Versammlung der Arbeitnehmer für dringend notwendig erachtete, und deshalb konnte die Kommission bei den Verhandlungen eine bindende Erklärung nicht abgeben. Der Redner betonte jedoch, daß wenn nun auch nicht alles erreicht sei, was die Arbeiter als recht und billig verlangten, der Tarif doch so große Vorteile biete, daß man vielleicht über die Rängel hinwegsehen könnte. Schließlich bemerkte der Redner noch, daß seine Aeußerung in der vorigen Versammlung, Herr Heinrich Joseph habe in der Zwischenmeisterversammlung die Forderungen der Gesellen fribol oder unverschämlich genannt, insofern auf einem Irrtum beruhe, als es nicht Herr Joseph, sondern ein anderer Zwischenmeister war, der diese Aeußerung fallen ließ.

In der sehr regen Debatte, die bis spät in die Nacht dauerte, sprachen sich die meisten Redner dahin aus, daß die Zugeständnisse der Meister, namentlich soweit die Forderung auf Abschaffung der Pensumarbeit in Frage kommt, unzureichend seien, und daß vielleicht eine allgemeine Arbeitsniederlegung notwendig werde, um zu geregelten und erträglichen Arbeitsverhältnissen zu gelangen. Andererseits wurde jedoch hervorgehoben, daß der Tarif immerhin einen sehr anerkanntwertigen Fortschritt gegenüber den bestehenden Verhältnissen mit der 11-, 12-, ja 13stündigen Arbeitszeit bedeute, und daß es wesentlich an den Arbeitern selbst liege, durch festes Zusammenhalten in der Organisation dafür zu sorgen, daß auf Grundlage des Tarifs eine beschriebene Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Stapelkonfektion erreicht, und auch die Pensumarbeit endgültig abgeschafft wird. An der Versammlung nahmen auch die Kommissionsvertreter der Zwischenmeister teil und griffen ebenfalls in die Debatte ein. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten ihrer Kommission einverstanden, und sie erklärt ferner, daß sie nach wie vor in der Abschaffung des Pensums die beste Gewähr für eine Gesundung der Arbeitsverhältnisse in der Stapelkonfektion erblickt. Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß auch die nunmehrigen Vorschläge nicht allen Ansprüchen genügen, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu stellen berechtigt sind, und beauftragen die Kommission, alles daranzusetzen, um die Möglichkeit einer gerechten Regelung herbeiführen zu können. Um aber die Kommission in wirksamer Weise zu unterstützen, erklären die Versammelten sich bereit, alles aufzubieten, um die Organisation so zu stärken, daß die berechtigten Forderungen verwirklicht werden können.

Parteigenossen, Arbeiter! Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“. Fragt beim Einkauf von Zigarren nach den grünen Plakaten, unterschrieben Alwin Schulz!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Fleischergesellen! Wegen Mahregelung der beiden organisierten Kollegen ist der Betrieb des Fleischermeisters R. P i e w e g, Stettiner Straße 23, für unsere Mitglieder gesperrt. — Ferner teilen wir mit, daß Herr K a s i m i r s k i den Tarif ehrenwörtlich anerkannt hat. — Die Fleischermeister H e m p e in Rixdorf, Hermannstr. 57, und J o c h a n n in Rixdorf, Jochenstr. 41, haben den Tarif nicht anerkannt. Die beiden Herren beschäftigen die

Firmen, die den Tarif anerkannt zu zwingen, die Unterschrift wieder zurückzugeben. Um dies zu erreichen, wollen sie das Fleisch eine Zeitlang 5-10 Pf. billiger verkaufen, um so den Tariffirmen die Kunden zu entziehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Kunden auf diesen Trick eingehen werden. Der Plan der Herren beweist, daß sie in der Lage sind, den Gesellen zeitensprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben, und daß das Gerücht von den hohen Gesellenlöhnen nur zur Irreführung des Publikums benutzt wird. Zentralverband der Fleischer.

Die selbständigen Friseur von Nowawes beschlossen auf Antrag der Gehilfen, am zweiten Weihnachtstags die Geschäfte geschlossen zu halten. Um Unterstützung dieser Maßnahme seitens der organisierten Arbeiter wird gebeten.

## Deutsches Reich.

Achtung, Schiffszimmerer! In Havelberg haben die Schiffszimmerer den Tarif zum 31. Dezember d. J. gekündigt, jedoch keine Lohnforderung gestellt. Nicht kommen die Unternehmer und legen den Arbeitern ein Schriftstück vor, nach dem sie sich verpflichten sollen, das ganze Jahr 1912 für den alten Lohnsatz von 41 Pf. pro Stunde weiter zu arbeiten. Dieses Schriftstück sollten sämtliche auf den Havelberger Werften beschäftigten Schiffszimmerer und Hilfsarbeiter unterschreiben. Wer nicht unterschreibt, der ist zum 1. Januar 1912 gekündigt. Die Arbeiter haben die Unterschrift einstimmig abgelehnt. Wenn die Unternehmer sich nicht eines Besseren besinnen, dann ruht nach dem 1. Januar die Arbeit auf den Werften in Havelberg. Lasse sich nun kein Schiffszimmerer oder Hilfsarbeiter durch Versprechungen der Meister verleiten, dort in Arbeit zu treten, ehe die Sache als geregelt bekannt gegeben wird. Der Zuzug ist schon jetzt streng fernzuhalten nach Havelberg.

## Ein Kampf um den Arbeitsnachweis

Im Baugewerbe zu Nordenham wird mit überdauernder Weigerung der Unternehmer verfahren, aus Deutschland Arbeitskräfte (Maurer und Arbeiter) nach dort zu bekommen. In Hannover ist im Arbeitsnachweiskontrollamt der Unternehmer ein Plakat ausgehängt, wonach Maurer nach Nordenham bei zehnstündiger Arbeitszeit gesucht werden. Am Orte selbst sind arbeitslose Maurer und Arbeiter genug vorhanden. Die Unternehmer bringen jeden, der ohne Arbeitsnachweis Arbeit gefunden hat, durch die schwarze Liste wieder aus der Arbeit. Der Sekretär der Unternehmer gab in der Sitzung des Bezirksgerichts, zu einem Maurermeister brieflich aufgefordert zu haben, einen Gesellen wieder zu entlassen. Das geschah auch, obgleich im Tarifvertrag der § 10 Absatz 2 lautet: „Die Einstellung und Entlassung steht im freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers“. Obgleich in diesem Falle der Unternehmer von seiner Organisation gezwungen wurde, den Maurer wieder zu entlassen, hätte das Bezirksgericht mit drei gegen zwei Stimmen den Verzicht.

Die Entlassung des Maurers . . . durch den Maurermeister . . . ist um deswillen kein Verstoß gegen den Tarifvertrag, weil es sich hierbei um eine Maßregelung zur Erläuterung des Arbeitsnachweises Nordenham durch die Arbeitgeber handelt und der Arbeitsnachweis außerhalb des Tarifvertrages steht. Es handelte sich nicht darum, . . . aus jeder Stellung zu bringen, ihm war beim Passieren des Arbeitsnachweises auch die Arbeit bei seinem alten Meister wieder in Aussicht gestellt.“

Auf Grund dieses Spruches nahmen die Unternehmer das Recht in Anspruch, jeden, der ohne ihren Arbeitsnachweis Arbeit gefunden hat, wieder aus der Arbeit zu treiben. Daraus ergibt sich aber das Recht für die Arbeiter, jeden der durch den Nachweis der Unternehmer in Nordenham in Arbeit tritt, wieder aus der Arbeit herauszuholen. Für das Vertragsgebiet Nordenham sind sämtliche Arbeitsnachweise Deutschlands gesperrt. Die Bauarbeiter werden gezwungen, sich durch Arbeitsnachweise etwa in Hannover, Berlin, Bremerhaven und andere nach Nordenham lösen zu lassen.

Die Arbeitsniederlegung der „Victoria“-Angestellten in Hamburg ist, wie uns vom Verband der Bureauangestellten mitgeteilt wird, noch nicht erfolgt, da ihre Kündigungssfrist erst am 31. Dezember alläuft. Der Kampf in Hamburg wird vom Verband der Bureauangestellten geführt.

Die Malzereiarbeiter in drei Malzfabriken von Köln und Umgegend haben einen guten Erfolg erzielt. Die Betriebsleitungen mühten erst durch die Arbeitsniederlegung zu Verhandlungen mit dem Brauereiarbeiterverband geneigt gemacht werden. Im Lohn erfolgt eine Aufbesserung von 2,50 M. pro Woche während der Tarifdauer, und wird jetzt sämtliche Sonn- und Feiertagsarbeit, die früher im Wochenlohn gerechnet wurde, mit 70 Pf. pro Stunde bezahlt. Durchgehende Nachschichten werden mit 2 M. pro Woche extra bezahlt. Die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde täglich verkürzt, ein Urlaub ohne Lohnabzug von drei bis sieben Tagen eingeführt und andere Verbesserungen mehr.

## Ausland.

### Die Bergarbeiterbewegung in Großbritannien.

London, den 15. Dezember 1911. Aus Cardiff wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen den Unternehmern Großbritanniens und der Bergarbeiterföderation abgebrochen worden sind. Vor einer Woche hieß es, daß der Gesamtverband der Kohlenbesitzer des Landes mit den Vertretern der Bergarbeiter am 18. d. M. in London eine Konferenz abzurufen hätten. Der Sekretär der Bergarbeiterföderation, Thomas A l t o n, ist inzwischen von der Unternehmerorganisation offiziell benachrichtigt worden, daß die Konferenz keinen Zweck habe und daß die Streitfrage (Minimallohn) in lokalen Konferenzen verhandelt werden müsse. Zu diesem Beschluß kamen die Unternehmer in einer am 12. Dezember in London abgehaltenen Sitzung. Angesichts dieser Abgabe wird den Bergarbeitern nichts anderes übrig bleiben, als die Abstimmung über den Generalfreist vorzunehmen, wie sie auf der letzten Generalsammlung der Bergarbeiterföderation zu Southport beschlossen worden ist; denn die Verhandlungen in den einzelnen Distrikten sind außer in einem kleinen Bezirk resultatlos verlaufen. Mit dieser Frage wird sich die Konferenz der Föderation, die am 20. Dezember in London zusammentritt, zu befassen haben. Für die allgemeine Lage ist es sehr bezeichnend, daß selbst die konservativen Elemente in der britischen Bergarbeiterbewegung augenblicklich keinen anderen Ausweg sehen als den Generalfreist.

## Aus Industrie und Handel.

### Zusammenschluß — Preiserhöhung.

Kürzlich sind verschiedene Zusammenschlüsse in der Zementindustrie erfolgt. Die Folge davon machte sich bei einer Verbindung von 4 Mill. Doppelzentner Zement von Seiten der Eisenbahndirektion Estettin recht deutlich bemerkbar. Früher konkurrierten mitteldeutsche, Estettiner, Berliner und schlesische Werke. Jetzt hatten nur drei Estettiner Firmen angeboten und zwar alle zu wiesentlich erhöhten Preisen. Die Erhöhungen schwanken zwischen 3 bis 4 Mark und machen circa 20 Proz. aus.

### Das Steigen der Bodenpreise.

In den letzten Tagen sind wieder zwei bemerkenswerte Besitzveränderungen in der City von Berlin verfest geworden. Das im Jahre 1872 um Preise von 700 000 M. in den Besitz der Möbelfabrik Gebr. Thonet, Berlin-Wien, übergegangene Grundstück Leipziger Straße 60 hat nun Herr Ernst Seidel zum Preise von 1 950 000 M. a r k erworben. Der Vorbesitzer hat demnach 1 250 000 M. a r k verdient, weil ohne sein Zutun der Ruwertwert des Grundstücks gestiegen ist. Der jetzt gezahlte Preis ergibt pro Acre 60 000 Mark. Angeblich um auf dem Terrain ein neues großes Hotel zu errichten, will ein Konsortium ein insgesamt 139 Quadratruten großes Terrain, bestehend aus fünf an der Friedrichstraße von der Ecke Taubenstraße bis zur Ecke Jägerstraße sich hinziehenden Grundstücken

z. B. Bode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

zu einem Durchschnittspreis von 65 000 Mark pro Quadratrute erworben. Der ganze Komplex würde demnach über 9 Millionen Mark kosten. Rechnet man mit einer Verzinsung von nur 4 Proz., so hätte das spätere Hotel allein pro Jahr 361 400 Mark an Grundrente aufzubringen. Den Rechnern und sonstigen Angestellten Lohn zu zahlen, dazu reicht es nach der Behauptung der Besitzer nicht, aber jeden Tag 1000 Mark Grundrente abzuliefern, denen gar keine Leistungen gegenüberstehen, hält man im Staate der gottgewollten Ordnung für selbstverständlich. Wer an diesen Verhältnissen rüttelt, wer die Ausbeutung der Arbeitskraft bekämpfen und abschaffen will, ist ein Erzfeind der — Ausbeuter.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Genossinnen in Oesterreich.

Drei Frauenkonferenzen, die dem Ausbau der Organisation galt, haben seit der Reichskonferenz in verschiedenen Distrikten Oesterreichs getagt. Im Norden und im Süden arbeiten die Genossinnen an dem Ausbau der Organisation. So hat in Klagenfurt am 26. November die erste Frauenlandeskongress für Kärnten getagt. Die Parteiorganisation hat die Tagung einberufen und unterstützt das Gebeihen der Frauenorganisation außerordentlich. Kärnten! Man kennt es als das Land der Seen, an welchen in den Sommermonaten die Städter Erholung suchen, daß aber dort auch eine Frauenorganisation gedeihen könnte, hat man lange für ausgeschlossen gehalten. Ein Jahr aber ist vergangen, seit zum erstenmal versucht wurde, die Frauen für die Sozialdemokratie zu gewinnen, und schon heute gibt es 700 politisch organisierte Genossinnen, trotzdem es keine industrielle Frauenarbeit in Kärnten gibt, mit Ausnahme der Tabakarbeiterinnen in Klagenfurt.

Nach dem südlichen Industrieareal Kärnten folgt das hochindustrielle nördliche Reichenberg. Dort waren im Juni 1910 470 Frauen politisch organisiert. Heute sind es über zweihundert. Die Zahl der Orte, wo den Lokalorganisationen eine Frauensektion angehört, hat sich verdoppelt. Die Genossinnen haben auch zu dem Innsbrucker Parteitagbeschlusse Stellung genommen, einen Wahlfonds einzuführen. Die Reichenberger Genossinnen haben beschlossen, falls der Kreis die Einbeziehung des Wahlfonds beschließt, ebenfalls die Beiträge zu erhöhen, um zum Wahlfonds beizutragen. Am 8. Dezember hat die Landeskongress der Genossinnen für Steiermark stattgefunden. Seit nicht ganz einem Jahr ist die Zahl der politisch organisierten Frauen von 500 auf über 2000 gestiegen. Auch hier handelt es sich um ein Land, das verhältnismäßig wenig industrielle Frauenarbeit hat. Nur eine Tabak- und eine Papierfabrik beschäftigen Frauen in größerer Zahl. Die den Organisationen angehörenden Genossinnen sind meist Berg- und Hüttenarbeiterinnen und Heimarbeiterrinnen. Dennoch diese ganz gewaltige Entwicklung. Auch hier haben die Genossinnen die Erhöhung der Beiträge beschlossen, um den Wahlfondsbeitrag einheben zu können. Auch eine Dienstbotenorganisation soll gegründet werden.

Wenn die Beitragserhöhungen alle durchgeführt sein werden, werden noch und noch alle politisch organisierten Frauen 40 Heller monatlich bezahlen. Alle neu gegründeten Organisationen heben jetzt schon diesen Beitrag ein, während die schon länger bestehenden 30 bis 35 Heller bezahlen. Die Partei- und Gewerkschaftssekretäre sowie die Abgeordneten haben allen diesen Konferenzen beigewohnt und damit gezeigt, daß sie der Frauenbewegung Bedeutung beilegen.

### Lesende.

Börsdorf und Umgegend. Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Villa Kahl: Vortrag des Genossen Weikensee über: „Der letzte Reichstag und der bevorstehende Wahlkampf.“

## Versammlungen.

Die Wahltagung unter den gewerkschaftlichen Angestellten von Groß-Berlin nimmt ihren Fortgang. Am Montagmorgen fand in den „Germaniafälen“ eine Versammlung für Caféangestellte statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Dienstagnachmittag wurde eine weitere allgemeine Versammlung in den „Industriefälen“ in der Veitstraße abgehalten. Diese war allerdings nur mäßig besucht. Die Nähe der Festtage macht sich bereits bemerkbar. In beiden Versammlungen referierte der Kandidat des 1. Berliner Reichstagswahlkreises, Genosse D ü w e l l. Der Referent verstand es ausgezeichnet, den Anwesenden klarzumachen, wie sie als Gastwirtschaftshilfen wie als Staatsbürger das größte Interesse haben an einer Erstarkung der sozialdemokratischen Fraktion im zukünftigen Reichstags. Der Arbeiterschuh im Gastwirtsgerwerb sei noch so gering, er müsse weiter ausgebaut werden. Als Konsumenten haben sie ein hohes Interesse daran, daß eine vernünftige Wirtschaftspolitik getrieben, daß die Rechte des Volkes erweitert werden. An den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion im Sinne des Referats. — Nach den Feiertagen sollen weitere Bezirks- und Brancherversammlungen abgehalten werden.

## Letzte Nachrichten.

### Das englisch-türkische Techtelmechtel.

London, 19. Dezember. Die das Roterische Bureau erfährt, bedeute die Besetzung von Solu in keine neue Entwicklung. Die Türkei sei schon lange vor dem Jahre 1904 unterrichtet worden, daß die ägyptische Grenze Solu einbegreife und dies sei auch Italien mitgeteilt worden. Die jetzige Bewegung ägyptischer Truppen habe ihren Grund nur in der kürzlichen Entscheidung der ägyptischen Behörden, einen Grenzposten bei Solu innerhalb der eigenen Grenzen zu errichten.

### Liebestragödie.

Leipzig, 19. Dezember. (B. Z. V.) In einem hiesigen Hotel haben sich heute nachmittag der 23jährige Kaufmann Riesel und das 20jährige Fräulein Emma Worm, beide aus Berlin, erschossen. Als Grund des Doppelselbstmordes wird Liebestummer angenommen.

### Arbeiterisiko.

Rizza, 19. Dezember. (S. B.) Auf der Eisenbahnlinie von Rizza nach Coni, die sich augenblicklich im Bau befindet, stürzte heute infolge der vorzeitigen Explosion einer Dynamitbombe ein Teil des Tunnels zusammen. Drei Arbeiter wurden durch die Gesteinsmassen getötet und zahlreiche verletzt.

### Ausland englischer Fuhrleute.

New-Castle, 19. Dezember. Die Anhäufung von Gütern auf den Quais und den verschiedenen Güterbahnhöfen infolge des Ausstandes der Fuhrleute in New-Castle und Gateshead ist sehr groß, und, falls es nicht bald zu einer Verständigung kommt, wird dies sehr ernste Folgen haben. Die Forderungen der Arbeiter sind von mehreren Firmen bewilligt worden. Der Vertreter der Amalgamated union of Labour hat die Arbeiter angewiesen, in allen diesen Fällen sofort zur Arbeit zurückzukehren.

Die Wahl in Los Angeles und der Prozeß Mc Namara.

New York, 6. Dezember 1911.

So ist es denn dem vereinigten bürgerlichen Ordnungsbrei von Los Angeles, Kalifornien, durch die Anwendung eines niedrigen Kniffs noch einmal gelungen, sich in der städtischen Verwaltung zu behaupten. Nach den bis heute abend vorliegenden Depeschen unterlag der sozialistische Mayors-(Bürgermeister-)Kandidat Job Garriman bei der gestrigen Wahl mit 45 000 gegen 75 000 Stimmen, welche auf den bürgerlichen Sammellkandidaten, den bisherigen Mayor Alexander, fielen.

Frohlockend verkündet die gesamte bürgerliche Presse das Wahlergebnis als eine Niederlage der Sozialisten. Sind die Demokraten und Republikaner mit dem Ausgang zufrieden, wir Sozialdemokraten können es erst recht sein, wenn sich auch unsere Hoffnung, die gewaltig aufblühende, 350 000 Einwohner zählende Stadt schon heuer zu erobern nicht erfüllt hat.

Bei den im Oktober dieses Jahres abgehaltenen Primärwahlen, bei denen es sich darum handelte, welche zwei Bürgermeisterkandidaten in die engere Wahl gelangen, wurden für den Genossen Garriman 20 185, für Alexander 16 799 und für einen anderen bürgerlichen Bewerber 8191 Stimmen gezählt. Allenthalben erregte die riesige Zunahme der sozialistischen Stimmen, deren ein Jahr vorher nur rund 3000 abgegeben worden waren, das größte Aufsehen. Nachdem Kalifornien im Oktober 1911 den Angehörigen des weiblichen Geschlechts das Wahlrecht verliehen hatte, stieg die Zahl der eingetragenen Wähler von 75 000 im Oktober auf 185 000 im Dezember. Nicht nur Frauen, auch Zehntausende von Männern ließen sich in den letzten Wochen in die Wählerlisten eintragen, um an der Hauptwahl teilzunehmen.

Mit jedem Tag schien die Wahl Garrimans ungewisslicher zu werden. Noch vor acht Tagen galten die Aussichten Alexanders als trostlos. Da kam am letzten Freitag, vier Tage vor der Wahl, das Geständnis der Brüder Mc Namara. Mit der Nachricht davon trug der Telegraph die Ankündigung von bevorstehendem Sieg Alexanders durch das Land.

John J. Mc Namara, Sekretär des Verbandes der Brückenbauer und Eisenkonstruktionsarbeiter, der letzten Freitag gestand, daß auf seine Veranlassung die Newellyn-Eisenwerke bei Los Angeles am 24. Dezember 1910 teilweise in die Luft gesprengt wurden, erhielt gestern, also am Wahltage, 15 Jahre Zuchthaus, während sein Bruder, der Schriftsetzer James B. Mc Namara, der sich zu der Urheberschaft der am 1. Oktober letzten Jahres im Gebäude der „Los Angeles Times“ ereigneten Explosion und damit zum Mischen Morde bekannte, zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde. Das Leben wurde ihnen geschenkt, um ihn und seinen Bruder kurz vor der Wahl zu einem Geständnis zu bewegen und ein Mittel zur Hintertreibung eines sozialistischen Sieges zu erlangen.

Der Onkel Garriman war einer der Verteidiger der Brüder Mc Namara; aber schon seit Wochen hatte er an der Verteidigung keinen aktiven Anteil mehr, da er sich ganz der Agitation widmete. Wochen auch die anderen Verteidiger der Angeklagten in den letzten vierzehn Tagen wissen, daß ihre Klienten der ihnen zur Last gelegten Verbrechen schuldig sind; Garriman wurde von seinen Kollegen über den Sachverhalt zugegebener Maßen nicht aufgeklärt, obwohl der Prozeß in Los Angeles geführt wurde. Aber gefehlt einmal, Garriman hätte um die Taten der Mc Namaras gewußt, so

hätte er durch die Wahrnehmung der Interessen seiner Klienten lediglich seine Pflicht als Verteidiger erfüllt.

Nichtsdestoweniger wurde die Schuld der Mc Namara von republikanischen und demokratischen Politikern von Los Angeles in den letzten Tagen vor der Wahl zu einer gehässigen und unerhörten Hetze gegen Garriman ausgenutzt.

Gewerksmäßige Beutepolitiker, Fabrikanten und Kaufleute hatten den öffentlichen Ankläger, den Distriktsanwalt Frederick, bearbeitet, daß dieser den Angeklagten Milde versprach, wenn sie sich kurz vor der Wahl zu einem Geständnis bequemen. Der Trick gelang und erfüllte seinen Zweck. Nur Sozialisten stimmten für Garriman; die diesem als einem der Verteidiger der Mc Namara zugesagte und bei der Primärwahl im Oktober auch geleistete Hilfe der nicht-sozialistischen Gewerkschafter blieb aus. Daraus erwuchs der eine Vorteil, daß die gestrige Wahl Aufschluß über die Stärke der Sozialisten in Los Angeles gab. Aber immerhin, Garriman wurde geschlagen; und darin liegt die einzige politische Bedeutung des Prozesses gegen die Mc Namaras. Diese den Sozialisten an die Rockschöße zu hängen, hat noch niemand versucht. Beide Mc Namaras sind gut katholisch, trugen bei ihrer Verhaftung Heiligenbilder auf der Brust, sind Iren, in Feiern-Traditionen aufgewachsen und insofern zu terroristischer Verschwörung disponiert. John J. Mc Namara war allezeit eifriger Demokrat.

Allerdings haben sich die Sozialisten, und vielleicht mit größerer Energie als die Reingewerkschafter, der Brüder Mc Namara angenommen und an der Aufbringung der für die Verteidigung erforderlichen Summen mitgewirkt. Käht sich daraus unseren Genossen ein Vorwurf machen? Mit nichten! Ohne finanziellen Beistand wären die Mc Namaras von vornherein so gut wie wehrlos gewesen. Hat der Angeklagte unter allen Umständen ein Recht auf angemessene Verteidigung, muß er bis zum Nachweise seiner Schuld als unschuldig betrachtet werden, so lagen im speziellen Falle, ganz abgesehen von den Unschuldsbeteuerungen der Brüder Mc Namara und der von deren Bekannten begebenen Ueberzeugung von der Schuldllosigkeit der Angeklagten, zahlreiche schwerwiegende Momente vor, welche zum Mißtrauen gegen das Vorgehen der Distriktsanwaltschaft Los Angeles geradezu herausforderten.

Ohne Einhaltung des gesetzlichen Auslieferungsverfahrens, unter Verletzung des den Angeklagten verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts wurde John J. Mc Namara auf Veranlassung und unter Mitwirkung des Hilfs-Distriktsanwalts Ford von Los Angeles und des Privatdetektivs Burns in verbrecherischer Weise aus dem Staate Indiana nach dem Staate Kalifornien transportiert, nachdem er in Indianapolis verhaftet worden war. Selbst der Bundes-senator Borah, welcher seinerzeit die Anklagen gegen die aus Colorado nach Idaho eingeführten Genossen Moyer, Gaywood und Pettibone vertrat, mußte im Bundesparlament die Ungesetzlichkeit des Transports John J. Mc Namaras zugeben. Und auch nach dem Geständnis der Mc Namaras erklärte der Distriktsanwalt von Indianapolis, der Detektiv Burns und sein Mitangeklagter würden wegen Menschenraubs, begangen an John J. Mc Namara prozessiert und nach dem Zuchthaus geschickt. Wozu, mußte man sich fragen, die Begehung des Verbrechens, wenn sich die Auslieferung des Angeklagten auf Grund eines ernsthaften Belastungsmaterials auf dem gesetzlichen Wege erreichen ließ?

John J. Mc Namara wurde wegen der Explosion im „Times“-Gebäude zu Los Angeles und wegen Mischen Morde in Anklagezustand veretzt und verhaftet, obwohl er nur einige Tage vor der Verübung der Untat im Hotel Edgerton zu Rochester, New York, wohnte und in der kurzen Zwischenzeit gar nicht nach Los Angeles gelangen konnte. Am Abend

vor Weihnachten letzten Jahres, da die Newellyn-Eisenwerke in die Luft flogen, befand er sich nach dem unbedächtigen Zeugnis des republikanischen Registratormitglieds Keely in Indianapolis, Tausende von Meilen von Los Angeles entfernt. Von der Verübung, nicht nur von der Anstiftung dieses Verbrechens durch Mc Namara war anfangs die Rede.

Zudem war von Anfang an klar, daß das Gebäude der Los Angeles „Times“ durch eine Gasexplosion zerstört wurde. Erst seit letzten Freitag weiß man in Folge des Geständnisses James B. Mc Namaras, daß durch die Explosion einer Dynamitpatrone Gas entzündet wurde. Auffallen mußte es auch, daß der Verleger der Los Angeles „Times“ im voraus eine Referendardruckerei eingerichtet hatte und sein Blatt ohne Störung weiter erscheinen lassen konnte. Das gibt noch heute zu denken, zumal da Mc Manigle, der geständige Mitschuldige der Mc Namaras schon lange vorher gegen ein Tageshonorar von sieben Dollars im Dienste des Detektivs Burns stand und die Rolle des Spitzels gespielt zu haben scheint.

So oft von seiten oder auf Verreiben der Unternehmer Anklagen wie die gegen die Mc Namaras erhoben gegen hervorragende tätige Gewerkschafter laut werden, liegt allgemein Veranlassung zu dem Verdachte vor, daß es sich um eine Verschwörung handelt, um in den Verhafteten die organisierte Arbeiterschaft zu treffen. Wände ließen sich in dieser Hinsicht auf Grund gerichtlicher Akten über das verwerfliche Treiben der Großkapitalisten und der Unternehmerverbände schreiben. Die bekannte Affäre Moyer, Gaywood, Pettibone ist noch in aller Gedächtnis. Erst am 18. Oktober dieses Jahres, um einen Fall aus der jüngsten Vergangenheit anzuführen, setzte der Richter Peare in Middletown, Connecticut, vier Arbeiter auf freien Fuß und nannte die aufgebauete Anklage ein Fabrikat der Privatdetektive. Die vier Leute waren beschuldigt, im August bei Maresmas einen Zug der New Haven-Bahn böswillig zum Entgleisen gebracht und einen Mord verübt zu haben. Die Bahnverwaltung hatte zur Zeit der Verübung des angeblichen Verbrechens Differenzen mit einem Teile ihrer Arbeiter.

Burns selbst mußte erst kürzlich zugeben, daß man Detektiven das schlimmste zutrauen müsse; er hat damit sich selbst ein treffendes Leumundszeugnis ausgestellt.

Je länger der am 11. Oktober dieses Jahres begonnene Prozeß dauerte, um so mehr mußte sich angeichts der Art der Verhandlungsleitung durch den Richter Bordwell die Ueberzeugung beseitigen, daß die Angeklagten ohne Rücksicht auf ihre Schuld oder Nichtschuld an den Folgen gebracht werden sollen.

Kein Wunder, daß, wie die übrige gesamte Arbeiterschaft und ein erheblicher Teil des Bürgertums auch die Sozialisten den Unschuldsbeteuerungen der Brüder Mc Namara Glaubens schenkte. Daß er sich tatkräftig für die Verteidigung eines politischen Gegners, dem er bergewaltig glaubte, ins Zeug legte, stellt dem amerikanischen Sozialismus ein gutes Zeugnis aus.

James B. Mc Namara bestreitet auch jetzt, nach seiner Verurteilung, da er nichts mehr zu befürchten hat, die Absicht zu morden. Er habe, erklärt er, nur den als Gewerkschaftshasser berüchtigten Zeitungverleger Otis schädigen und zur Einnahme einer anderen Haltung veranlassen wollen. Unglücklicherweise sei die Explosion zu früh erfolgt und habe den Tod von 21 Personen verursacht.

Sonderbar mutet die sittliche Empörung an, welche die ganze bürgerliche Presse über das gewiß verabscheuungswürdige Treiben der Mc Namaras aufbringt. Fast bei jedem großen Streik werden bewaffnete Stabs auf die Ausständigen losgelassen; staatliche Konstablerhorden wurden zur Niederwerfung feiernder Arbeiter organisiert. Weinahe bei allen

Kleines feuilleton.

Die Lokomotive als Spielzeug. Ueber Spielzeug veröffentlicht Paul Nohlberg in der Münchener Wochenschrift „Witz“ einen gedankenreichen Aufsatz. Nohlberg geht von der Beobachtung aus, daß das Kind an der mechanisch betriebenen Lokomotive erst rechte Freude findet, wenn die Feder kaputt ist, und meint, wie eine Lokomotive für Kinder beschaffen sein müßte, könnte man aus der Art ersehen, wie sie selber „Zug“ spielen. Eine Lokomotive in voller, freier Fahrt scheint in Kinderaugen eindrucklos zu sein, wie ja auch wir für die Ueberwindlichkeit der Turbine mit ein paar tausend Umdrehungen kein Auge haben. Schon aus rein optischen Gründen kann wohl ein Kinderauge eine kaum gesehen entschwindende Lokomotive nicht fassen. Die Lokomotive hat die Funktion, schwere Lasten zu ziehen. Das kommt am besten zum Ausdruck in dem schwierigen, langsamen, leuchtenden Anfahren nach der Ruhe. Nun hat das Kind offenbar eine Ahnung von dieser Funktion, denn es erklärt die Zeit ihres stärksten Ausdrucks in dem Dauerzustand. Selbst wenn es eine Spiellokomotive ist, geht es langsam, Schritt vor Schritt, den Zug der eingebildeten Last im Körper ausdrückend und wirklich einen Widerstand durch das Abgleiten der Schaulöcher auf dem Boden hervorruhend. Dabei unter rhythmischem sich, sich und huckelnden Bewegungen mit den im Elbogen gekrümmten Armen. Das ist das auf-fallendste, denn es beweist den Willen für das Gelingen der Lokomotive, die Stange von Rad zu Rad. — Also wird in dem Spielzeug der Ausdruck des Lastenziehens als Funktion, äußerlich auch das Gelingen der sich abhebenden Kraftanstrengung und höchst ihr prustendes Schluchzen sein müssen. Die Reibkraft des Kindes verlangt gerade das letztere. Kinder und Völker in den Kinderschaublen wollen jede Kraftanstrengung heraus hören, und die Ausübung der Wirkung gilt der Ursache gleich. Nimm eine Feder, hebe sie auf und ächze dabei, und das Kind glaubt an ihre Schwere.

Demokrat unterteilt schon zwei Formen der Erkenntnis: die „dumme“, rein auf sinnliche Empfindungsqualitäten gestellte, und die „echte“ Verstandeserkenntnis. Man darf nicht vergessen, daß sich das Kind erst aus jener zu dieser, durch Sammeln sinnlicher Erfahrungen zur Abstraktion entwickeln will. Daß es an sinnlich wahrnehmbare Dinge noch keine Erkenntnisbegriffe, wie „schwer“, „liebend-würdig“, „gefährlich“, oder Schätzungsbegriffe, wie „teuer“, „selten“ knüpft. Darauf muß beim Spielzeug geachtet werden.

Ein Robin-Museum, das die Werke dieses Meisters vereint, soll in Paris errichtet werden. Den Anlaß dazu gibt der Umstand, daß Robin aus seinem großen Atelier, in dem seinerzeit der Strich abgenommenen Hotel Viron, demnächst gleich den anderen Meistern ausziehen muß. Eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, wie An-dre Francke, Ribou, Clemenceau u. a. haben sich für den Plan ausgesprochen, und der „Matin“ hat ihn mit großem Tamtam für seine Kulturmission erklärt. Da aber auch die emigrierte Röhung möglich ist, nämlich die Verteilung der Robin'schen Werke auf die bisher zumeist mit Schund „geschmückten“ Pariser Anlagen, so ist auch dem Konturrenten des „Matin“, dem „Journal“, Gelegenheit zu einem nicht minder begeisterten Appell an das Kultur-gewissen der Gegenwart geboten.

Wieso wird man satt? Man wird geneigt sein, diese Frage dahin zu beantworten, daß das Gefühl der Sättigung von der An-füllung des Magens mit Speisen herrührt. Doch man kann das-selbe Gefühl — wenn auch vorübergehend — hervorruhen, wenn man dem Magen Dinge, die keine Nährkraft haben, etwa die be-rühmte Suppe mit Nadelsteinen, schlucken läßt. Es muß also ein rein physikalischer Zusammenhang zwischen Mageninhalt und Magen-schlauch bestehen, der das Sättigungsgefühl auslöst. Versuche, die über diese Frage von Prof. Reisser und Dr. Dräuning vorgenommen und in der Münch. „Mediz. Wochenschrift“ veröffentlicht wurden, ergaben sehr interessante Resultate. Es zeigte sich ein Unterschied in den Stoffmengen, die zum Eintritt des Sättigungsgefühls nötig waren, je nach der Konsistenz der Nahrung. Wurde Kartoffelbrei ge-zeucht, so trat Sättigung ein, wenn 250 Kubikzentimeter verzehrt waren, bei Zuführung von Wasser aber wurden 800 Kubikzentimeter erfordert. Die Ursache davon ist, wie man aus Röntgenaufnahmen weiß, daß das Wasser schneller den tiefsten Punkt des Magens erreicht. Dem Kartoffelbrei stellt sich der Druck des Magens entgegen, der die Nahrung nur langsam — etwa in drei Minuten — nach unten vor-bringen läßt. Je stärker diese Magenansammelnung, die so-genannte „Peristole“, ist, um so schneller tritt das Sättigungsgefühl ein. Diese Peristole wird ausgelöst durch den Schluckakt. Daraus folgt, daß wenn man bei der Ernährung den Schluckakt umgeht, die Peristole gar nicht und das Sättigungsgefühl erst später ein-tritt. Die Vermutung Prof. Reissers bestätigte sich. Denn die Personen, die mit Schlundsonde ihre Nahrung erhielten, gaben erst viel später an, satt zu sein. Von diesen physiologischen Vorgängen zu transkripten Ercheinungen ist nur ein Schritt, Erhöht sich durch irgend einen Umstand der Druck, dem der Magen ausgesetzt ist, so wird sich vorzeitig das Sättigungsgefühl ein-fleßen, viel früher, als die für die Erhaltung des Körpers not-wendige Nahrungsmenge in ihn gelangt ist. Auch dies vermochten die Unterwucher experimentell zu belegen. Sie erhöhten den Druck im Magen durch äußeres Schneiden und das Sättigungsgefühl stellte sich sehr bald ein. So magern zahlreiche Personen besonders weib-lichen Geschlechts stark ab, weil das zu frühe Eintreten der Sättigung eine genügende Nahrungsaufnahme verhindert. Wurde das Tragen schmerzender Kleidung, besonders des Korsetts, verboten, so trat häufig eine Besserung ein. Erhöhte eine innere Ursache den Druck im Innern des Magens, so konnte man eine Besserung erzielen, indem man die Kranken die Nahrung im Biegen nehmen ließ.

Die Fortschritte des Fernsprechers. Eine Statistik aus den fünf Ländern, die sich der weitesten Verbreitung des Telefons er-zreuen, veranschaulicht mit ziffernmäßiger Deutlichkeit, welch enorme Fortschritte das Fernsprechwesen in den letzten 20 Jahren gemacht hat. In erster Stelle stehen die Vereinigten Staaten, die im vergangenen Jahre 6 680 000 Fernsprechstellen aufwiesen, die 11 1/2 Milliarden Gespräche vermittelten, während im Jahre 1890 deren nur 650 000 gezählt wurden. In derselben Periode lag die Zahl der Apparate in Deutschland von 47 000 auf 870 000 mit 1 1/2 Milliarden Gesprächen, und England kam von 20 000 auf 600 000 Apparate, war aber gesprächiger, da diese 1800 Millionen Gespräche vermittelten. Die kleine Schweiz steht mit einer Ver-mehrung von 20 000 auf 170 000 an vierter Stelle. Ihre Gespräche bezifferten sich im vergangenen Jahre auf 810 000. Es folgt endlich Frankreich, das vor 10 Jahren 18 000 Apparate und 1910 197 000

Apparate besaß, die 265 1/2 Millionen Gespräche vermittelten. Was das Verhältnis der Telefonstellen zu der Zahl der Einwohner an-betrifft, so kommen auf 1000 Köpfe in den Vereinigten Staaten 82, in der Schweiz 31, in Deutschland 14, in England 13 1/2 und in Frankreich 5 Stellen.

Notizen.

— Hugo Lubliner ist am Dienstag in Berlin im Alter von 65 Jahren gestorben. Er war schon halb vergessen, wenn auch kürzlich erst ein neues Lustspiel von ihm im königlichen Schauspiel-haus herausgebracht wurde. In den siebziger und achtziger Jahren war Lubliner, der erst nach seinen größeren Erfolgen vom Kaufmann zum Bühnenschriftsteller überging, neben Lindau, Blumenthal und Moser der typische Vertreter des deutschen Lustspiels. Von den Fran-zosen war die saubere Technik des Konversationsstücks übernommen, das L. mit deutschem Gemüt, bescheidenem Witz und jüdischer Sentimentalität erfüllte. Der Schritt vom schlichten bürgerlichen Unterhaltungsstück zum sozialen Drama, den L. mit dem Arbeiter-drama „Der kommende Tag“ unternahm, führte nicht zum Ziel.

— Der Sänger Durrian, der der Dresdener königlichen Oper kontraktbrüchig geworden war (als Don Juan auf Reisen), wurde in der Verurteilung zu 80 000 M. Konventionalstrafe verurteilt. (Hoffentlich darf er die wenigstens in Dresden abhingen.)

— Niemand nahm Vergernis... Die Radtänzerin Ollanda, die von der Münchener Polizei neulich ihrem natürlichen Verufe entriksen wurde, ist jetzt außer Verfolgung gesetzt worden. Unter den 2700 Personen, die ihrem angeblich unflüchtigen Einfluß unterlegen waren, hatte niemand Vergernis genommen.

— Das Observatorium auf Teneriffa, das bisher nur zur Ausübung von erdbahnphysikalischen Studien und Luft-beobachtungen diente, wird keine Messungen jetzt auch auf die Erd-beben-Erscheinungen ausdehnen.

— Ueber die Abschaffung der Briefmarken be-richtet Georg Schmiedl in den „Documenten des Fortschritts“. Nach einer Berechnung eines Statistikers beträgt der Verbrauch an Brief-marken auf der ganzen Welt jährlich etwa 40 Milliarden Stück. Jedes dieser Wertzeichen erfordert von dem Augenblicke der Her-stellung bis zu seiner Entwertung 5 Minuten. Das sind 400 Millionen Arbeitstage bei achtstündiger Arbeitszeit. Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, ist ein Heer von 1 800 000 Menschen zur Bewältigung dieser Arbeit nötig. Die bayerische Regierung hat nun seit Februar 1910 die Barkartierung statt der Briefmarken bei gleichartigen Massensendungen: Katalogen, Preisverzeichnissen, Zeitungen u. a. eingeführt. Die Sendungen, die gezahlt oder ge-wogen werden, erhalten statt der Marke einen Frankostempel.

— Einen Wettbewerb für Arbeitermöbel erläßt die Berliner Kommission für vorbildliche Arbeiter-wohnungen gemeinsam mit dem Verband deutscher Kunstgewerbezeichner. Der Wettbewerb, zu dem nur Mit-glieder des Verbandes zugelassen sind, gilt für je eine Wohnung von einem Zimmer und Küche und von zwei Zimmern und Küche. Die Preise für die ganze Einrichtung darf 550 und 800 M. nicht über-schreiten. Für die Küche werden möglichst neue Typen angestrebt. Alle Entwürfe werden im Berliner Gewerkschaftshaus ausgestellt. Als Räbete durch den Verband Berlin SO. 16, Dusterhauser Str. 12.

großen Lohnkämpfen werden von dem Kapital und seinen Goldnechten Morde an den Ausständigen, gar oft auch an Unbeteiligten verübt, ohne daß die Plutokraten eine Sühne finden, ohne daß Demokraten und Republikaner ein Wort darüber verlieren. An den Millionen, mit denen Genossenschaften, Bibliotheken und Friedenspaläste errichtet werden, fließt das Blut der Arbeiterblüthen von Homestead; aber gegen den betreffenden Multimillionär wird kein Wort des Vorwurfs erhoben. Die Geschichte der Standard Oil Co., des Zuckertrusts und anderer Riesenunternehmungen erzählt auf jedem Blatte von Verbrechen der schwersten Art.

Gewiß, die Mc Namaras sind Unholde. Aber sie handeln wenigstens nicht aus persönlicher Gewinnlust. Ihr Motiv war Fanatismus, verwerflich zwar, aber unter den obwaltenden Umständen begreiflich. Die Mc Namaras wollten die wirtschaftliche Lage der Bräudenbauer bessern. Dazu reicht die gewerkschaftliche Organisation allein nicht aus. Was auf der einen Seite errungen wird, geht auf der anderen Seite zehnfach wieder verloren.

Im Dienste des Unternehmertums verbieten die Gerichte den Gewerkschaften die Anwendung der Waffen der Organisation. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus sind die Aussichten der werktätigen Bevölkerung trostlos. So griffen die Mc Namaras, zwei Fanatiker, zu terroristischen Mitteln. Vor der Betretung dieses niemals zu einem dauernden Ziele führenden Abwegs behütet am besten die gleichzeitige politische und gewerkschaftliche Wahrnehmung der Arbeiterinteressen.

Wie die rapide Zunahme der sozialistischen Stimmen in Los Angeles, wie die sich seit anderthalb Jahren häufenden sozialistischen Erfolge und Siege dartun, befindet sich die amerikanische Arbeitererschaft auf dem rechten Pfade. So wird sie gefeit gegen die Versuchung, zur terroristischen Selbsthilfe zu greifen.

## Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910.

11.

### Die Lohnregelung in den Tarifverträgen.

Der Darstellung der tariflichen Lohnhöhe hat eine Feststellung der Lohnformen vorauszugehen. Danach enthielten 3718 von den 3768 Tarifgemeinschaften des Jahres 1910 nähere Bestimmungen über die Lohnform, und zwar war in 1228 (33 Proz.) Tarifen für 11012 Betriebe und 62748 Personen nur Zeitlohn vereinbart, in 250 (6,8 Proz.) Tarifen für 760 Betriebe und 18688 Personen nur Stücklohn und in 2240 (60,2 Proz.) für 61145 Betriebe und 622063 Personen Zeit- und Stücklohn nebeneinander. 1909 waren die entsprechenden Verhältnisangaben 474 Proz., 15,8 Proz. und 35,8 Proz., 1908 dagegen 47,7, 4,6 und 47,7 Proz. Das Ergebnis ist ein erheblicher Rückgang des reinen Zeitlohnes, der hauptsächlich auf die allerdings mehr formale Zulassung der gemischten Lohnform im Baugewerbe zurückzuführen ist. In letzterem war der reine Zeitlohn selber am stärksten verbreitet gewesen. Im Berichtsjahre dagegen ist das Baugewerbe in dieser Beziehung hinter die Rohstoffindustrie zurückgetreten. Der reine Stücklohn findet sich am meisten in den Bekleidungsberufen.

Eine Bestimmung, wonach bei Stücklohn ein gewisses Lohnminimum garantiert wird, enthielten 768 Tarife für 30064 Betriebe und 168512 Arbeiter. Sie findet sich in 132 von 158 Stücklohntarifen der Textilgewerbe, in 127 von 233 Stücklohntarifen der Metall- und Maschinenindustrie, in 115 von 333 Stücklohntarifen der Holzgewerbe, in 208 von 279 Stücklohntarifen der Baugewerbe, dagegen nur in 4 von 221 Stücklohntarifen der Bekleidungsberufe. Eine Zunahme derartiger Garantieabmachungen ist gegenüber den Vorjahren unbestreitbar.

Die Höhe der Lohnfestsetzungen wird gesondert für die männlichen Arbeiter nach Stundenlohn und nach Wochenlohn, sowie für die Arbeiterinnen nach Stunden-, sowie Wochenlohnen dargestellt, und zwar immer getrennt für die gelernten und ungelerten Arbeiter. Hierzu sei bemerkt, daß bei Tarifen, in denen für gelernte bzw. für ungelerte Arbeiter gleichzeitig mehrere Lohnsätze nebeneinander vereinbart wurden, stets nur die niedrigsten Lohnsätze berücksichtigt wurden, wogegen bei Tarifen, in denen ein steigender Lohn für die spätere Tarifdauer vorausbestimmt wurde, stets dieser höchste Lohn, der während der Dauer des Tarifs erreicht wird.

Stundenlohnsätze waren 1910 in 2208 Tarifen für gelernte und in 793 Tarifen für ungelerte Arbeiter vereinbart. Danach war ein Vertraglohn von mehr als 45 Pf. pro Stunde für 76,7 Proz. der gelernten und 47,9 Proz. der ungelerten Arbeiter vorgesehen. 1909 waren die entsprechenden Verhältnisangaben 50,9 und 23,4 Proz. Zwischen 36 bis 45 Pf. bewegten sich die Stundenlohnsätze bei 21,1 Proz. der gelernten und 39,1 Proz. der ungelerten Arbeiter (1909: 38,1 und 41,7 Proz.). Unter 36 Pf. standen die Lohnvereinbarungen für 2,3 Proz. der gelernten und 18,0 Proz. der ungelerten Arbeiter (1909: 11,0 und 34,9 Prozent).

Weitlich gestaltet sich das Bild hinsichtlich der Wochenlohnfestsetzungen. Solche waren für gelernte Arbeiter in 833, für ungelerte in 558 Tarifen vorgesehen.

Über 25 M. pro Woche erhob sich der tarifliche Mindestlohn für 71,1 Proz. der gelernten und 41,3 Proz. der ungelerten Arbeiter (1909: 54,9 Proz. und 36,9 Proz.). Auch hier haben die höheren Lohnklassen ganz erheblich an Raum gewonnen, was ja angesichts der starken Verteuerung aller Lebenshaltungskosten eine Notwendigkeit war.

Seit 1903 zeigt die Entwicklung der Lohnfestsetzungen das folgende Bild:

Es waren Stundenlohnsätze vereinbart: 1903 (meist Baugewerbe): über 45 Pf. in 38,0 Proz.; zwischen 25 bis 45 Pf. in 33,7 Proz. und bis zu 25 Pf. in 28,3 Proz. der Tarife.

1905 (nur Baugewerbe): über 45 Pf. in 38,8 Proz.; 36 bis 45 Pf. in 40,2 Proz. und bis zu 25 Pf. in 21,2 Proz. der Tarife.

1906: über 45 Pf. für 37,4 Proz.; von 36 bis 45 Pf. für 31,9 Proz. und bis zu 25 Pf. 30,7 Proz. der Arbeiter.

1907: über 45 Pf. für 45,3 Proz.; von 36 bis 45 Pf. für 39,3 Prozent und bis zu 25 Pf. 14,4 Proz. der Arbeiter.

1908: über 45 Pf. für 42,1 Proz. der gelernten und 23,5 Proz. der ungelerten Arbeiter; von 36 bis 45 Pf. für 32,2 Proz. der gelernten und 29,5 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 25 Pf. für 25,7 Proz. der gelernten und 47,0 Proz. der ungelerten Arbeiter.

1909: über 45 Pf. für 50,9 Proz. der gelernten und 23,4 Proz. der ungelerten Arbeiter; zwischen 36 bis 45 Pf. für 38,1 Proz. der gelernten und 41,7 Proz. der ungelerten und bis zu 25 Pf. 11,6 Proz. der gelernten und 34,9 Proz. der ungelerten Arbeiter.

1910: über 45 Pf. für 76,7 Proz. der gelernten und 47,9 Proz. der ungelerten Arbeiter; zwischen 36 bis 45 Pf. für 21,1 Proz. der gelernten und 39,1 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 25 Pf. für 2,3 Proz. der gelernten und 18,0 Proz. der ungelerten Arbeiter.

Hinsichtlich der Wochenlöhne kann eine solche Darstellung erst ab 1907 gegeben werden, da die früheren Angaben nicht vergleichbar sind.

Es wurden Wochenlohnsätze vereinbart: 1907: über 35 M. für 4,3 Proz. der Arbeiter; über 25 bis 35 M. für 56,07 Proz. und bis zu 25 M. für 39,1 Proz. der Arbeiter.

1908: über 35 M. für 8,3 Proz. der gelernten und 0,8 Proz. der ungelerten Arbeiter; über 25 bis 35 M. für 29,2 Proz. der

gelernten und 9,8 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 25 M. für 67,5 Proz. der gelernten und 89,4 Proz. der ungelerten Arbeiter.

1909: über 35 M. für 8,1 Proz. der gelernten und 0,0 Proz. der ungelerten Arbeiter; über 25 bis 35 M. für 46,5 Proz. der gelernten und 38,8 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 25 M. für 45,4 Proz. der gelernten und 68,1 Proz. der ungelerten Arbeiter.

1910 dagegen über 35 M. für 11,0 Proz. der gelernten und 0,4 Proz. der ungelerten Arbeiter; über 25 bis 35 M. bis 60,1 Prozent der gelernten und 40,9 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 25 M. für 28,9 Proz. der gelernten und 58,7 Proz. der ungelerten Arbeiter.

In dem Zurücktreten der niedrigsten und in dem Anwachsen der höheren Lohnklassen zeigt sich ganz deutlich der gewerkschaftliche Einfluß auf die Lohnregelung.

Stunden- und Wochenlohnfestsetzungen für weibliche Arbeiter enthielten 404 Tarife.

Hiernach hatten einen Stundenlohn von mehr als 30 Pf. 6,2 Proz. der gelernten und 14,3 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen (1909: 42,4 Proz. bzw. 1,1 Proz.), einen solchen von 21-30 Pf. 78,6 Proz. der gelernten und 60 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen (1909: 33,1 Proz. bzw. 48,3 Proz.) und einen solchen bis zu 20 Pf. 15,2 Proz. der gelernten und 25,7 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen (1909: 68,8 bzw. 51 Proz.). Auch hier weist die niedrigste Lohnklasse einen Rückgang auf, freilich auch die höchste. Es ist indes hierbei zu berücksichtigen, daß die kleineren statistischen Zahlen der Arbeiterinnen viel mehr von Zufälligkeiten beeinflusst werden, als die Zahlen der männlichen Arbeiter.

Somit Wochenlöhne für Arbeiterinnen vereinbart sind, betragen sie über 15 M. für 50,7 Proz. der gelernten und 27,9 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen (1909: 56,7 bzw. 1,3 Proz.); zwischen 10-15 M. fanden sie für 38 Proz. der gelernten und 44,7 Prozent der ungelerten Arbeiterinnen (1909: 21,6 Proz. bzw. 70,8 Proz.) und bis zu 10 M. für 11,3 Proz. der gelernten und 27,4 Prozent der ungelerten Arbeiterinnen (1909: 44 bzw. 27,9 Proz.). Die Schlüsse sind im wesentlichen die gleichen wie hinsichtlich der Stundenlohnsätze der Arbeiterinnen.

Neben den Stunden- bzw. Wochenlöhnen regeln die Tarifverträge vielfach die Lohnzuschläge für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für besonders schwierige, ungesunde oder schmutzige Arbeiten.

Lohnzuschläge für männliche Arbeiter wurden 1910 in 2580 Tarifen vereinbart. Für Ueberstundenarbeit wurden Lohnzuschläge pro Stunde bis 20 Pf. in 1408, über 20 Pf. in 49 Tarifen vereinbart. Prozentuale Bemessungen (in Prozent des Stundenlohnes) fanden sich bis 10 Proz. in 48 Tarifen, über 10 bis 20 Proz. in 101 Tarifen, über 20 bis 30 Proz. in 880 Tarifen und über 30 Proz. in einem Tarif.

Für Sonntagsarbeit waren Lohnzuschläge in Pfennigen pro Stunde vereinbart: bis 20 Pf. in 584 Tarifen, über 20 bis 30 Pf. in 160 Tarifen, über 30 bis 40 Pf. in 35 Tarifen, über 40 bis 50 Pf. in 22 Tarifen und über 50 Pf. in 20 Tarifen. In Lohnprozenten berechnet fanden sich solche bis 10 Proz. in 9 Tarifen, über 10 bis 20 Proz. in 32 Tarifen, über 20 bis 30 Proz. in 810 Tarifen und über 30 Proz. in 200 Tarifen.

Für Nachtarbeit gab es Lohnzuschläge pro Stunde bis 30 Pf. in 807 Tarifen, über 20 bis 30 Pf. in 170 Tarifen, über 30 bis 40 Pf. in 28 Tarifen, über 40 bis 50 Pf. in 27 Tarifen und über 50 Pf. in 22 Tarifen. Nach Lohnprozenten bemessen hatten bis 10 Proz. 11 Tarife, über 10 bis 20 Proz. 18 Tarife, über 20 bis 30 Proz. 848 Tarife und über 30 Proz. 68 Tarife.

Für sonstige besondere Arbeiten endlich waren Lohnzuschläge vorgesehen: bis 20 Pf. in 795 Tarifen, über 20 Pf. in 25 Tarifen und bis 10 Proz. in 8 Tarifen, über 10 bis 20 Proz. in 7 Tarifen, über 20 bis 30 Proz. in 75 Tarifen und über 30 Prozent in 18 Tarifen.

Die Lohnzuschläge für Arbeiterinnen sind verhältnismäßig selten und für die Statistik von minderer Bedeutung.

Zum ersten Male im Berichtsjahre bringt die amtliche Statistik auch einen Vergleich zwischen dem Stand der ortsbildlichen Tagelöhne für erwachsene männliche Arbeiter (Dezember 1910) und dem der tariflichen Mindestlöhne für erwachsene männliche Arbeiter. Die Nachweise der amtlichen Statistik hierzu umfassen tabellarisch 96 Seiten. Die amtlichen Nachweise erstrecken sich auf 87 Branchengruppen.

Der allgemeine Eindruck ist zunächst der, daß die ortsbildlichen Tagelöhne fast durchwegs ganz erheblich hinter der Entwicklung der Lohnverhältnisse zurückgeblieben sind und vielfach nicht entfernt mehr den Verhältnissen des Arbeitsmarktes wie auch den gesteigerten Lebenshaltungskosten entsprechen. So beträgt z. B. in Bremen der Stundenlohn eines Maurers 17,1 Proz. (Stabilität Gelsenkirchen), bis 35,3 Proz. (Preis-Hendelung) des ortsbildlichen Tagelöhnes der betreffenden Kreise, also bei einer zehnständigen Arbeitsdauer der Tagelohn 171 bis 353 Prozent des ortsbildlichen Tagelöhnes. In Bayern finden wir Unterschiede für den zehnständigen Tagelohn von 169 Proz. (Darmstadt) bis zu 260 Proz. (Münchener). In Sachsen verdient ein Maurer in Plauen 177 Proz. in Leipzig 200 Proz., in Württemberg 189 Proz. (Stuttgart) und 173 Proz. (Freudenstadt), in Hamburg 250 Proz., in Lübeck 203 Proz., in Bremen 216 bis 222 Proz. des ortsbildlichen Tagelöhnes. Freilich gibt es auch Fälle, in denen die tariflichen Mindestlöhne sich nicht wesentlich über den ortsbildlichen Tagelohn eines gewöhnlichen erwachsenen Arbeiters erheben oder selbst dahinter zurückbleiben.

Es sind auch nicht immer bloß die ungelerten Arbeiter, auf welche das trifft, sondern mehrfach sind es gerade gelernte Arbeitergruppen, deren Lohnverhältnisse so sehr zurückgeblieben, daß selbst ein ungelerner Arbeiter im gleichen Bezirk weit mehr verdient. Auch diese Ueberhöft gewinnt wesentlich an Wert, wenn sie sich erst über die gesamten Tarifverträge erstreckt und ihre Ergebnisse dann mit denen früherer Jahre verglichen werden können. In wenigen Jahren wird dies möglich sein; aber schon heute ist mit dieser Zusammenstellung ein schätzenswerter Anfang zu einer Lohnstatistik gemacht, die sich freilich auf die vertragliche Regelung der Lohnsätze beschränkt.

Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

## Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

### Im Kampfe um den ersten Berliner Reichstagswahlkreis.

Zu einer ebenso inoponanten wie stürmischen Kundgebung gestaltete sich eine von den Genossen des 1. Berliner Reichstagswahlkreises einberufene öffentliche Wählerversammlung die am Dienstagabend bei Dr. K. H. Friedrichsstraße, stattfand. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt, und an der Türe, sowie auf der Galerie, ja selbst auf der Tribüne standen noch viele Besucher in drangvoller Enge. Bald mußte der Saal abgeperrt werden, obgleich man die Türe entfernt hatte. Auch die Polizei war erschienen und der Herr Offizier erkundigte sich schon auf der Straße bei seinen Untergebenen vorsorglich, ob das Lokal noch einen zweiten Ausgang habe. Unter allgemeiner Spannung nahm dann Genosse

Dr. Kola Sugemburg, mit tosendem Jubel von der Versammlung begehrt, das Wort:

Rednerin zeichnet ein knapp umrissenes Bild von der augenblicklichen internationalen politischen Situation. Die Kanonenschüsse seien die Begleitmusik auf unserem Marsche in den Volkskampf. Rednerin geht ein auf die Hungerkrawalle in England, Desterreich und anderen Ländern, die Zeichen seien, die wir ihrer ganzen Bedeutung nach würdigen müßten, womit sie allerdings nicht sagen wollte, daß der Hunger im Volke eine neue Erscheinung sei, vielmehr sei es nur die Folge unerer kapitalistischen Wirtschaftsweise, in der naturunwendig Arise mit Aufschwung wechselt. Neu sei aber, was wir in diesem Jahre erlebt hätten, was keine Arise zu bezeichnen wäre, im Gegenteil, das Unternehmertum glänzendes Ge-

schäfte gemacht habe. Es zeige sich, daß heute noch nicht einmal mehr eine Krise notwendig sei zur Herbeiführung einer Hungersnot. Es zeige sich aber weiter daraus, wohin der Kapitalismus mit unerbittlicher Logik führe. Rednerin weist auf den Kampf in der Metallindustrie hin, wo circa 70 000 Menschen nur aus einem Knochentrost heraus befreit werden sollten. Auf den ersten Blick handle es sich hierbei ja wohl nur um eine Gruppe, aber das letzte Jahr habe schon drei solche Erschütterungen in der Metallindustrie gebracht. Wenn es auch zum Frieden gekommen sei, so wäre es Torheit, zu glauben, wir blieben in Zukunft davon verschont: Nein, wie ein Damoklesschwert hänge die Aussperrung über der Arbeitererschaft. Hier handle es sich nicht mehr um wenige Wenige Lohnherhöhung oder eine Viertelstunde Arbeitszeitverlängerung, hier gehe es um Prinzip. Die Scharfmacher glaubten, durch solche Aussperrung die Gewerkschaftslisten zu leeren, und die Gewerkschaften selbst erschöpfen zu können. Sie täuschten sich aber: Die Kraft und die Macht der Gewerkschaften lägen nicht in deren Listen, sondern in der Opferfreudigkeit und Solidarität ihrer Mitglieder. (Zosende Zustimmung.) Alle Machinationen der Herren würden darum an der Arbeiterbewegung zerbrechen wie Glas am Granit. Aber mit der Tatsache selbst müsse gerechnet werden, daß das, was heute hier geschehe, morgen dort geschehen kann, wenn nicht die Angriffe mit voller Wucht und breiter Brust abgewiesen würden. Die Zeit des Friedens und der partiellen Kämpfe sei vorbei, sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Und nun noch etwas, was scheinbar ein entlegenes Gebiet streife, aber durchaus verwandt sei mit dem gestreuten Punkte: Die Nachrichten aus China von dem steigenden Vordringen der Revolution. China und Revolution! Es genügt, um von einer Weltwende zu sprechen! In China proklamieren man die Republik; wir aber leben in Deutschland unter einem chinesischen Mandarinentum. Wenn das vieltausendjährige chinesische Reich den modernen Strömen nicht mehr standhalten könne, dann sollte das keine Wiskäuflein der deutschen Reaktion dem Fortschritt trotzen können? (Witautenlanger, tosender Beifall.) Wohl stellen auf dem ersten Blick die aufgeführten Erscheinungen verschiedene Gebiete dar: wer aber tiefer blicke, sehe, daß sie sich alle vereinigen zu einem geschlossenen Ringe, fortschreitender sozialer Gestaltung und Entwicklung. Die furchtbarsten Hungerskämpfe über die Erde schreiten und vernähmen aus anderen Ländern die Kunde von Hungersrevolten. Bei uns seien ja nun keine zu verzeichnen, der aber würde sich irren, der meinte, daß, weil wir keine Revolten haben, bei uns auch keine Not vorhanden wäre. Ebenso wenig läme der Wohlstand das Verdienst für die Ordnung zu. Wenn alles geordnet geht, so sei es nur der Aufklärung und der Erziehung der Sozialdemokratie zu verdanken, die nicht durch chaotische Aufstände, sondern durch bewußten, planmäßigen Kampf die Not des Volkes besser wolle.

Mit herben Worten wendet sich die Rednerin an die Frauen, schildert ihre Lage, ihre Rechtlosigkeit, sowie auch ihre Pflichten und Aufgaben. Jede Frau aus dem Volke heute, die es fertig bringe, die Familie über Wasser zu halten und ihre Kinder anständig zu erziehen, könne jeden Finanzminister in die Tasche stecken und erbringe schon hiermit das Heftigste für die Wahl- und Stimmberichtigung. Mit vernichtender Schärfe geht Rednerin mit dem Imperialismus ins Gericht, dessen Folgen sie sowohl von der rein politischen als auch von der handels- und wirtschaftspolitischen Seite beleuchtet. Sie zeigt, daß die Sozialdemokratie einzig und allein konsequent und unverrückbar und ihren Grundlagen getreu gegen diese Art der Hauptpolitik den Kampf geführt habe und auch weiter führen werde. Solange unsere Patrioten noch 1/2 Millionen fremde ausländische Arbeiter planmäßig nach Deutschland einführen, hätten die deutschen Arbeiter keine Ursache, nach Afrika auszuwandern. Das überließen sie ihren Ratgebern mit Raumann an der Spitze, der als Seelenjäger mitgehen könne und auch dem Feindein Blick ein wenig, damit auch das schöne Geschlecht vertreten sei. (Stürmische Heiterkeit.) Zum Schluß erklärt die Rednerin: Was der Imperialismus tue, sei nichts anderes als Gararbeit für uns. In diesem Bewußtsein gingen wir dem 12. Januar entgegen. Nicht wie bei dem Wählerturnen sei bei uns die Jagd nach Mandaten die Hauptsache, sondern viel wichtiger seien die Stimmen und auch diese hätten wir zu wagen nicht nach Zahl, sondern nach geistigem Gehalt. Nicht Mistkäfer, sondern entschlossene, überlegte und opferbereite Männer und Frauen, die in guten und bösen Zeiten zu uns hielten, brauchten wir. Wir gingen schlimmen Zeiten, vielleicht sogar Ausnahmeseiten entgegen. Trotzdem keine Furcht: je schärfer die Krise, um so lustiger werde die rote Flagge! Wir, die zwölf Jahre unter einem Ausnahmegericht geluldet hätten, brauchten uns nicht zu fürchten! Aber die zu uns kämen, müßten gelacht sein, daß vielleicht mehr Opfer von ihnen verlangt würden als die Abgabe eines Stimmzettels. Wenn wir in diesem Geist hinausziehen in den Kampf, dann könnten wir ausrufen, wie es so schön im Liede heißt: Wir uns das Volk, mit uns der Sieg! (Draufender, minutenlanges Beifall.)

Tätererwörtert ein Begrüßungstelegramm aus Weesly von den dortigen Genossen, was er als gutes Omen für den Sieg bezeichnet. Es sei schön, daß diejenigen, die nicht aktiv teilnehmen können am Kampfe, doch im Geiste bei uns sind. (Händeklatschen.)

Als erster Redner tritt Kaufmann Horn auf, der ausführt: Die Gegner des Kandidaten Döwcl wendeten sich besonders an die Privatangehörigen. Man müsse diese Gegner deshalb prüfen, wie sie zu den Forderungen der Angestellten sich stellten. Sowohl Herr Thomas als auch Herr Kaempff hätten nicht für, sondern gegen die Angestellten und Handlungsgehilfen gearbeitet. Redner weist auf den Raub der Selbstverwaltung in den Krankenkassen hin. Die Parteien der Herren Thomas und Kaempff hätten die Reichsfinanzreform ebenso wie den Raub der Selbstverwaltung mitgemacht. Thomas sei aufgestellt, weil er in der Handlungsgehilfenbewegung stehe und deshalb den Handlungsgehilfen schmeichelt gemacht werden solle: Thomas sei ein Jünger des Herrn Schöndt, der in allen Fragen und Forderungen der Handlungsgehilfenerschaft gattmög verlagte habe. Die Privatangehörigen müßten sich wundern, wie man ihnen einen Mann wie Herrn Kaempff als Kandidaten empfehlen könne. Wäre es doch seinen schärferen Gegenstand, als die Angestellten einerseits und die Kreise, die Herr Kaempff vertritt, andererseits. Das Reichsgezet gebe den Gemeinden die Möglichkeit, die Sonntagstrube ganz oder teilweise einzuführen. Berlin jedoch, wo der Freisinn herrsche, widerlege sich dem berechtigten Verlangen der Handlungsgehilfen auf völlige Sonntagstrube. Redner erinnert an die Rolle des Herrn Kaempff als Vorsitzender des Handelstages, dessen Generalsekretär Neufferungen getan habe, die sich gegen alle Forderungen der Handlungsgehilfen und Privatangehörigen richteten. Nicht aus Dummheit oder Bosheit, sondern aus wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Zwange heraus, müsse Herr Kaempff jegliche Sozialpolitik für die Angestellten brändeln. Wohl seien nach dem Handeltage alle Handlungsgehilfen und Angestellten gegen denselben unter Protest aufgetreten. Aber das Gedächtnis sei manchmal etwas schwach bei den Wählern, darum müsse man an jene Vorgänge erinnern. Wäre es nicht möglich, wenn man annehme, daß er die Forderung der Angestellten gut vertreten werde. Die Sozialdemokratie aber habe die Interessen der Angestellten jahrzehntelang einzig und allein vertreten. Die Sozialdemokratie könne wohl die Privatangehörigen einberufen, die Privatangehörigen aber nicht die Sozialdemokratie. (Großer Beifall.)

Ein Herr Boruss stellt sich als freier liberaler Mann vor, der keiner Partei angehöre. Er wolle nicht für einen bestimmten Kandidaten eintreten, aber er werde sich freuen, wenn die Sozialdemokratie im Reichstag praktische Politik treiben werde.

Herr Elzner, Demokrat: Die Demokraten seien ebenfalls gegen Jauler und Militarismus. Sollte Wöckel nicht durchkommen, dann würden sie Mann für Mann für Döwcl eintreten. (Großer Beifall.)

Zu tumultuarischen Szenen führte das protokollarische Auftrien eines Herrn Zimmermann: Er sei nationalliberal. Die Nationalliberalen beständen nicht aus lauter Schotbaronen. Er freue sich, daß an der Spitze des Deutschen Reiches das pflichtbewußte Hohenzollernum stehe.

Werdings sei es ein großer politischer Fehler gewesen, daß der preussische König in der Zeit der Teuerung dreieinhalb Millionen Zulage verlangt hat. Wenn Deutschland so schlecht sei, warum gebe denn Frau Dr. Luge mburg nicht hinaus. Ihre Anwesenheit zeige, daß ein Einwand der Regierung dringender notwendig sei. (Stürm. Unterbrechung, gr. Lärm.) Die Rationalisten würden in Zukunft den Grundtag vertreten: Reichtum verpflichtet! Hoffmann werde dafür sorgen. (Erdröhnendes Lachen.) Die Engländer hätten uns, weil wir intelligent seien, sie werden uns eines Tages vernichten, verschlucken, eines Morgens werde unsere Flotte vernichtet sein. (Stürmische Heiterkeit.) Der Militarismus sei eine Versicherungssprache. Frau Luxemburg habe noch keine Angel pfeifen hören. (Großer Lärm.) Sie habe die Veteranen von 1870 beschimpft. (Ungeheurer Lärm.) Er wünsche und hoffe, daß wieder ein Kanzler komme, der lauge Große Fragen werden durch Blut und Eisen gelöst. (Vielhundertstimmige Hilarität und große Erregung, die sich erst legt, als Frau Luxemburg ein paar beschwichtigende Worte an die Versammlung richtet und erklärt, daß wir für das Auftreten solcher Gegner nur dankbar sein könnten.) Der Lärm setzte aber sofort wieder ein, als der Redner ausführt, die große Mehrheit der Menschheit werde immer Herdenvieh bleiben.

Der Kandidat Düw eil ging mit diesem Herrn gründlich ins Gericht, und kennzeichnete den Charakter und die Taten der Rationalisten in trefflicher Weise. Mit einem begeistert aufgenommenen wuchtigen Appell an die Wähler, am 12. Januar für die Sozialdemokratie einzutreten, schloß der Redner.

Kosa Luge mburg, gegen ihren Wunsch von der Versammlung gedrängt, nahm noch einmal das Wort. Mit Sarkastischem Spott führte sie den famosen Gegner unter tosender Zustimmung der Anwesenden gründlich ab, und dankte den Gegnern für das Auftreten solcher Prodigesemplare. Bei am 12. Januar den Kandidaten Düw eil wähle, der handle als wahrer Vertreter der Kultur und Menschheit. Ein begeistertes Hoch schloß die Versammlung.

Im zweiten Wahlkreise fand eine öffentliche Wählerversammlung in Röhles Pflanzung, Deynswitzstraße, statt, die sehr stark besucht war. Dr. Kosa referierte über die bevorstehende Reichstagswahl, die er als einen Kampf zwischen zwei Weltanschauungen schilderte. Es gelte der herrschenden Klasse zu zeigen, daß das arbeitende Volk mündig geworden ist und daß man seinen Willen respektieren muß. Mit scharfen Worten geißelte der Redner den politischen Indifferentismus in großen Schichten des Bürgertums, des deutschen Speichbürgertums, unserer weltbekanntesten Hülftler. An immer neuen Bildern und Beispielen zeigte er, welche Zustände im deutschen Vaterlande bestehen und welchen Kampf die Sozialdemokratie unermüdet und unablässig dagegen führt. — Der Vortrag, der beinahe zwei Stunden währte, fand die größte Aufmerksamkeit der Anwesenden und wurde häufig von Zeichen der Zustimmung unterbrochen. Stürmischer Beifall belohnte den Redner, als er zum Schluß den internationalen, ringsum die Bruderhand reichenden Sozialismus feierte und zum flammenden Haß gegen alles, was schlecht und heuchlerisch ist, aufrief. Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der auf die Anstrengungen der Gegner im zweiten Kreise hinwies und dabei warnte, sich zu sehr in Sicherheit zu wiegen. Dieser Warnung schloß sich auch der Vorsitzende an, der auf ein im zweiten Kreise verbreitetes Flugblatt aufmerksam machte, mit dem eine Art Waisengang betrieben werde, indem darin der freisinnige Kandidat Rommian als „der bisherige und bewährte Vertreter des Kreises“ bezeichnet wird. Man sollte erwarten, daß jedermann weiß, daß der bisherige und bewährte Vertreter des Kreises unser Genosse Richard Fischer ist. (Beifall.) Mit Hochrufen auf unsere Partei schloß die Versammlung.

### Teltow-Beehrow.

Die Rigdorfer Genossen hatten am Montag eine Wählerversammlung nach der „Neuen Welt“ einberufen. Der Andrang war so stark, daß bei weitem nicht alle Besucher in dem Versammlungsraum — es war nicht der große — Platz fanden. Die Polizei, die in einer auffallend starken Zahl zur Stelle war, sperrte das Lokal ab. Allerdings etwas vorzeitig. Hätte sie dem Versammlungsleiter von ihrer Absicht Kenntnis gegeben, dann wäre durch engeren Zusammenrücken immerhin noch für einen Teil der ausgesperrten Besucher Raum geschaffen worden. Aber diese selbstverständliche Rücksicht nahm die Polizei nicht. Sie besetzte das Gortentor und ließ niemanden mehr hinein. Hunderte standen vor dem geschlossenen Tor, wurden aber bald von der Polizei veranlaßt, sich zu entfernen.

Es war eine imposante Versammlung, die dem Saal und die Gorterien füllte. Mit regem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrage des Genossen Frit z Ober t. Er gab ein anschauliches Bild von den gegenwärtigen politischen Verhältnissen. Im Hinblick auf die Karakoffaffäre zeigte der Referent, wie die kapitalistische Profitgier das Reich in koloniale Abenteuer gestürzt und die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen hat, wie das Volk durch die Zoll- und Steuerpolitik bedrückt wird und dadurch unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen zu leiden hat und daß noch schlimmeres in dieser Hinsicht zu erwarten ist, wenn wieder eine reaktionäre Mehrheit in den neuen Reichstag einzieht. Dann wird man sich nicht begnügen mit einer weiteren wirtschaftlichen Ausplünderung der Volksmassen, man wird auch wichtige Volksrechte, besonders das Koalitionsrecht, unterbinden, so daß die Arbeiterschaft schußlos den Ausbeutungsgeulsten des Unternehmertums preisgegeben ist. Von den bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Freisinnigen hat die arbeitende Bevölkerung nichts zu erwarten. Darum muß jeder, der die Interessen der breiten Volksmasse gefördert sehen will, für die Wahl sozialdemokratischer Vertreter eintreten, für die Partei, deren erhabenes Endziel es ist, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, wo es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. — Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall.

Charlottenburg. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Volkshaus sprach am Sonntag Genosse Büchner. Der Referent ermahnte mit seinen von heißem Sarkasmus getragenen Ausführungen den lebhaftesten Beifall. Trotz mehrfacher Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Wort. Genosse Gode schloß die imposante Versammlung mit einem begeisterten Appell an die Charlottenburger Arbeiterschaft, alles daran zu setzen, um den Genossen Frit zubeil schon im ersten Wahlgange mit einer imposanten Mehrheit durchzubringen. Allgemein soll es auf, daß auch jetzt noch unsere öffentlichen Versammlungen polizeilich bewacht werden. Ist es der hochwollständigen Polizei noch nicht bekannt, daß wir uns in der Wahlbewegung befinden?

Teltow. Hier sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung der Landtagsabgeordnete Paul Dirsch über die kommenden Reichstagswahlen. Redner unterzog die Sünden der bürgerlichen Parteien einer vernichtenden Kritik und kennzeichnete gedehrend die Heerei des Reichsverbandes und der Kreisblätter. Zum Schluß ermahnte der Referent die Anwesenden, am 12. Januar ihre Pflicht zu tun. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Referat verbreiteten sich die Stadtverordneten Frants und Röder über die unendlichen Verhältnisse im hiesigen Stadtparlament. Die Versammlung wurde mit einem begeisterten dreifachen Hoch geschlossen.

Alt-Mietide. In einer öffentlichen Wählerversammlung für den Ortsteil Röllenberg rechnete Genosse Alex Page l. Rigdorf mit den bürgerlichen Parteien gründlich ab. Redner betonte, daß diesmal im Kreise Teltow-Beehrow sich ein harter Kampf entspinne werde, da bis jetzt 7 Kandidaten verschiedener Richtungen aufgestellt seien. Billig eines jeden Genossen sei es, sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen, um so unsern alten Genossen Frit zubeil zum Siege zu verhelfen. Das Referat wurde von den Besuchern mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung wurde durch Gesangsvorträge des Glieder Arbeiter-Gesangvereins eröffnet und geschlossen.

### Niederbarnim.

Rahndorf. Eine Wählerversammlung im Waldschloßchen hörte am Sonntag ein Referat des Genossen Riter-Karlshorst über die bevorstehenden Wahlen. Mit einem Appell an die Versammelten, ihre Stimmen am 12. Januar dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben, fand die Versammlung ihren Schluß.

Waldhau. Eine von über 200 Personen besuchte Wählerversammlung, in der Genosse Stadthagen sich den Wählern als Reichstagskandidat vorstellte, fand hier am Sonntagmittag statt. „Teuerung, Kriegsbeute und Reichstagswahl“ lautete das Thema des circa zweistündigen Referates. Starker Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Gegner melde ten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Der „Männerchor Weihensee“ trug durch seine Mitwirkung wesentlich zu dem imposanten Verlauf der Versammlung bei.

Petershagen. Ueber die bevorstehende Reichstagswahl referierte in öffentlicher Versammlung im Lokal zum Fortshaus am Sonntag Genosse Adolf Domnit. Redner schilderte in seinem 1½stündigen, mit Beifall aufgenommenen Referat die Taten des schwarz-blauen Blocks und unterzog dieselben einer herben, aber gerechten Kritik. Genosse Pfeilbarth ermahnte zum Schluß die Wähler zum Eintritt in den Wahlverein sowie zum Abonnement auf den „Vorwärts“. Der Gesangverein Sangeslust brachte vor und am Schluß der Versammlung je ein stimmungsvolles Lied zum Vortrag.

Groß-Schönebeck (Bezirk Lichtenberg). Um der Wählerschaft von Groß-Schönebeck zu zeigen, wie die Sozialdemokratie in der am Sonntag, den 10. Dezember, stattgefundenen konservativen Versammlung verkleumet worden war, hatten die Lichtenberger Genossen am Sonntag eine öffentliche Wählerversammlung unter freiem Himmel einberufen, die trotz des starken Nebels von weit über 200 Personen, darunter auffallend vielen Frauen, besucht war. Der Referent, Arbeitersekretär Genosse Jan-Berlin, der über das Thema: „Konservative und freikonservative Partei und Landbevölkerung“ sprach, zerplückte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Argumente der vereinigten konservativen Parteien, mit denen sie sich als Freunde des Kleinbauern und Arbeiters gerieren. Er wies nach, wie gerade die Konservativen immer durch die Tat bewiesen haben, daß sie die größten Feinde des kleinen Mannes seien und endete mit der mit Beifall aufgenommenen Aufforderung, am Wahltag jenen Herren die wohlverdiente Wut zu lassen und ihre Stimmen dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Stadthagen, zu geben. — Mit der Aufforderung, die Wählerliste einzusehen und den 12. Januar zu einem Stegtag für die Sozialdemokratie zu gestalten, schloß der Einberufer mit einem braun aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung. — Herr Schriftsteller Feder-Berlin, der angestellte Sozialistenführer des Kreises Niederbarnim, war rechtzeitig von dem Einberufer brieflich geladen, zog es aber vor, an einem anderen Orte über „Sozialdemokratie und Mittelstand“ zu reden, so daß wir um diesen Genuß leider kamen.

Liebnthal (Bezirk Lichtenberg). Seit Jahren war es und nicht möglich, hier ein Versammlungslokal oder Grundstück zu bekommen. Doch auch hier gelang es uns, am letzten Sonntag eine öffentliche Wählerversammlung unter freiem Himmel abzuhalten, in welcher Arbeitersekretär Genosse Lehmann-Berlin über „Reichstagswahl und politische Lage“ referierte. Trotzdem wegen der weiten Entfernung von der Wohnstation die Versammlung erst später stattfinden konnte, als ursprünglich angesetzt, hielten die Erschienenen — wohl an hundert — trotz der nachlässigen Witterung aus und unterstrichen die Ausführungen des Referenten durch wiederholten Beifall. Nach einigen anfeuernden Worten schloß der Leiter mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Versammlung kräftig einfiel.

Laue (Bezirk Bernau). In einer von circa 200 Personen besuchten Wählerversammlung sprach Genosse Emil Unger über „Die Teuerung und die Reichstagswahlen“. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. In der Diskussion führte der Vorsitzende u. a. einige traurige Fälle über schlechte Behandlung der hiesigen Arbeiter an. Nach einer Aufforderung beselben, sich der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation anzuschließen, meldeten eine große Anzahl Besucher ihre Mitgliedschaft bei dem Land- und Forstarbeiterverband sowie dem Wahlverein an. Die vortreffliche Stimmung in der Versammlung gibt die Gewähr, daß auch hier am 12. Januar für unseren Kandidaten Artur Stadthagen eine imposante Stimmenzahl abgegeben wird.

Schöneiche. In einer, auch von Frauen gut besuchten Versammlung sprach am Sonntag in Rahndorfer Röhle Genosse Richard Häler über die bevorstehende Reichstagswahl. Der große Beifall, dem die Anwesenden dem Referenten zollten, läßt auf einen guten Ausfall der Wahl schließen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

### Aus aller Welt.

#### Schwerer Eisenbahnunfall in Belgien.

Auf der nahe der deutschen Grenze gelegenen belgischen Wahnstation Wellenraed hat sich am Montagabend ein schwerer Verkehrsunfall ereignet. Ein von der Station Wellenraed nach Verviers bestimmter Personenzug hatte gerade den Bahnhof verlassen, als ihm infolge falscher Weichenstellung eine einzelne Lokomotive in die Flanke fuhr. Mehrere Personenzüge wurden durch den Zusammenstoß vollständig eingedrückt. Aus dem Innern der Wagen lösten sich die zur Hilfeleistung herbeieilenden herzerregten Schmerzenskrieger entgegen. Zwölf Passagiere wurden in mehr oder weniger schwer verletztem Zustande aus den Wagentrümmern hervorgeholt.

Zu dem bereits gestern gemeldeten Eisenbahnunglück bei Odesa in nordamerikanischen Staaten Minnesota, dem 12 Tote und 10 Schwerverletzte zum Opfer fielen, wird noch berichtet, daß das Unglück auf die Schuld des Streckenwärters zurückzuführen ist. Der Schnellzug, der sogenannte Seidenzug, weil er hauptsächlich von den Zubehörern großer Seidenfabriken benutzt wird, wurde in zwei Teilen abgelassen, da er überfällig war. Der erste Teil des Zuges wurde kurz vor der Station Odesa aufgehalten, da das Gleis durch einen Güterzug gesperrt war. Der Streckenwärter hatte es unterlassen, die Signale auf „besetzt“ zu stellen und ließ den zweiten Teil des „Seidenzuges“, der nur fünf Minuten später ankam, mit unverminderter Geschwindigkeit auf den ersten auffahren. Die beiden letzten Wagen des ersten Teiles des Zuges wurden vollständig zerstört.

#### Eine christliche Grabrede.

Die „Vergeltung“ berichtet aus Kachlowitz in Oberschlesien über die Beerdigung des langjährigen Vertrauensmannes Franz Roginski. Roginski war unschlüssig und mußte unter hartem Mühen sich sein Leben lang sein Stück Brot verdienen und schon im blühenden Alter von 31 Jahren aus dem Leben scheiden. Als Vertrauensmann hat er gegen seine schwarzen Gegner einen harten Stand gehalten. Die Liebe und Achtung, die er sich aber erwarungen hatte, zeigte sich bei seiner Beerdigung, an der eine große Anzahl Arbeiter teilnahm. Die Beerdigungsfestlichkeit hatte einen ruhigen Verlauf, bis auf — die Grabrede, die der Kaplan Grellich hielt. Er sagte: „Sucht zuerst das Königreich Gottes und seine Gerechtigkeit. Ihr seid heute hier außerordentlich zahlreich erschienen. Ich weiß nicht, ob um den Toten zu ehren, oder aus Neugierde. Ich will hier diesen Toten nicht richten, denn er ist nur als Opfer von saublerischen Wölfen, der sozial-

demokratischen Agitatoren, die uns aus Geschäftinteresse arbeiten. ... Was haben diese falschen Propheten ihm jetzt gegeben oder geholfen? Nichts! Sie raubten ihm die Ruhe seiner Seele und den heiligen Glauben.“

Für einen Durchschnittspacker eine ganz nette Leistung.

#### Der Tod im Kaliverk.

Ein schwerer Betriebsunfall wird aus dem Kaliverke Süpstedt bei Heiligenstadt (Eichsfeld) gemeldet. Sieben Maurer, die auf einem Gerüst beschäftigt waren, sind mit dem Gerüst in die Tiefe gestürzt. Von den Verunglückten wurden drei getötet und einer lebensgefährlich verletzt. Die übrigen drei Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon.

#### Kleine Notizen.

Ein Liebesdrama. In Altona hat der 30jährige Vater Dunkel aus Eiferlucht seine Geliebte, eine Frau Nikolaisen, mit der er zusammenlebte, erschossen. Bald darauf verübte Dunkel Selbstmord.

Der Feldwebel als Ledemann. Der Wieselbubel Eisenhut vom Pannbeimer Grenadierregiment wurde wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten verhaftet. Eisenhut hatte recht vornehme Männen, er lebte über seine Verhältnisse hinaus und machte wiederholt Spritzturen nach Paris, durch die er Verdacht erregte.

Blutiger Kampf mit Wildbienen. In dem Waldrevier eines Wiener Großindustriellen bei Schloß Preiland fand ein schwerer Kampf zwischen einem Revierjäger und sechs Wildbienen statt. Dabei wurde der Revierjäger schwer verwundet, einer der Wilderer getötet und ein zweiter tödlich verletzt. Die übrigen vier entflohen, konnten aber bereits verhaftet werden.

Soldaten als Raubmörder verurteilt. Ein französisches Kriegsgericht in Le Mans verurteilte gestern zwei Soldaten, die vor einiger Zeit eine alte Frau ermordet und beraubt hatten, zum Tode.

Nicht Personen ertrunken. Wie ein Telegramm aus Montreal meldet, lenkte während eines Sturmes an der kanadischen Küste ein mit acht Personen besetztes Boot. Alle Insassen des Bootes sind ertrunken.

Der „verführte“ Schuttmann als Justizhändler unter Polizeiaufsicht. Die Kurische Strafkammer verurteilte den früheren Wilhelmshabener Schuttmann Jaenicke, der von dem geflüchteten Schuttmann und Spion Glauk verführt, sich an dessen Verbrechen beteiligt hatte, wegen vierfachen schweren Einbruchsbiebstahls zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht.

## Extra-Weihnachts-Angebot!

Durch ganz besonders vorteilhaften Einkauf (wir haben große Posten bester Ware erworben, teils Musterproben, teils vorjährige Stoffe, die aber in diesem Jahr auf das beste und modernste verarbeitet wurden) sind wir in der Lage, zu nachstehenden aussergewöhnlich billigen Preisen zu verkaufen, es ist dies alles neue gediegene Konfektion.

### Ulster und Paletots 1- u. 2reihig

sonstiger Preis 18.00—22.00 M. . . . . jetzt 13.50 M.

sonstiger Preis 24.00—30.00 M. . . . . jetzt 19.00 M.

sonstiger Preis 35.00—42.00 M. . . . . jetzt 24.00 M.

### Jackett-Anzüge 1- u. 2reihig

sonstiger Preis 17.00—22.00 M. . . . . jetzt 12.50 M.

sonstiger Preis 24.00—30.00 M. . . . . jetzt 18.00 M.

sonstiger Preis 32.00—40.00 M. . . . . jetzt 24.00 M.

Jünglings-Anzüge u. Paletots

sonstiger Preis 15.00—25.00 M. jetzt 12.00 u. 16.00 M.

Herren-Hosen

sonst. Preis 5.00—10.00 M. jetzt 3.00 4.50 u. 6.00 M.

### Verleihhaus feiner Herrenmoden

Leipziger Str. 59 am Spittelmarkt.

Sonntag, den 24. bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

## Steppdecken

läuft man nur am besten und billigsten direkt in der Spezial-Fabrik

Bernhard Strohmandel,

Berlin S., 72 Wallstr. 72,

Spittelmarkt, Ecke Seydelstr.,

Joachimsthaler Straße 25-26.

Aufarbeiten aller Steppdecken billig.

Illustriert. Preisverzeichn. gratis u. franco.

Praktische Weihnachtszuges.

## Neu! Neu! Achtung!

### Java-Umblatt

erste Länge, leicht, hell u. 2-

zartblättrig per Pfund M. 2,-

Hamburger Rohrtabak-Haus

Filiale: Berlin N.,

Brunnenstr. 25.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, direkt am Marktplatz

10-2 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Frack-Verleih-Institut. Frack,

Gehrock, Smoking von

2 M. an, Hosen v. 1.50 an, Westen,

Zylinderhüte v. 1 M. an. 5. Burg

Nacht Bernhard, Friedrichstr. 115

## A. E. Deike, Uhrmacher

Berlin SW., Oranienstraße 99, Lindenstraße

empfiehlt sein reich assortiertes Lager in

Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Altsilberwaren.

Spezialität:

Goldene Damen-Ramontoir-Uhren

mit Kette und Stal

# 20 Mk.

Bei Vorweisung des Inserats 5 Proz. Kassabonno.

Bei Vorweisung des Inserats 5 Proz. Kassabonno.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Verein**  
für den  
**2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
(Bezirk 77.)  
Am 14. Dezember verstarb  
unser Mitglied, der Meister  
**Emil Beck**  
Lettower Str. 44.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 21. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
des Christus-Kirchhofes, Lichter-  
rader Chaussee, aus statt.  
212/11 Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- und  
Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(O. O. R. 29, Hamburg).  
**Filiale Berlin I.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kassierer  
**Emil Beck**  
am Sonnabend, den 16. Dezember,  
an Nervenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle der Christus-  
Gemeinde, Lichterader Chaussee,  
aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitte!  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Todesanzeige.  
Am 15. Dezember verstarb  
unser Genosse, der Schlosser  
**Paul Handte**  
Stephanstr. 11.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 21. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Gemeindefried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Meister  
**Emil Beck**  
am 16. Dezember an Nerven-  
leiden gestorben ist. 159/7  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 21. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Christus-Kirch-  
hofes in Mariendorf, Lichterader  
Chaussee, aus statt.  
Ehrene sein Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
Am 18. Dezember verstarb unser  
Genosse, der Eisenarbeiter  
**Ernst Köhler**  
Lehrstraße 41.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 21. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, aus dem  
hüblichen Friedhof, Müllerstraße,  
Ede Seestraße, statt. 200/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand

**Zentralverband  
der Böttcher, Weinküter und  
Hilfsarbeiter Deutschlands**  
(Filiale Berlin).  
**Todesanzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Heinrich Bartz**  
am Freitag, 12. Dezember, plötz-  
lich am Herzschlag verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 21. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des alten St. Michael-  
Kirchhofes in Kisdorf, Hermann-  
straße 191/95, aus statt.  
200/7 Der Vorstand.

Allen Bekannten und Ver-  
wandten die traurige Nachricht,  
daß unser lieber Vater, Schwieger-  
und Großvater, der Fuhrer  
**Friedrich Matthes**  
am 14. d. Mts. im 71. Lebens-  
jahre plötzlich verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Nazareth-  
Kirchhofes in der Rödelstraße aus  
statt. 1182/2

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 14. Dezember verstarb unser  
Genosse, der Fuhrer  
**Friedrich Matthes**  
Prinz-Eugen-Str. 2.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 20. Dezember,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Nazareth-  
Kirchhofes, Rein denker-Weiß,  
Rödelstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
200/2 Der Vorstand.

**Deutscher  
Bauarbeiter-Verband**  
Sektion der Putzer.  
Am 14. d. Mts. verstarb plötz-  
lich unser altes braves Ehren-  
mitglied  
**Friedrich Matthes**  
im vollendeten 71. Lebens-  
jahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 20. Dezember,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, aus dem  
neuen Nazareth-Kirchhof in Rei-  
n denker-Weiß, Rödelstraße, statt.  
Er war im Kampf und Frieden  
an unserer Seite. Obgleich das  
Singen bei Nichtanwesenheit eines  
annähernden Pfarrers verboten  
ist, erlauben wir die Mitglieder  
trotz alledem um rege Be-  
teiligung. 140/10  
Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Richard Speer**  
Kornstraße 25  
im Alter von 66 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 20. Dezember ex.,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Halle des Nazareth-Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt. 94/9  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Portier  
**Max Köppe**  
am 18. Dezember im Alter von  
50 Jahren verstorben ist. 50/3  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 21. Dezember,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Auferstehungs-  
Kirchhofes, Weihenwer Weg, aus  
statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Kreis Nieder-Barnim.**  
Bezirk Stralau.  
Den Genossen zur Nachricht,  
daß unser Genosse  
**Aurora Gundlach**  
verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 20. Dezember,  
nachmittags 2 Uhr, von der  
Leichenhalle aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
200/5 Die Bezirksleitung.

**Verband der freien Gast- und  
Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Stralau - Rummelsburg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß bei Frau unseres Kollegen  
Gd. Gundlach  
**Aurora Gundlach**  
Hauptkornbrennerei Nr. 3  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 20. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
des Stralauer Friedhofes, Wil-  
helmsberg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
51/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß die  
Beerdigung meines lieben Mannes  
**Louis Spielberg**  
heute, Mittwoch, den 20., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes aus  
stattfindet.  
Die trauernde Gattin  
**Anna Spielberg geb. Schatz.**

**Taufjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
unvergesslichen Mannes  
**Emil Lemberg**  
lage ich allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, insbesondere dem  
sozialdemokratischen Wahlverein Rum-  
melsburg und dem Gesangsverein  
„Männerchor Döbbergen - Rummels-  
burg“ für den erhabenden Gehalt so-  
wie meinen Gästen meinen an-  
erkanntesten Dank. 21155  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Fran Luise Lemberg und Kinder.**

†  
**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schiefer  
etc. v. einfachsten bis zum  
hochlegantesten. Außerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

Von  
**3**  
M. Anzahlung aus  
Pelzwaren elegant,  
modern. Sie wider-  
stehen Gelingung.  
Durch Abwaschen  
günstigen Abschlus  
bis ich in der Lage,  
elegant Pelzwaren  
zu billigen Preisen  
und äußerst kalten  
Bedingungen ab-  
zugeben. Kleider-  
Auswahl Kredit-  
Haus Richard Kram-  
beck, Frankfurter  
Allee 134, 1.

Zu Weihnachten empfehle  
mein **Hang- u. Kuchengeräte-**  
geschäft. Sämtliche elektr. Bedarf-  
artikel, Tischlampen, Elektrif-  
zier-Apparate von 1,50 an, Dampf-  
maschinen, Bleisoldaten, Eisen-  
bahnen. 20285  
**Güterwarenhandlung**  
**Albert Blanke**  
ZnK Georg Wernicke  
Reinickendorfer Straße 122.  
Haben Sie nicht?  
Ich fertige Ihnen Anzüge ad. Pariser  
nach Maß, schnell, sauber. Zeitlich  
von 25 Mark an. Moritz Laband,  
Neue Promenade 8, II. (Schloß Bism.)

**Westmann**  
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalemstraße)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße)

**Schlaf-  
Röcke**

Nützlichstes Festgeschenk  
Die Freude der Ehemänner  
Das Entzücken der Junggesellen

Herrliche Auswahl  
Hübsche Fassons  
Mollige Stoffe

36.- 30.- 24.-  
18.- 15.-  
12.50

Morgen-Joppen | Pelz-Joppen | Pikee - Westen  
Warme Velours Mod. Formen | Starke Loden | Echte Pelze | Helles, dunkle Phantasieformen  
21.- 15.- 12.- 10.50 M. | 60.- 40.- 27.- 18.- M. | 2.25 bel, Stück 6.50 M.

Samt-Jacketts — Loden-Joppen — Litewken — Schlaf-Anzüge

**Baer Sohn**  
Kleider-Werke o Deutschlands größte Fabrik dieser Art  
Chausseestraße 29-30 \* 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 \* Schöneberg, Hauptstr. 10  
Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet  
Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Letzte Moden) kostenfrei

**Wingfung!** *erfolgt  
mit  
Lieferschlüssel*

**Kommoer**  
aus den  
Tabak-Fabriken  
**J. Goldfarb Press. Stargard**  
gegründet 1839.  
Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do  
zażywania „Kownoer“

**Damen-Konfektion**  
**Robert Baumgarten**  
Eugene Export  
Hausvogteiplatz 11  
1. Etage (kein Laden)  
schrägüber Untergrundbahnhof  
(an der Jerusalemstraße)  
verkauft  
auch  
einzelne  
Paletots  
Kostüme  
Kostüm-Röcke  
Abend-  
Mäntel  
Golf-Jacketts  
Mädchen-  
Paletots.

Bei Vorweisung dieses In-  
sertes an der Kasse werden  
5 % Rabatt vergütet.  
Sonntag bis 6 Uhr abends geöffn.

**Prelverzeichnis in Serien**  
Für die 4 letzten Tage vor Weihnachten!

	M	M	III	IV	V
Püschmäntel	38	48	75	95	125
Abendmäntel	18	27	35	48	60
Flauschmäntel	13	16	24	32	48
Kostüme	15	21	36	48	65
Gesellschaftskleid.	20	30	40	50	60
Kleider und Blusen	3.56	5	8	12	20
Pelzstolen	10	15	23	30	40
Pelzjackette u. pelzgef. Palet.	6	8.5	100	200	300

Zurückgesetzt:  
Püschkonfektion 12.50, Unter 6.50, Röcke 2.75,  
Kostüme 10.00, Gesellschaftskleider 14.00.

**WESTMANN**  
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalemstraße)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße)



Gerichts-Zeitung.

Der Prozeß gegen den Bureauassistenten Otto Kibbe

nahm in der gestrigen Verhandlung dadurch eine überraschende Wendung, daß der Angeklagte auf Zureden seiner Verteidiger ein Geständnis ablegte. Der Angeklagte hatte bald nach seiner Verhaftung ein Geständnis abgelegt, das er aber in den späteren Verhandlungen und auch jetzt vor Gericht widerrief. Es wurde deshalb der gerichtliche Schreibschreiber, Rechnungsrat Dragolin, noch nachträglich mit der Prüfung der in Frage kommenden gefälschten Urkunden betraut. Diese Untersuchung ergab die völlige Übereinstimmung mit der Handschrift des Angeklagten, worauf dieser ein umfassendes Geständnis ablegte.

In der weiteren Beweisaufnahme wurden noch mehrere ehemalige Amtskollegen des Angeklagten vernommen, die über ihre Wahrnehmungen bezüglich des Wesens des Angeklagten Angaben machten. Durch die Auslagen mehrerer Zeugen wurde festgestellt, daß in dem Geschäftsbetriebe des Magistrats tatsächlich grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Es wurde unter anderem festgestellt, daß der Angeklagte mitunter wochenlang dem Betriebe ferngeblieben war, ohne daß seine Vorgesetzten hiervon etwas erfuhren. Ferner blieb er mit seinem Arbeitspensum wochenlang zurück und bezahlte dann andere Kollegen dafür, daß diese die wichtigen Rückstände aufarbeiteten. — An die Geschworenen wurden nach Schluß der Beweisaufnahme nicht weniger als 47 Schuldfragen gerichtet. — Staatsanwaltschaftsrat Vanning trat für Befreiung der Schuldfragen in vollem Umfang der Anklage ein, während Rechtsanwält Dr. Schmidt darauf hinwies, daß die Straftaten des Angeklagten dadurch in einem erheblich milderen Lichte erscheinen, daß diese durch die völlig mangelnde Kontrolle und die große Sorglosigkeit, die in den Berliner Magistratsbüros zu herrschen scheint, förmlich unterlagert worden seien. Es sei zu wünschen, daß durch die Ergebnisse dieses Prozesses die mangelhaften Stellen des Magistrats Vorkehrungen treffen, daß derartige Unregelmäßigkeiten, durch die der Stadtkassendirektor ebenso wie die Steuerzahler selbst geschädigt würden, in Zukunft nicht mehr passieren können. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen wegen Betruges und schwerer und einfacher Urkundenfälschung unter Jubilation mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Jahren. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Auch wurden dem Angeklagten die Ehrenrechte auf fünf Jahre abgesprochen.

Ein betrügerischer Polizeibeamter,

der sich durch einen recht raffinierten Streich in den Besitz einer größeren Summe gesetzt hatte, mußte sich gestern vor dem Strafgericht verantworten. Aus der Untersuchungshaft wurde der Polizeidiätar Paul Beselowski vorgeführt, um sich wegen Betruges, Unterschlagung und Urkundenfälschung im Amte zu verantworten. — Der Angeklagte war, nachdem er als Jeugfeldmehel vom Militär abgegangen war, 13 Jahre im Kaiserl. Statistischen Amt als Hilfsarbeiter tätig gewesen. Als er hier auswich, wurde er von dem Polizeipräsidenten in Rixdorf als Bureauassistent angestellt und bezog als solcher zuletzt 150 M. Gehalt. Da er in einer weit über seine Verhältnisse hinausgehenden Weise lebte, geriet er bald in Schulden und um diese wieder weitzumachen, kam er auf die Idee, sein Bild auf dem grünen Kalen zu verdrucken. Die Folge war, daß er immer noch mehr in Schulden geriet. Er kam schließlich

auf den Gedanken, sich mit einem Schläge eine größere Summe Geldes zu beschaffen und erreichte dies auch auf eine recht raffinierte Art und Weise. Er erstieg, unter Fälschung des Namens des stellvertretenden Polizeipräsidenten an die sämtlichen Polizeireviere in Rixdorf eine Verfügung, in der die Reviervorstände angewiesen wurden, von sämtlichen Gastwirten in Rixdorf die Gebühr von 1,50 Mark zu erheben, welche angeblich für die in den Polizeireviere befindliche Nebenurkunde der Schankkonzessionsurkunde als Stempelgebühr zu entrichten sei. Zugleich enthielt diese Verfügung die Anweisung, diese Gebühr an den Bureauassistenten Beselowski abzuliefern. — Die Rixdorfer Schankleute entwickelten nun eine fieberhafte Tätigkeit, um die geforderten Gebühren einzutreiben, die dann auch in Höhe von 1833 M. an den Angeklagten abgeliefert wurden. Die ganze Sache kam zur Entdeckung, als sich mehrere Gastwirte, die von ihrem Vereinsobmann über die Ungültigkeit dieser Gebührenforderung belehrt worden waren, beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten selbst wandten. Die erste Beschwerdeschrift fing der Angeklagte selbst ab und beantwortete sie unter Fälschung des Namens des Stellvertreters, Regierungsbassessor Kessler. Durch einen Zufall kam der Schwindel dann einige Tage später zur Kenntnis der Behörde. Nachdem der Angeklagte verhaftet worden war, stellte es sich heraus, daß er auch noch andere umfangreiche Schwindeltaten begangen hatte, um sich das Geld zu verschaffen.

Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf das raffinierte Vorgehen des Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft.

„Der Weg nach Zion.“

In der Verhandlung gegen den Verlagsbuchhändler Axel Junker wegen Verbreitung des Münzgerichten Romans „Der Weg nach Zion“, über die wir schon in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ berichtet, wurde gestern die Verlesung der von der Anklagebehörde beanstandeten Stellen beendet und die Sachverständigen vernommen. Prof. Dr. Deffoir von der Berliner Universität ließ sich u. a. dahin aus: Es sei klar, daß es sich bei dem Buch nicht um ein Produkt der Schmutzliteratur handle. Das Buch sei kein Meisterwerk der Kunst, von dem man sagen dürfte, daß es nur von einem blinden Anklageeifer verkannt wird, aber die Frage, ob die Absicht des Verfassers eine unzüchtige ist und ob dieser darauf ausgeht, sinnlich erregend zu wirken, mühe verneint werden. Der Verfasser trachte nicht danach, die Sinnlichkeit zu verberlichen, sondern die Verkommenheit zu schildern. Als Motto könnte eine Stelle aus dem Roman dienen, die lautet: „Sumpf, Sumpf! Das sinkt alles nach Äraunis und Verderbnis, dabei muß man zugrunde geben!“ Das Buch sei im Sinne des Autors unzweifelhaft auf das Moralische gerichtet und nicht auf das Unmoralische, und die tatsächliche Wirkung des Buches sei nicht die, daß dadurch die niederen Instinkte erregt werden. Es sei in der Handschrift eines Künstlers geschrieben, auch die bedenklichsten Stellen würden dadurch aus der Epäre verlegenden Gemeinheit herausgehoben, daß das, was geschildert wird, unzweifelhaft von einem Dichter gefagt werde. Bei der Frage der Verlesung des Schamgefühls, müsse gesagt werden, daß das Schamgefühl des Lesers, der bei diesem Buch überhaupt in Betracht komme, nicht so sehr empfindlich ist. Der Künstler habe das Recht, auch den Verfall von sittlichen Kräften zu schildern und der Normalmenschen werde wissen, was künstlerische Qualität ist. Wenn man das Buch gelesen habe, so habe man selbst das Gefühl, als ob man aus einem wüsten Traume erwache, man stehe nicht unter dem Eindruck des verlegten Schamgefühls,

sondern des Grauens und Mitleids. In dem Buch stehe viel Romantik, das ganze sei schließlich ein Symbol, der starke Symbolist, die in dem Buch herrsche, werde eine kräftige Realistik gegenübergestellt, doch habe dem Buche die Eigenschaft des Unzüchtigen nicht an; die etwa so zu deutenden Stellen würden durch die künstlerische Symbolik und Romantik des ganzen verdeckt.

Ähnlich äußerten sich der Schriftsteller Julius Hart und der Redakteur Fritz Engel.

Staatsanwalt Dr. Jordan meinte, es komme nicht darauf an, ob das Buch künstlerisch oder nicht künstlerisch ist, ob es eine moralische Tendenz hat oder nicht, auch nicht darauf, ob es die Sinnlichkeit erregen will; es genüge vollständig, wenn das Buch auf das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verlegend wirkt. Es handle sich hier nicht bloß um einzelne unzüchtige Stellen, sondern um zahlreiche Stellen, die durch Inhalt und Form verlegend wirken. Er beantragte schließlich 100 M. Geldstrafe eventuell zehn Tage Gefängnis und Unbrauchbarmachung der noch vorhandenen Exemplare und Platten.

Die weitere Verhandlung wurde unterbrochen, da ein Beisitzer, Landgerichtsrat Ziehm am Fieber erkrankt war und der Verhandlung nicht mehr folgen konnte. Diese wird am Donnerstag, 9 Uhr, fortgesetzt werden.

Wartpreise von Berlin am 18. Dezember 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Kartoffelpreise (Reinbandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 26,00—30,00. Spießbohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 8,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchstück 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 2,80—6,40. 1 Kilogramm Rapsen 1,00—2,40. Haie 1,20—2,80. Janber 1,40—3,50. Hechte 1,20 bis 2,60. Barfische 1,00—2,00. Schlei 1,40—3,20. Heie 0,90—1,40. 60 Stück Strohje 2,40—24,00.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 9 Uhr, von vier Tropfen — 7 Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antwort ist ein Buchstabe aus einer Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Besonderebeantwortung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

- H. J. 38. Wenden Sie sich bitte persönlich oder schriftlich an den Vizepräsidenten der Kommission für die Kolonialwaren, Berlin N., Kolonialstr. 2 IV. — Franz Königberg. Versuchen Sie es mit einer Anfrage an die Zentralstelle für private Fürsorge, Berlin, Unter den Linden 16. Montag, Dienstag und Freitag von 4 1/2—7 Uhr. — R. 86. Vereine der angefragten Art finden Sie im Adreßbuch, II. Teil. Parteigenossen sind uns nicht bekannt. — R. 68. „Milk-Exquisit“, Berlin, Leipziger Straße 115/116. — J. St. Berlin O., Blantzenstraße 10. — R. 45. Leder nicht! — C. B. 1000. Durch Vermittlung irgend einer Kunsthandlung. — W. W. 74. Wir haben keine der angefragten Geldsätze zur Hand. — Gläubigkeitsliste. 1907 in der „Neuen Welt“. — Schönberg, Adolf 21. 1. Der Mann hat auf Grund seines gesetzlichen Nießbrauchs und Verwaltungsrechts einen Anspruch auf Rückgabe der Sachen, falls die Frau ohne gesetzlichen Grund getrennt lebt. 2. Der Ordnungsruf ist ein Disziplinarmittel des Präsidenten. 3. 2000 M. für die Session. 4. Einen wichtigen Arzt fragen. — R. B. 76. 2 Proj. pro Jahr. — Fr. E. 100. Wollen Sie gefälligst bei der Güterliste des Anhalters Bahnhofs anfragen. — Hildegard. Ein Mittwoch. — R. 6. 37. Wiederholen Sie bitte Ihre Frage. — W. R. 13. Nicht quadraheren, sondern einen Arzt fragen. Die Ursachen können verschieden sein. — C. E. 86. 1. u. 2. Im Briefkasten fehlt dazu der Raum. Fordern Sie von der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstraße 69, die einschlägigen billigen Broschüren. — E. 100. Luther-Rendel-Erziehung, Pantom. Schenke an den Gemeindevorstand.

Anlässlich der Einführung unserer „Milka Exquisit“, feinsten Butterersatz, Tafelmargarine, sind uns so viel schmeichelhafte Anerkennungen über die vorzügliche Qualität derselben zugegangen, dass wir uns veranlasst sehen, an dieser Stelle dem geehrten Berliner Publikum unseren Dank auszusprechen. Da die Nachfrage unsere höchsten Erwartungen ganz bedeutend übertraf, war es uns nicht immer möglich, die einzelnen Verkaufsstellen rechtzeitig mit neuer Ware zu versehen, so dass wohl hier und da das Publikum bei Nachfrage etwas warten musste, was wir zu entschuldigen bitten. Jedenfalls freuen wir uns, mit unserer „Milka Exquisit“ den Geschmack des Berliner Publikums richtig getroffen zu haben.

Eine Verbraucherin unserer Milka Exquisit schreibt uns soeben einen Brief, welchen wir im Wortlaut folgen lassen:

An die Milka-Nährmittel-Fabrik G. m. b. H., Pratau a. E. Da ihre Milka Exquisit ein vorzüglicher Ersatz für die teure Naturbutter ist und sie auch wirklich gut schmeckt, möchten wir an dieser Stelle unserer Anerkennung Ausdruck verleihen. Hoffend, dass es Ihnen Freude macht, werd' ich es in Reimen folgen lassen:

Endlich gibt es Vollersatz Für die Butter der Natur, Doch das schönste ist dabei, Sie kost' neunzig Pfennig nur; Früher war's 'ne liebe Not, Ging's um Früh- und Abendrot. Sei' noch immer meines Gatten Meise, Wenn er sprach: „Das is doch wieder Margarine“. Denn schon bei dem ersten Biß Merkte er es ganz gewiß, Und er sagte zu mir: „Bitte, Streich' mir dess nicht auf meine Schnitte.“ Darauf ging er wutentbrannt In das nächste Restaurant, Und ich ging mit meinem Jammer Ratlos in die Speisekammer. Butter soll ich kaufen für Eins fünfzig, Sonst bekomm' ich was'ger Kostgeld künft'ig. Also sprach der böse Mann, Als er später wieder kam; Dieses geht auf keinen Fall, Ich versuch' es noch einmal, Da sah ich denn in diesen Tagen Auf der Straße ihre „Milka“-Wagen. Kaufe 1 Pfund Milka Exquisit, Dauchte anged, was wohl heut geschiebt; Staunend sah ich dann am Abend, Was mein Mann noch dran ersiecht. Ma der Milka exquisit auf seiner Schnitte, Und es folgt die swette — dritte. Als er dann gestützt war, Lobt der Schlemmer es sogar; „So, das war em Hochgenuß“, Sagte er sodann zum Schluß, Dieses wollt' ich mich beilein Ihnen gerne mitteilen. ges. Helene G., Berlin.

Wir glaubten der Dame nicht besser danken zu können, als indem wir ihr hübsches Gedicht hier zum Abdruck bringen. Hochachtend

Milka-Nährmittel-Fabrik G. m. b. H.

„Milka Exquisit“ ist ein hervorragend feiner Butterersatz (Tafel-Margarine); wird täglich frisch mit Zusatz von unserer Sahne hergestellt. Man verlange ausdrücklich „Milka Exquisit“ mit der Schutzmarke. Zu haben in den Kolonialwaren- und Mehlgeschäften.

MILKA Tafel-Margarine Die sämtl. Verkaufsstellen sind durch nebenstehende Schilder u. Plakate gekennzeichnet MILKA Tafel-Margarine

„Milka“

Höchste Auszeichnung der Branche



Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911.

Goldene Medaille



# 2. Wahlkreis.

Morgen Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Wählerversammlung

Bei Giesing, Wassertorstr. 68.

Tagesordnung:

1. Die Reichstagswahl und die Parteien. Referent: Richard Fischer.
2. Freie Aussprache.

219/10

Der Vorstand.

## Charlottenburg.

Am Freitag, den 22. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Kaiser-Friedrich-Str. 24:

## Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des bisherigen Abgeordneten Fritz Zabel: Des Volkes Abrechnung.
2. Freie Aussprache.

Genossen und Genossinnen! Uglirt für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

251/11

Der Einberufer.

## Arbeiter, Handwerker des Wahlkreises Ruppin-Templin! Öffentliche Versammlung in Berlin

am Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im  
Lokal von Wilhelm Wernicke, Adlerstraße 123.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl und was haben  
die Banarbeiter zu tun? Referent: Reichstagskandidat  
für Ruppin-Templin, Stadtv. Emil Weste-Nixdorf.

Alle Arbeiter und Handwerker des Kreises Ruppin-Templin, die in  
Berlin arbeiten, werden ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Einberufer.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. G. Schallisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
W. G. Schmidt, Kirchbischtr. 14.  
O. H. Gabelbusch, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Roppen-  
straße 63, H. Wengels, St. Franziskus Str. 120.  
NO. V. Jacht, Immoweltstr. 12, N. Reul, Dammstr. 42.  
N. W. Baumann, Rheinberger Str. 67, F. Topp, Stelliner Str. 10.  
Karl Wars, Breitenhagen Str. 27, J. Schuisch, Rajareithstr. 49.  
F. Vogel, Bergstr. 87, H. Ties, Invalidenstr. 124.  
S. Zechand, Radeplatzstr. 24.  
NW. Karl Anders, Salzweidestr. 8, Patzerweg, Goytowschtr. 29.  
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72, Carbu, Hagelberger Str. 77.  
S. St. Fris, Bringenstr. 31, P. Gutschmidt, Rindler Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lantzer Platz 14/15, G. Horich, Engelstr. 15.  
Adlershof, Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.  
Baumschulenweg, G. Hornig, Marienplatzstr. 13, I.  
Horsigwalde, Paul Klenk, Rämlichtr. 10.  
Charlottenburg, Gustav Scharnberg, Seidenmeier Str. 1.  
Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal, Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst, Richard Rüter, Köpenicker Str. 11.  
Köpenick, Emil Richter, Köpenicker Str. 6, Laden.  
Lichtenberg, Otto Seifert, Gartenbergstr. 1.  
Nieder-Schöneweide, Schri, Behr Str. 6.  
Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide, Alfred Väder, Wilhelmminenhofstr. 17 II.  
Pankow, Otto Rihmann, Wühlstr. 30.  
Reinickendorf, P. Gurich, Wrovingstr. 56, Laden.  
Rixdorf, W. Priarich, Redactr. 2, Conrad, Hermannstr. 50.  
G. Mohr, Siegfriedstr. 28/29.  
Rummelsburg, H. Dientzmann, Alt-Berghagen 56.  
Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.  
Spandau, Köppen, Oreststr. 64.  
Steglitz, G. Dersner, Wiesenstr. 5.  
Tempelhof, Franz, Berlin Str. 76, Laden.  
Treptow, Robert Wramenz, Riefelstr. 42, Laden.  
Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schilke, Adalgs-Damm 39a.  
Wilmerdorf, Paul Schubert, Willemsstr. 26, Hof parterre

## Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend (e. G. m. b. H.)

Die Genossenschaft ist durch Beschluß  
der Generalversammlung vom  
26. November 1911 aufgelöst. Zu  
Liquidatoren wurden bestellt die  
Herren: Wilhelm Kohl, Adlershof,  
Bismarckstr. 11; Karl Jagnow,  
Adlershof, Kronprinzenstr. 20; Wil-  
helm Zabel, Adlershof, Bismarck-  
straße 11. — Sämtliche Quittungen  
sind zu richten an Herrn Liquidator  
Wilhelm Kohl, Adlershof, Bismarck-  
straße 11. 108/109  
Forderungsberechtigte werden auf-  
gefordert, ihre vermeintlichen Ansprüche  
bei den Liquidatoren anzumelden.  
Adlershof, den 19. Dezember 1911.

Die Liquidatoren:

Wilhelm Kohl, Karl Jagnow,  
Wilhelm Zabel.

## „Hoffnung“

107/11\*

Berliner Schneiderei-Genossenschaft, E. G. m. b. H.

Brunnenstraße 185

Großes Lager fertiger  
Herren- und Knaben-Garderoben  
Winter-Paletots \* Ulster  
Pelerinen \* Joppen und Anzüge  
Arbeiter-Berufskleidung aller Art

Elegante Maßanfertigung

Lieferant der Konsum-Genossenschaft und des Arbeiter-Radfahrbundes.

## Flauseh-

Stoffe, angemessenen Preises, f. Herren-  
und Damen-Unter, Nr. 4, 50, 5, 50 M.  
Tuchlager Koch & Seeland, G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21, 108-109 d.  
Pfeilstraße



1 Mark

wöchentlich  
Teilzahlung  
liefere

elegante, fertige

Herren-  
Garderoben

Ersatz für Mass  
Garantie für  
tadellos. Sitz

Anfertigung  
nach Maß



Julius Fabian, Schneidemeister  
Gesch. 6r Frankfurter Str. 37 II  
Gesch. Turm-Strasse 18 I  
kein Laden

## Spreegold- MARGARINE

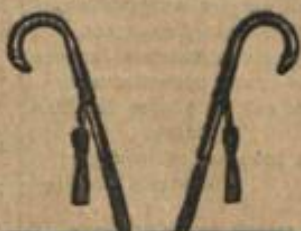


Vom Guten  
das Beste  
Margarinewerke Berolina  
G. m. b. H.  
Lichtenberg-Berlin

## M. Wigdor

13 Filialen:

1. Leipziger Straße 79
2. Königstraße 20a
3. Friedrichstraße 78
4. Potsdamer Straße 21a
5. Friedrichstraße 237
6. Brückenstraße 19
7. Friedrichstraße 129
8. Oranienstraße 157
9. Rosenthaler Straße 50
10. Tauentzienstraße 10
11. Savignypfad 9-10
12. Martin-Luther-Str. 90
13. Friedmann, Rheinstr. 1-3



Wigdor's Modell S  
Malacca  
echt Elfenbein  
M. 10.-

Gelegenheit!

Ein Posten Damen-Regenschirme 4 75  
reine Seide mod. Knöpfe M.

Achtung! Alle meine Damen-Regenschirme mit  
geraden Griffen haben schöne und praktische Armhaken!

Weihnachts-Zugabe!

Von 6 Mark an: 1 Reise-Futteral gratis, soweit Vorrat.

Spazier-Stöcke alle Preislagen!

## Klassiker

Gelegenheitskäufe. Restauflagen.

- Freiligraths sämtliche Werke. 3 Leinenbände.  
Preis früher 5.—, jetzt 3.—  
Grillparzers sämtliche Werke. 2 Bände.  
Neue illustrierte Ausgabe. Preis 3,50.  
Hauffs sämtliche Werke. Mit dem Bild des  
Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände.  
Preis nur 4.—  
Heines sämtliche Werke. Mit einem Bildnis  
Heines. 4 Leinenbände. Preis nur 4,50.  
Schillers Werke. Illustriert. In 4 Leinenbänden.  
Preis früher 6.—, jetzt 4,50.  
Shakespeares sämtl. dramatische Werke.  
Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck.  
In 3 Leinenbänden. Preis nur 3,50.

Ferner sind noch vorhanden:

- Gerstlückers Werke. 2 Bände, illustriert 3,50.  
Hackländer's Werke. 2 Bände, illustriert 3,50.  
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Ohne jede Anzahlung  
verkaufe ich  
Pianos  
erklassiges Fabrikat  
(9mal prämiertes Staats-  
medaille) in allen Holz-  
und Stilarten von  
wunderbarer Tonfülle.  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisaufschlag. 189/19\*  
Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

Vorwärts-Leser  
5% Extra-Rabatt  
auf die bekannt billigen Preise  
selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich-Thomas

Ältestes und vertrauenswürdigstes  
Spezial-Haus  
Teppiche  
Gardinen  
Steppdecken  
Reisedecken  
Tischdecken  
Vorleger  
Portieren  
Schlafdecken  
Felle  
Divandeen  
I. Geschäft:  
160 Oranienstraße 160  
am Oranienplatz.  
II. Geschäft:  
54 Rosenthaler Str. 54  
Springbrunnenhaus.





Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Mittwoch, findet für das Wasserortviertel eine Handzettelverbreitung statt.

Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Giesing, Wasserortstr. 68, Referent: Richard Fischer.

Am Donnerstag, den 21. Dezember, findet eine Flugblattverbreitung für den ganzen Kreis statt. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Friedenau. Am Mittwoch, den 20., abends 7 Uhr, treffen sich die Genossen in den Bezirkslokale zur Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Schmiedorf. Am zweiten Weihnachtsfeiertag veranstaltet der Wahlverein eine Weihnachtsfeier.

Berliner Nachrichten.

Winters Anfang

meldet der Kalender; aber draußen im Land ist es fast, als wollte der Frühling sein Rahen verkünden. Heberall an den Frühblühern drängen schwellend und glänzend braune Knospen. Das Kleeblatt steht hoch, aber ein violetter Schimmer bringt Farbe und Leben in ihr starres Rutengewirr, an das die goldbraunen Nebel der Mittagsstunden schwere, dunkelblau-ropfen gehängt haben. Die Meisen flattern und die Spatzen lärmen, fliegen in zwitschernden Wolken auf, zerteilen sich, jagen einander: ganz als ob der Frühling vor der Tür stünde.

In der Stadt sind ja die Jahreszeiten nicht allzu verschieden voneinander. Aber draußen, ein paar Kilometer hinter den letzten Schloten, schaut es jetzt noch wunderlicher aus. Der große, graue Strom wälzt seine schweren Wasser. Braunes Kohlrüch raucht an seinen Ufern und allerlei Töne klingen in diesem Rauschen mit. Nur selten sichtet das Auge der Krähen schweren, tiefen Winterslug. Unter dem welken Laube geht ein Rascheln und Scharren. Und andere Laute glucksen und schwingen in der Luft. Das Leben hat sich noch lange nicht zur Ruhe gelegt. Frost und Schnee, seine beiden Ketten-schmiede, sind bisher ausgeblieben.

Aber anders sieht die Landschaft doch aus als im Herbst oder im Frühjahr. Der Ueberflutungs an Feuchtigkeit fehlt ihr. Der Horizont läßt die Konturen nicht zerfließen, macht die Farben nicht weicher; wohl mildern die Nebel die Kontraste, aber ihr gedämpftes Licht verwischt dennoch nicht ganz die Linien. Alles ist auf einen mattgrünen Ton gestimmt, über dem ein braunroter Rauch verjährt. Nur der Fluß selbst spannt breit und grau seine gewaltige Fläche. Und auch der mit weißen Wolken leicht gepuppte Himmel ist von jenem verwaschenen Blau, das in großen Flächen gesehen, einen wässrig-grauen Ton annimmt.

Am frühen Mittagslicht stehen die alten Kiefernstämme der Uferwälder da, wie rostige Eisenpfiler. Ihre Nadelkronen haben etwas unfassbar Dünnes und Dürriges. Man sieht es, daß der Frost noch nicht durch diese Wälder gegangen ist, aber doch schon das Herbstkleid. Ueber das Ufergestrüpp schneit der Wind den Strom hinauf und hinunter. Und auf beiden Seiten reden sich Türme und Schöte empor. In einem matten Goldbraun heben sich ihre Konturen aus den Nebeln des Dezembertages. Ernst und ragend schauen sie über Wälder und Wasser, die vergebens des Winters harren, der in diesen Tagen kalendermäßig seinen Anfang nehmen soll.

Bei der Auslegung der Wählerliste in der Gemeindefchule Greifenbägener Straße benimmt sich einer der in der Mitte des Laubes sitzenden Magistratsbeamten recht eigentümlich. Sobald der Beamte neben ihm den Steuerzettel oder die sonstige Legitimation abgenommen hat, fragt jener Herr, der die Listen nachzuschlagen hat, regelmäßig: „Wie heißt er?“ Sollte nicht auch bei dieser Gelegenheit etwas mehr Höflichkeit angebracht sein? Es ist doch eine Kleinigkeit, zu sagen: „Wie ist der Name?“ oder „Wie heißt der Wähler?“ Oder glaubt der betreffende Herr, daß er sich Arbeitern gegenüber, die ja vorwiegend die Wählerliste einsehen, solche Kommissivsprache erlauben darf?

Bei Einfahrt in die Wählerliste im Schulgebäude Schönhauser Allee 108 fragte ein Beamter einen Wähler nach dem Alter, weil er ihn in der Liste nicht fand. Auf die Antwort, daß der Wähler das 20. Lebensjahr zurückgelegt habe, erwiderte der Herr: „Dann sind Sie ja noch nicht wahlberechtigt. Doch erst mit 27 Jahren.“ Er wurde auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht, auch andere Herren, die mit ihm zusammenliefen, taten das gleiche, worauf beim nochmaligen Nachsehen der Name des Wählers in der Liste gefunden wurde.

In einigen Fällen haben Beamte es abgelehnt, Einsprüche anzunehmen und nach der Poststraße verwiesen, obwohl der Magistrat in seiner amtlichen Bekanntmachung ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß Einsprüche auch an Ort und Stelle angebracht werden können. In wieder anderen Fällen sind Einsprüche deshalb nicht entgegengenommen worden, weil den Beamten das vorgelegte Einspruchsformular unserer Partei nicht behagte. Es wäre notwendig, mit dem Listenauslegungsgeschäft Beamte zu betrauen, die die elementarsten Kenntnisse des Reichstagswahlrechts besitzen.

Dem Magistrat muß ferner gesagt werden, daß er für die Bekanntgabe der Auslegungstermine sehr wenig getan hat. Er hat sich darauf beschränkt, in dem der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten „Gemeindeblatt“ und im Inseratenteil einiger Zeitungen einmal den Auslegungstermin bekannt zu geben, wie das vor vielen Jahren schon Mode war. Mit vollem Recht weist schon die „Volks-Zeitung“ darauf hin, daß es Pflicht des Magistrats sei, Schritte zu tun, um die große Öffentlichkeit zu unterrichten. Das hätte sich durch Aushängen von Plakaten erreichen lassen. Aber bei unserem Magistrat mahlen die Wähler sehr langsam, ehe man sich zu noch so kleinen Neuerungen entschließt.

Die starke Vermehrung der Kinematographentheater in Groß-Berlin hat an den zuständigen Stellen zu Erwägungen geführt, ob die Errichtung solcher Theater nicht der Konzessionspflicht unterworfen werden und die Errichtung von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden solle. Die Gaspolizei wird in Zukunft bei der Errichtung solcher Theater erhöhte Anforderungen stellen, da die Bauart vieler Kinetheater zu Bedenken Anlaß gibt.

Mit dem Bau der Kirchhofbahn Wannsee-Schmiedorf ist vor einigen Wochen begonnen worden. Es wird zuerst nach Richtung der Waldhölle, durch die die Bahn führt, an dem Unterbau der Bahn gearbeitet, die zum Teil sehr tief gelegt werden muß, um die

Potsdamer Stammbahn unterfahren zu können. Die Bahn, die eine Verbindung mit dem Zentralfriedhof herstellen soll, wird im Herbst 1912 fertiggestellt sein.

Kaffeeverfälschungen. Mit Verfälschungen des Kaffees, die in neuerer Zeit vielfach wahrgenommen sind, beschäftigt sich ein Rund-erlass des Ministers des Innern, in welchem u. a. ausgeführt wird: „Häufiger werden geröstete Samen von Hülsenfrüchten, die den Kaffeebohnen in der Größe, im Aussehen und in der Form ähnlich sind, dem gebrannten, ungemahlten Kaffee zugelegt. Solche Mischungen dürfen keinesfalls unter der Bezeichnung „Kaffee“ in den Verkehr gebracht werden. Die Leguminosenmischungen stellen ein dem Kaffee fremdartiges Naturerzeugnis dar, das diesem zwar äußerlich ähnlich, dessen Zusammensetzung und Beschaffenheit dagegen von derjenigen der Kaffeebohnen durchaus verschieden ist. Vor allem sind die Leguminosenmischungen frei von dem in den Kaffeebohnen enthaltenen Koffein, auf welches besonders die anregenden physiologischen Wirkungen beim Genuß des Kaffeegetränks zurückzuführen sind, so daß schon aus diesem Grunde die Beimischung unter den Begriff der Lebensmittelverfälschung fällt. Andere Verfälschungen des Kaffees erfolgen beim Handel mit Kaffee in gemahlenem Zustande. Insbesondere wird darüber gefaßt, daß Kaffee-Ertragsstoffe oder Gemische dieser mit gemahlenem Bohnenkaffee unter täuschenden Phantasiebezeichnungen als Kaffee-mischungen oder mit einer ganz unzureichenden Deklaration ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung in den Verkehr gebracht werden. So wurden in letzter Zeit in sogenannten Drucklostmischungen bis zu 80 Proz. Surrogate festgesetzt, und zwar vorwiegend Biskorie, Eicheln, Roggen, Rüben, Feigen und Mais. Einige Proben enthielten neben verschiedenen Surrogaten auch noch bis zu 10 Proz. Steine, die in der Farbe den Surrogaten gleichen und infolgedessen nicht ohne weiteres wahrnehmbar waren. Die mit der Kontrolle des Nahrungsmittelverkehrs betrauten Stellen, insbesondere die Nahrungsmitteluntersuchungsämter, sind angewiesen worden, den Kaffeeverfälschungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Der Hygienismus regt sich wieder. Weil dem Kronprinzen der vierte Sohn geboren wurde, überschlägt sich die patriotische Presse. „Das ganze Volk nimmt Anteil an dem freudigen Ereignis.“ heißt es im „Lokal-Anzeiger“. Andere Blätter hochen in ähnlicher Weise den Kaiser an. Behörden fabrizieren Glückwunschdepeschen. Die Berliner Bevölkerung wurde von dem Familienereignis durch Aufziehen der Standarten und Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden, durch Glockenläuten der Domkirche und durch Abfeuern von 72 Kanonenschüssen auf dem Königsplatz in Kenntnis gesetzt. Die Schuljugend bekam einen freien Tag. Der Kaiser befahl, im Zeichen der Selbstverwaltung, daß der Unterricht in den Schulen von Groß-Berlin und Potsdam auszulassen hat. Adolf Glasbrenner hat dem Prinzenkult folgendes bekante Gedicht gewidmet:

Der Hofpoet bei der Geburt eines Prinzen.

Heil uns!  
Heute morgen gegen dreiviertel auf Eifen,  
Heil uns!  
Einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen,  
Heil uns!  
Ist dem Volke ein Prinz geboren,  
Zu Glück und Segen erkoren!  
Heil uns!  
Eine Kanone verkündet's durch ganze Land:  
Ein Prinz ist geboren von Bide-Bade-Buderb...  
Heil uns!  
Seine Durchlaucht geruhten bereits zu schreien,  
Heil uns!  
Und der Natur höchsthehr erstes Opfer zu weihen,  
Heil uns!  
Höchste sind bereits zum Major ernannt  
Und tragen das breite Wärdensband!  
Heil uns!  
Sie haben höchstselbst an der Brust schon gefogen  
Und bleiben dem Reiche in Gnaden gewogen!  
Heil uns!  
Heil uns!  
Seine Durchlaucht lassen in diesen Tagen,  
Heil uns!  
In höchsthehren Apartements herum sich tragen,  
Heil uns!  
Sald wird der höchste Luftbeutel genommen,  
Und bald werden höchste auch Zähne bekommen,  
Heil uns!  
Mit Freuden wollen wir neue Abgaben geben,  
Erdält uns der höchste höchste am Leben!  
Heil uns! Heil uns! Heil uns!

Die Teuerungszulage für die städtischen Angehörigen und Arbeiter, welche von den städtischen Körperchaften beschlossen worden ist, kommt in diesen Tagen zur Auszahlung. Hierzu wird uns aus den Kreisen der städtischen Arbeiter geschrieben: „Der Magistrat hat sich sogenannte „Grundzüge“ zurechtgemacht, die Ungerechtigkeiten argster Art mit sich bringen und daher helle Empörung unter den Arbeitern hervorgerufen haben. Schon in dem Beschluß selbst ist ja die Auszahlung der ledigen Arbeiter ganz unbegründet; denn sie, die zum Teil in Schlafstellen bei fremden Leuten wohnen, leiden ebenfalls unter der Teuerung. Ganz sinnlos ist es, wenn nur verbeiratete Personen, denen Verwitwete und Geschiedene gleich gehalten werden sollen, die Teuerungszulage von 40 M. erhalten, gleichviel, ob sie Kinder haben oder nicht, während ledige, welche alte Eltern oder jüngere Geschwister unterhalten, nichts bekommen. Ausgeschlossen von der Zulage sind ferner alle solche Personen, welche Naturalverpflegung oder Deputat beziehen. In dieser Bestimmung erstreckt die Wohlthätigkeit der Berliner Rathsherren ganz besonders „belle“. Dennach müssen die verbeirateten Pfleger in den Kranken- und Irrenanstalten der Stadt, welche man nicht aus dem Kost- und Logisverhältnis entlassen hat und mit einem Verlohn von monatlich 40, 50 bis 100 Mark abweist, auf die Weidweide verzichten. Und gerade hier wird die Zulage sehr nötig gebraucht; denn Frau und Kinder dieser Pfleger müssen Hungertänzer sein, wenn sie von den genannten Löhnen existieren wollen. Daselbe gilt für die mit Deputat entlohnten Rieselarbeiter. Mit einem Verlohn von sage und schreibe pro Tag 1.20 M. im Winter und 1.80 M. im Sommer und einer Naturalleistung im Werte von 300 M. pro Jahr erreicht ein solcher Deputat noch nicht einmal einen Jahresgesamtlohn von 900 M.; Magistratslohn hält trotzdem bei solchem Jahreslohn die Zulage für überflüssig. Ebenso ist es mit den Gutsarbeiterinnen, welche pro Tag 80 Pf. bzw. 1.20 M. Verlohn und pro Jahr 200 M. Naturallohn erhalten. Eine Witwe unter ihnen, die etliche hungrige Mäuler zu stopfen hat, ist noch dem unerlöschlichen Staatshaus der städtischen Sozialpolitik der Teuerungszulage nicht würdig. Die Dinge klingen ungeschicklich, sind aber leider wahr. Ein Schuldbürogelehrter ohnegleichen ist die Methode, welche man für die Feststellung der Jahreslohn zusammengebastelt hat. Es wird da nicht etwa der tatsächliche Jahresverdienst zugrunde gelegt, sondern ein ganz Schauer im Rathaus hat folgendes ausgehoben: Ermittelt wird der Verdienst einschließlich Ueberstunden usw. (1) aus dem Vierteljahr vom 15. September bis 15. Dezember, der dann mit 4 multipliziert wird — und fertig ist der Jahreslohn. Dabei hat sich nun ergeben, daß Arbeiter, die zwar sonst einen sehr niedrigen Stundenlohn haben, im letzten Vierteljahr stark zu Ueberstunden oder Sonntagsdienst herangezogen wurden und in demselben etwas mehr als 500 M. verdienten. Durch die schematische Multiplikation werden ihnen 2000 M. Lohn

herausgerechnet, obwohl sie tatsächlich dieses Jahreseinkommen nicht eintreiben. Nichtsdestoweniger enthält man ihnen die Teuerungszulage vor! Dadurch tritt z. B. das Auroforum hinaus, daß Arbeiter, welche 88 Pf. Stundenlohn haben, aber im letzten Vierteljahr Ueberstunden sammeln mußten (wie es beim Straßenbau am Alexanderplatz der Fall war), die Zulage nicht erhalten, während anderen Arbeitern mit regelmäßigem und weit höherem Stundenlohn diese ausgezahlt wird. Auch in den Gastbetrieben wird so verfahren. Ein starkes Stück von Ungerechtigkeit ist auch die Bestimmung, daß den Beamten mit weniger als 2000 M. Einkommen die Nebenbezüge nicht angerechnet werden, andererseits aber den Arbeitern die Ueberzeitarbeit auf Heller und Pfennig in Anlag gebracht wird. Wie ersichtlich, ist das Ganze wieder einmal echt berlinische Sozialpolitik, und wird es Aufgabe der betroffenen Arbeiter sein, sich energisch gegen die gefürchteten unholzbaren Dinge zu wehren. Der Verband der Gemeindefarbeiter hat denn auch — wie wir hören — die nötigen Schritte dazu eingeleitet.

Das Märkische Museum der Stadt Berlin bleibt am Sonntag, den 24. Dezember, am ersten Weihnachtsfeiertage und am Neujahrstage geschlossen. Am zweiten Weihnachtsfeiertage und am Sonntag, den 31. Dezember, ist es von 9—3 Uhr geöffnet.

Der städtische Verkauf findet mit Rücksicht auf die Weihnachtzeit bis zum Jahreschluß nicht mehr statt.

Der vorkrisismäßige Lehrplan.

Begegnen einen Lehrer der 280. Knaben-Gemeindefchule (Frankfurter Allee), der mit seinen Schülern nicht ohne Erfolg fertig zu werden vermag, hatte der Vater eines von diesem Lehrer geprägten Jungen die Schuldeputation angerufen. Er teilt uns jetzt den Bescheid mit, den die Schuldeputation ihm hat zukommen lassen und gibt uns auch Kenntnis von dem Urtheil, das er seiner Beschwerde beigefügt hatte. Die Meinung des Vaters, daß die Angelegenheit von Interesse auch für andere Eltern sei, erscheint uns zutreffend. Leider kennen wir nicht den Wortlaut seiner Beschwerde, weil er keine Abschrift von ihr zurückbehalten hat. Es ist aber aus dem diebald etwas ausführlicher Bescheid der Schuldeputation mit hinreichender Deutlichkeit zu ersehen, um was es sich handelt. Genügen wird es, daß wir lediglich die Schriftstücke wiedergeben.

Der Arzt, der den jetzt 14jährigen Jungen nach der Abstrahlung untersucht hatte, bescheinigte in seinem Attest das folgende Ergebnis:

„Der objektive Befund ergibt bei dem Knaben eine große Menge längerer und kürzerer Strichen auf dem Rücken besonders, am Gesäß und sogar eine Verletzung hinter dem linken Ohr. Ich bemerke, daß es sich in diesem Falle überdies noch um einen an starker Nervosität leidenden Knaben handelt.“

Als der Vater die Sache weiter verfolgte, bemühte der Lehrer sich, ihn zu besänftigen. Er kam ihm zu diesem Zweck sogar in die Wohnung, und als die Visite nicht den gewünschten Erfolg hatte, wurde später noch durch eine Mittelperson um Milderung der Beschwerde erlucht. Der Vater hielt die Beschwerde aufrecht und wurde schließlich von der Schuldeputation durch folgende Antwort abertallt:

„Die von dem zuständigen Schulinspektor geführte Untersuchung Ihrer Beschwerde vom 24. Oktober 1911 über den Lehrer Herrn Klammann hat folgende ergeben: Ihr Sohn ist nicht wegen der freilich sehr hohen Fieberzahl seines Vaters gezeichnet, sondern weil er von seinem Nachbar abgeschrieben hatte. Daß die Fälschung derber ausgefallen ist, als sie ursprünglich beabsichtigt war, liegt allein an dem jeder Schulzeit hoch sprechenden Widerstand, den der Knabe dem ersten Hieb entgegensetzte. Er wurde auf den Rücken geschlagen, weil der Lehrer so vorsichtig war, den früheren Versuch zu berücksichtigen; sonst wäre das Gefäß gewiß worden. Er hat nach dem einstimmigen Zeugnis des Lehrers und der Klasse nur vier Hiebe mit einem mächtig dicken und vorkrisismäßigen Rohrstock erhalten; die größere Zahl der Strichen erklärt sich daraus, daß jeder Hieb auf beiden Seiten des Rückens in Erscheinung getreten ist. Die Verletzung hinter dem Ohr sowie den blauen Fleck am Gesäß hat er sich selbst bei seinem Widerstand durch Stoßen an der Wand, über die er sich warf, zugezogen; dabei kann auch seine Hose zerrissen sein. Von Nervosität des Knaben ist der Schule nichts bekannt geworden, auch daß der Schularzt niemals eine eventuell erforderliche Fälschung untersagt. Auch ist Ihre Behauptung ganz unzutreffend, der Lehrer habe den Kindern verboten, zu Hause über ihnen zuteil gewordene Fälschungen zu reden. Daß die Fälschung Ihres Sohnes für ihn keine gesundheitlichen Folgen gehabt hat, vielmehr eine erprießliche erzieherische Wirkung ausübte, geht auch aus dem sehr artigen, aber durchaus heiteren und unbefangenen Wesen hervor, das er am Tage danach, am Sonnabend, in der Schule zeigte. Wir sehen deshalb keine Veranlassung, gegen den Lehrer disziplinarische Maßnahmen zu veranlassen.“

Die Antwort ist, wie gesagt, diesmal etwas ausführlicher, als Schuldeputationsbescheide sonst zu sein pflegen. Zu wünschen wäre allerdings noch, daß die Schuldeputation dem Vater auch mitgeteilt hätte, worin der jeder Schulzeit hoch sprechende Widerstand bestand. Mancher Lehrer hält es schon für Widerstand, wenn der Jüling, den er prägen will, seinen Körper dem „vorkrisismäßigen Rohrstock“ nicht willig genug darbietet. Auch darüber hätte die Schuldeputation sich äußern sollen, wieviel in Folge des Widerstandes, die Fälschung derber ausgefallen ist. Soll aus diesen Worten herausgelesen werden, daß der Lehrer, um auch den Widerstand noch zu bestrafen, mehr Prügel ausgeteilt habe, als er anfanglich beabsichtigt hatte? Denn zu der derber ausgefallenen Fälschung wird ja die Schuldeputation nicht die Verletzung hinter dem Ohr und den blauen Fleck am Gesäß zählen, die nach ihrem Bescheid gar nicht dem Stock des Lehrers, sondern dem Widerstande des Jungen zuzuschreiben sind.

Waffen muß schließlich noch, daß von einer Nervosität des Knaben, die der Arzt — nicht der Schularzt, sondern ein Privatarzt in seinem Attest ausdrücklich hervorhebt und sogar als stark bezeichnet, der Schule nichts bekannt geworden ist. Ueber diese Angabe des Schuldeputationsbescheides haben wir uns noch mehr gewundert, nachdem wir durch persönliche Unterredung mit dem Jungen einen Eindruck gewonnen haben, der uns das Urteil des Arztes doauf zu bestätigen schien. Der Gegensatz zwischen der sehr bestimmt vorgetragenen Ansicht des Privatarztes und den Beobachtungen der Lehrer und gewiß auch des Schularztes, die keine Nervosität bemerkten, ist so sonderbar, daß man annehmen möchte, die Schuldeputation habe daraufhin den Knaben sofort durch den Schularzt speziell bezüglich der behaupteten Nervosität untersuchen lassen. Untersuchung wurde er in der Tat von dem Schularzt, nachdem der Vater seine Beschwerde abgeschrieben hatte, und der Arzt sogte dem Jungen, von den Schlägen sei ja schon nichts mehr zu sehen. Das war etwa 14 Tage nach jener Abstrahlung. Ueber von einer Untersuchung auch wegen Nervosität sagt die Schuldeputation kein Wort, und sie weh von der Wirkung eines Schularztes nur zu berichten, daß dieser „niemals eine eventuell erforderliche Fälschung untersagt“ habe. Hierzu teilt die Mutter uns mit, daß der Knabe, als er vor jetzt 7 1/2 Jahren eingeschult worden war und damals einem Schularzt vorgestellt wurde, von ihm sofort als nervös bezeichnet worden sei. Auch habe jener Schularzt ihr geraten, das Kind nicht zu schlagen.

Nach alledem muß die Antwort der Schuldeputation, trotz ihrem Wortreichtum, von den Eltern des Knaben als durchaus unbefriedigend empfunden werden. Auf den Gang solcher Untersuchungen und auf die Verteilung der Bescheide haben, wie bekannt, die sozialdemokratischen

Stadtverordneten keinerlei Einfluss, weil sie von der Mitarbeit in der Schuldeputation ausgeschlossen werden.

Zu den beiden Stutaten am Comeniusplatz wird mitgeteilt: Die Leiche des erkrankten Otto Söldner aus der Finowstraße wurde gestern nachmittag von dem Gerichtsarzt Dr. Strauch obduziert. Der Autopsie Wilhelm Kube, der beschuldigt wird, ihm den Todesstich versetzt zu haben, wurde aus dem Untersuchungsgefängnis an die Leiche geführt. Er behauptet nach wie vor, daß er in der Notwehr gehandelt habe. Dem stehen Aussagen von Zeugen gegenüber, die hören, daß Kube in der Schankwirtschaft in der der Streit begann, sagte, jetzt las ihn nur kommen, ich werde es ihm besorgen und sehen, daß er dabei sein großes Schlächtermesser aufklappte und in den Hockärmel schob. Ueber die Herkunft des Messers sagt Kube, er habe früher bei Schlachtern gearbeitet und besitze das Messer noch von dieser Zeit. Söldner ist nach dem Ergebnis der gerichtsarztlichen Untersuchung an innerer Verblutung gestorben. Kube hat den Stich mit ungeheurer Wucht geführt. Die etwa 15 bis 20 Zentimeter lange Klinge drang tief in die linke Brust ein und durchdrang die Hauptschlagader. Obwohl sie nur 2 Zentimeter breit ist, verursachte sie infolge der heftigen Bewegungen eine 5 Zentimeter breite Wunde. In die Brusthöhle ergossen sich 8 Liter Blut. — Wegen des Totschlags an dem Elektrotechniker Fritz Raschke aus der Pernitzstraße war auch der Schankwirt Libera vom Comeniusplatz 6 vorläufig festgenommen worden. Er wurde beschuldigt, den Segnern des Ertrunkenen in seinem Lokal Messer gereicht zu haben. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß das leere Gerde war. Der Mann wurde deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Stich ist mit einem Taschenmesser geführt worden. Wer gestochen hat, steht immer noch nicht fest. Das Messer ist vor dem Hause Remeler Str. 61 weggenommen worden. Am Sonntagmorgen lag es nicht mehr da. Der Finder, der es aufgedeckt hat, hat es bisher noch nicht abgeliefert. Er wird dringend ersucht, es der Kriminalpolizei oder der Revierpolizei zu übergeben. Es muß stark mit Blut besudelt gewesen sein. Das Messer gehört, wie ermittelt wurde, einem gewissen Koleschewski. Dieser gab es während des Streites dem Arbeiter Barschal, der gleich an Ort und Stelle verhaftet wurde. Dieser bestreitet, gestochen zu haben, und behauptet, daß er das Messer einem gewissen Potkowski, der wegen Schlägerei und Widerstandes gegen die Staatsgewalt wiederholt bestraft ist, weitergegeben habe. Dieser gibt zu, das Messer erhalten zu haben, sagt aber, daß das erst gewesen sei, nachdem Raschke schon gestochen worden war. Nicht er habe also den Stich geführt, sondern Barschal. Beggeworfen hat Potkowski das Messer. Es haben sich Zeugen gemeldet, die gesehen haben, daß Potkowski das Messer schon erhielt, bevor noch der Stich erfolgt war. Weil noch nicht alles hinreichend geklärt ist, so sind einweilen noch beide, Barschal und Potkowski in Haft gehalten worden.

**Aus dem Heim eines Gottesdieners.**

In Berlin gibt es — was Unkroenen wenig bekannt sein dürfte — im Kirchenwesen noch das Amt eines Propstes. Kürzlich ist zum Propst zu St. Nikolai der Generalsuperintendenten Händler ernannt worden, der als Nachfolger des bisherigen Propstes Wirklichen Oberkonsistorialrats Haber an dessen Stelle treten soll. Die Amtwohnung des Propstes befindet sich in der Propststraße in dem der Stadt Berlin gehörenden Propstengebäude, das von der Stadt „in baulichen Werten zu halten“ ist. Nach dem Ausscheiden des bisherigen Propstes, der die Räume 13 Jahre hindurch bewohnt hat, soll die ganze Wohnung instand gesetzt werden, und bei dieser Gelegenheit will der Magistrat in dem vor einem halben Jahrhundert neu erbauten Hause zugleich mehrere Änderungen und Verbesserungen ausführen lassen. Das Gebäude, sagt der Magistrat in seinem dem Stadtverordneten vorgelegten Antrag, „entspricht in vieler Hinsicht nicht den Anforderungen, welche heutzutage an eine derartige Dienstwohnung sowohl in bezug auf die Wohnlichkeit als die Bequemlichkeit der Gesamtanlage als auch leitender der Verwaltung gestellt werden“. Als besonders fühlbarer Mangel wird es bezeichnet, daß die Küche nicht Speisekammer und das Badezimmer des Propstes sowie die Wohnung des Portiers im Keller liegen, daß die Portierwohnung keinen Eingang von der Durchfahrt aus hat und daß in den meisten Räumen Gasbeheizung fehlt. In dem Erläuterungsbericht, der dem Magistratsantrag beigegeben ist, wird unter anderem gesagt: „Weiterhin erscheint es dringend erwünscht, neben der Küche einen Speiseanbau vom Erdgeschoß nach dem ersten Stock einzurichten.“ Offenbar fürchtet man, daß dem hochwürdigen Herrn Propst die Suppe kalt werden könnte, wenn sie ihm aus der Küche, die aus dem Keller ins Erdgeschoß verlegt werden soll, nach seiner im ersten Stock gelegenen Wohnung hinaufgetragen würde. Eigenartig berührt folgende Stelle des Erläuterungsberichtes: „Endlich ist seit jeher darüber geklagt worden, daß die Portierloge nur durch ein hochgelegenes Fenster mit der Durchfahrt verbunden ist, so daß der Portier, um unbefugte und ausdringliche Personen und Bettler zurückzuweisen, erst einen großen Umweg um das Treppenhaus machen muß, ehe er an den Eingang gelangt. Es wird demnach beantrag, daß die Portierloge durch eine Tür mit Treppe direkt mit der Durchfahrt verbunden wird.“ Wer hat das als Uebelstand empfunden und darüber geklagt? Hat der Portier des bisherigen Propstes auch Bettler zurückgewiesen? Oder erwartet man, daß der Portier des neuen Propstes solche zurückweisen wird? Der neue Propst sollte Einspruch dagegen erheben, daß die bauliche Verbesserung des Propstgebäudes zum Teil begründet wird mit der Notwendigkeit, dem Portier eine schleunige Zurückweisung auch der Bettler zu ermöglichen. Im Heim eines Gottesdieners wird, denken wir uns, kein Bettler sich darauf gefaßt machen, daß er zurückgewiesen werden könnte. Jeder Gottesdiener kennt ja das Bibelwort von dem Hungrigen, den er sättigen soll, und wird gewiß keinen Portier dementsprechend instruieren.

Die Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Eisenbahnplan für die südliche Strecke abwärts für das Etatsjahr 1912. Es dürfte für weitere Kreise von Interesse sein, daß der Verkehr auf den Nordlinien sehr zugenommen hat, so daß die Befähigung von 15 neuen Antriebswagen erforderlich geworden ist. Infolgedessen muß auch eine vierte Wagenhalle auf dem südlichen Streckenabzweig in der Anprobenstraße angelegt werden. Die Verkehrsdeputation hat ferner im Prinzip den Bau der südlichen Eisenlinien Hermannsplatz — Tschornoplatz, Großgörlitzerstraße — Bedrenstraße und Kreuzberg — Bedrenstraße beschlossen. Außerdem lag der Deputation ein Antrag des Grundbesitzervereins Frankfurter Torbezirk wegen Entferrnung der Schmelzofen-Probierstraße vor. Es wurde beschlossen, den Antrag abzulehnen, da die Verhandlungen mit der A. G. wegen der Schmelzofen-Probierstraße — Nigdorf noch nicht erledigt sind.

Einem schaurigen Hund machte die Försternsrau des Hauses Antonstraße 31. Als sie auf dem Boden eine Leiche auslegte, um sie für sich selbst in Gebrauch zu nehmen, sah sie auf ein dickes, stark verhärtetes Paket. Sie öffnete es und fand darin eine Kindesleiche, die schon so stark verwest war, daß selbst das Gesicht nicht mehr festzustellen war. Sie war eingewickelt in eine grüne Tuchdecke, zwei Säcke, ein Handtuch und zwei mit Blut besudelte Hemden. Nur so hatte die noch nicht ermittelte Mutter, es erreicht, daß die Verwesung keinen läßlichen Geruch verbreitete.

Den Tod im Wasser suchte und fand eine unbekannte Frau, die in der Nacht zu gestern gegen 12 Uhr vom Wilmersdorfer Ufer vor dem Hause Nr. 8 in die Spree sprang. Sie ging sofort unter und kam bisher nicht wieder zum Vorschein. Zeugen des Vorfalls konnten nur sehen, daß die Unbekannte einen dunklen Rock, ein helles

Jackett und einen dunklen Hut trug. Näher können sie sie nicht beschreiben.

Bei der Weihnachtsfeier des vierten Wahlkreises am Sonntag, den 17. d. Mts., im Gewerkschaftshaus ist eine Brieftasche gefunden worden. Abzuholen im Bureau des Wahlvereins, Straßauer Platz 1/2.

**Vorort-Nachrichten.**

**Schöneberg.**

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Vorsteher teilte zunächst mit, daß der Magistrat der hohen Kosten wegen es abgelehnt habe, jedem Reichstagswähler eine Legitimationskarte zu übersenden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Interpellation eingebracht:

1. Der Magistrat wird ersucht, Auskunft zu erteilen, wieviel schulpflichtige Kinder an Diphtherie und Scharlach erkrankt und gestorben, ferner wie viel Schulen infolge der Epidemie geschlossen sind.
  2. Welche durchgreifende Maßnahmen gedenkt der Magistrat zur erfolgreichen Bekämpfung der Krankheit zu unternehmen?
  3. Eine Kommissionsmission einzusetzen, um den Herd der Epidemie, deren Verfolg und Beseitigung nach Möglichkeit festzustellen und wirksam entgegen zu treten.
- Genosse Hoffmann wies bei der vorliegenden hohen Frequenz der Volkskrankheiten gleich auf die Gefahren hin, die für die Allgemeinheit entstehen müssen. Stadtschulrat Kossow wies darauf hin, daß die Schüler nach Möglichkeit die Schule ihres Wohnbezirks besuchen sollen. Dadurch weisen oft einzelne Schulen einen härteren Besuch auf. Die steigenden Klassen sollten möglichst besetzt werden. Stadtrat Kachnow beantwortete die Interpellation dahin, daß allerdings eine ausgedehnte Epidemie an Diphtherie und Scharlach gewesen sei, jetzt sei dieselbe aber in der Abnahme begriffen. In der Woche vom 27. November bis 2. Dezember seien sechs Todesfälle zu verzeichnen gewesen, vom 3. bis 9. Dezember jedoch nur zwei. Auch im Krankenhaus, wo für derartige Fälle 120 Betten zur Verfügung stehen, hätten die Aufnahmegesuche bedeutend nachgelassen. Die behandelnden Ärzte sowie die Eltern mühten jeden Fall sofort der Polizei mitteilen. Um die Epidemie einzudämmen, sei Heilserum beschafft und an Ärzte abgegeben worden. Die Eltern sollten, sobald ein Kind über Hals- und Ohrenschmerzen klagt, sofort einen Arzt oder das Krankenhaus aufsuchen. Anfang November sind in der 10. Gemeindeschule, Feuerstraße, am Holz 50 Kinder und 23 Familienangehörige erkrankt, dagegen seien über 50 Erkrankungen nicht gemeldet worden. Bis jetzt sind die 10., 11., 15., 7. und 1. Gemeindeschule bis zum 8. Januar nächsten Jahres geschlossen. Während dieser Zeit werden diese Schulen alle gründlich desinfiziert. Genosse Käfer betonte bei derartigen Erkrankungen sei besonders zu beachten, daß die Erkrankten und deren Angehörigen mit Geschäften möglichst wenig zusammenkommen. Ganz besondere Vorschriften seien für die Volksschulen zu erlassen, wo täglich mehrere Hundert Kinder gepeißt werden. Sanitätsrat Friedmann (Lib. Frkt.) wünscht, daß diese Kosten nicht als Armenunterstützung angesehen werden.

Auf dem städtischen Baugebäude am Stadtpark in der Nähe des neuen Rathauses soll eine höhere Schule errichtet und ein Teil der erbauten Räume mit Volksschulklassen belegt werden. Mit Ausnahme des neuen Rathauses wurden sämtliche öffentliche städtische Gebäude unter der Leitung des Baurats Gelling projektiert und ausgeführt. Da man seine Wiederwahl nicht hintertrieben konnte, obwohl ein Teil der liberalen Fraktionen alles daran setzte, den Mann zu stürzen, so wird jetzt versucht, denselben künstlerisch tot zu machen; alle öffentlichen Bauten sollen ausgeführt werden. Dieses Experiment wird tausende Mark verschlingen. Die Stadtverordneten Vassien (lib.) und Zobel (lib.) treten für Auslieferung ein, während Bürgermeister Blankenstein sowie unsere Genossen Kollendubur und Bernstein auf den praktischen Unwert einer derartigen Ausschreibung hinweisen. — Stadtbaurat Gelling ersuchte dringend, von einer Ausschreibung Abstand zu nehmen, da bereits alles fertig vorliege. Auch in architektonischer Beziehung hätten Künstler sich anerkannt ausgeprochen.

Gottschewer (Lib. Frkt.) erklärte, daß die fortwährende Hege, die von der Liberalen Fraktion gegen einen tüchtigen Beamten wie den Bauat Gelling betrieben werde, nicht mehr länger mit ansehen könne, seinen Austritt aus der Liberalen Fraktion. Die geistigen Führer der Liberalen, die Herren Meyer und Zobel verurteilten, den Eindruck, den diese Worte hervorriefen, zu vermeiden, hätten aber keinen Erfolg damit. Nachdem Genosse Müller gleichfalls eine Ausschreibung, die mindestens an 15 000 M. erfordert, als nicht für notwendig bezeichnet hatte, wurde die Ausschreibung mit 25 gegen 17 Stimmen beschlossen. Nur die Liberalen stimmten dafür.

In einer Tringlichkeitsvorlage hatte der Magistrat beantragt, den städtischen Beamten und sonstigen ständigen Bediensteten, insoweit sie einen eigenen Hausstand haben und nach dem gegenwärtigen Stande einen Jahresverdienst bis zu 2000 M. einschließlich beziehen, eine einmalige Feuerungszulage von 40 M. zu bewilligen. Die Zulage ist nach vor Weihnachten in einer Rate auszahlbar.

Unsere Genossen beantragten, jedem die Feuerungszulage zu gewähren, der ein Einkommen bis zu 2500 M. einschließlich bezieht.

Die Liberalen lehnten diesen Antrag ab.

Ferner wollte der Magistrat nur den männlichen Beamten die Zulage gewähren, dies wurde einstimmig abgelehnt.

Bei der Neuregelung der Arbeiterlöhne beantragten unsere Genossen, den Wochenlohn auf 25.50 M. zu erhöhen und für Sonn- und Feiertagsarbeit für die ersten 3 Stunden 100 Proz. für die darüber liegende Ueberarbeit 50 Proz. zu gewähren. Genosse Müller zeigte, daß den städtischen Arbeitern die Neuregelung gerade 10 Pfennig Lohnmehrung pro Woche gebracht hätte. Die Liberalen lehnten die Verbesseerungsanträge ab.

Für Arbeiter und untere Beamten haben sowohl die angehende liberale Verwaltung sowie deren liberale Mehrheit nicht viel übrig. Mögen sich die Arbeiter endlich einmal merken, wer ihre Freunde sind. Einstimmig beschlossen wurde hierauf, dafür einzutreten, daß die angeordnete Räumung der an Künstler vermieteten Ateliers, wenn überhaupt, frühestens im Sommer 1912 erfolgt. Eine am Freitag, den 22. d. Mts., abends 6 Uhr stattfindende Stadtverordnetenversammlung soll sich mit der Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten und der Einführung der Kinematographensteuer beschäftigen.

Eine Weihnachtsfeier des Arbeiter-Turnvereins findet am ersten Feiertag in den „Spieghelwälden“ (Jah. Stebert), Spidernstr. 3, statt. Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf. Alle Freunde der Arbeiter-Turnbewegung sind hierzu eingeladen. — Die Turnübungen des Vereins finden jeden Montag, Mittwoch und Freitag bei Dess, Hauptstraße 6, statt.

**Nigdorf.**

Zur Fortführung und Fertigstellung des Schiffahrtskanals bewilligte der Magistrat in seiner letzten Sitzung den Betrag von 1.200.000 M. Derselbe soll durch eine neue Anleihe gedeckt werden. Die für den Marktbetrieb auf der Schillerpromenade erforderliche Bollbedarfsanstalt soll nach Maßgabe des vorgelegten Planes an dem Herrmannsplatz errichtet werden. — Von den in Berlin stattgefundenen Verhandlungen wegen des Auswärtswohnens der Beamten wurde Kenntnis gegeben. Eine Änderung in der bisher gültigen Praxis wird nicht empfohlen. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Kalteverhalt nach dem neuen Winterabstand in welschlicher Richtung, für welchen hauptsächlich das Köhlische Ufer zwischen Teupitzer Straße und Straße 53 in Frage kommt, wurde beschlossen, die 15 Meter breite Holzbrücke im Zuge der Teupitzer Straße durch eine massive Brücke von 10 Meter Nutbreite zu ersetzen. — Von den vom Hochbauamt projektierten Umbauten der Desinfektionsanstalt zwecks Beseitigung der vorhandenen Mängel und Mischstände

soll abgesehen, dagegen das Hochbauamt beauftragt werden, mit möglicher Beschleunigung den Neubau einer Desinfektionsanstalt zu projektieren und dabei zunächst die Ausführbarkeit des Projekts auf dem den Gasbehältern vorgelagerten Grundstücksstück des Wasserhausgrundstücks an der Comeniusstraße zu prüfen.

Auffehen erregt in Nigdorf der Selbstmord eines Gas-eigentümers. Der 44 Jahre alte frühere Bildhauer Alfred Boje, der als Rentner in seinem eigenen Hause in der Wilmersdorfer 4 wohnte, führt seit längerer Zeit mit seinem Schwiegervater einen Erblichkeitsstreit. Frau Boje hatte vor 5 Jahren das Erbe ihrer Mutter ausgezahlt erhalten. Ihr Vater verlangte diese Summe zurück, und hierum drehte sich der Prozess, der jetzt entschieden wurde. Damit ist auch der Selbstmord des Mannes in Zusammenhang zu bringen. Gestern abend fand man ihn in seinem Arbeitszimmer erhängt auf.

**Zehlendorf (Wannseebahn).**

Der Messerstecher verhaftet. Der nächtliche Kampf in der Kaiserstraße, in dessen Verlauf der Töpferlehrling Tieg getötet und der Maurerlehrling Radolla tödlich verletzt wurde, hat inzwischen zur Verhaftung des mutmaßlichen Täters geführt. Vollzeitskommissar Meyer von der Zehlendorfer Polizei begab sich gestern früh nach Reinickendorf, um weitere Feststellungen zu machen und diese führten zur Verhaftung des 23 Jahre alten früheren Stadtschweizers Otto Böfale, der zuletzt in Reinickendorf als Arbeiter beschäftigt wurde. Er leugnet, sowohl Tieg getötet wie Radolla niedergestochen zu haben. Er wurde nach Zehlendorf transportiert und sollte noch im Laufe des gestrigen Tages mit dem Radolla, der im Kreisstranenhäus Lichtenfelde danieliederliegt, konfrontiert werden.

**Ober-Schöneweide.**

Die Zentralküche, welche von der Gemeinde im Hause Laufener Straße 8 eingerichtet wurde, um bei der herrschenden Teuerung preiswertes, billiges warmes Essen an jedermann abzugeben, erfreut sich schon jetzt eines erhöhten Zuspruchs. In der ersten Zeit hatte die Gemeinde infolge der Garantieleistung auf eine gewisse Anzahl abzunehmender Portionen Zusätze bis zu 50 M. täglich zu leisten, die sich nun aber durch die erhöhte Zuanpruchnahme sowie günstigere Abmachungen mit dem Unternehmer bedeutend verringert haben. Als sonderbar muß es bezeichnet werden, daß, wie in der letzten Gemeindevertreterversammlung ausgeführt wurde, keine Vorräte getroffen wurde, um das übrig bleibende Essen ganz armen Personen zugänglich zu machen. Die Einrichtung selbst würde erhöhten Wert erst erhalten, wenn es möglich wäre, daß das Essen an Ort und Stelle eingenommen werden könnte. Von dieser Maßnahme glaubte die Gemeinde jedoch in Anbetracht der hieraus erwachenden großen Unkosten absehen zu lassen. Um möglichst viel Veranlassungsgelassenheit zu schaffen, ist die Küche des Abends jetzt bis 7 Uhr geöffnet.

**Reichsverbandflugblätter durch Schulkinder verteilt.**

Aus Ober-Schöneweide wird berichtet, daß am Freitagabend 9 Uhr Flugblätter des Reichsverbandes (Nr. 23) durch zwei Schulkinder im Alter von 12 und 13 Jahren verteilt worden sind. Auf die Frage, wer sie denn mit den Flugblättern sandte, antworteten die Kinder, daß es der katholische Pfarrer sei. Ist das richtig, so dürfte diese Tatsache genug sagen; eines Kommentars bedarf der Vorgang nicht.

**Adlershof.**

Heute Mittwoch, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, findet die Erziehung zur Gemeindeveteiligung statt. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist Genosse Wilhelm Zobel, Bismarckstr. 11. Wähler der dritten Abteilung, erfüllt eure Pflicht.

**Oranienburg.**

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Bei Nachbemessung einer Etatsüberlieferung für Freibaden der Schulkinder sprach Genosse Boris sein Bedauern darüber aus, daß dieser Etat nur 200 M. vorliehe. Es sei die Einstellung einer höheren Summe am Platze. Der Bürgermeister meinte, daß den Kindern, sobald sich bei Nachfragen die Bedürftigkeit in den einzelnen Päden herausgestellt habe, bessere Rechnung getragen worden sei. Genosse Carlipp betonte, daß die Stadt schon aus hygienischen Gründen den Kindern kostenlose Badegelegenheit gewähren müsse. Bei Beratung des Antrages auf Tarifveränderung der Abgabe am Kanal rief Genosse Carlipp das Verhalten des Magistrats, der auf mehrmaliges Schreiben des Väckers, den Schwuppen zu vergrößern, keine Antwort erteilt hätte. Es sei die Vergrößerung des Schwuppen schon deshalb notwendig, damit nicht die Schiffer wegen Raummangel an Privatgrundstücken anzufragen gezwungen seien. Damit verließ sich die Stadt zugleich auf eine Einnahmequelle. Dem weiteren Antrage des Magistrats auf Aufhebung der Friedhofordnung, die das Einschleppen der Gräber mit Stein oder Zement zuläßt, widersprach Herr Höblich. Ferner beschloß die Versammlung die Anstellung eines Stadtbauamts, der zugleich Mitglied des Magistrats sein soll.

**Nowatze.**

Auf die Jugendchriften- und Wandstempel-Ausstellung, die vom Bildungsausschuß im kleinen Saal der „Leutschen Zeitsäle“, Eingang Friedrichstraße, gegenwärtig veranstaltet wird und bis zum 23. d. M. dauert, sei die Arbeiterchaft besonders aufmerksam gemacht. Die Ausstellung bietet eine reichhaltige Auswahl nicht nur in guten Jugendchriften und Bildbüchern für die Kleinen, sondern auch diejenigen, die sich für wissenschaftliche und schöne Literatur interessieren, können ihre Wünsche in weitestem Maße befriedigen. Auch der künstlerische Wandstempel ist vertreten. Die Ausstellung ist geöffnet: werktags von 7 bis 10 Uhr abends; Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

Tele- und Telegrafien „Zab. Ch.“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Görliger Straße 58: Sitzung. Gäste willkommen.

**Witterungsübersicht vom 19. Dezember 1911.**

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter
Smirnsche	763.3	2wolig	3	Napangan	758	3	bedeckt	0	
Hamburg	761.2	3 Dunst	4	Petersburg	763	3	bedeckt	1	
Berlin	764.5	2 bewöl	2	Wien	762	3	bedeckt	10	
Frankfurt	765.2	bedeckt	1	Aberdeen	743	3	bedeckt	8	
München	770.2	bedeckt	1	Paris	761	3	bedeckt	10	
Wien	771.2	bedeckt	1						

Wetterprognose für Mittwoch, den 20. Dezember 1911. Ein wenig wärmer, vorwiegend wolfig mit leichten Regenschauern und stellenweise lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	18.12.	17.12.	18.12.	17.12.	
Remel, TWH	190 <sup>1</sup>	+2	Saale, Großh.	50	+8
Bregel, Anst. Burg	52 <sup>1</sup>	-2	Oder, Spandau	42	+2
Wickel, Lohm	14	0	Oder, Rathenow	30	+2
Oder, Kallberg	120	+4	Oder, Spremberg	82	0
Krossen	50	0	Beesdom	79	-1
Frankfurt	70	-2	Weser, Minden	116	+1
Weser, Sarum	22	+6	Weser, Minden	170	0
Lansberg	-12	0	Rhein, Magdeburg	316	+1
Rega, Fordingen	-6	0	Rhein, Köln	116	+1
Elbe, Veltmuth	-7	-2	Rhein, Köln	134	-5
Dresden	-196	+1	Neckar, Heilbronn	48	+11
Berlin	15	+1	Rhein, Barmen	22	-1
Magdeburg	21	+1	Rhein, Trier	123	+10

1) + bedeutet Hoch, - Fall. 2) Unterpegel. 3) Wasserstand. 4) Oberhalb der Brücke Wasserstand.

# Für Hausfrauen!

Achtung! Großer Teuerungszuschuß! Achtung!

## „Ideal-Brot“

garantiert reines, verfeinertes Roggenbrot, vorzüglich im Geschmack und leicht verdaulich, kostet von heute ab nur 45 Pf. das übliche große Brot.  
Zu haben in Delikat-, Kolonialwaren- und Milchgeschäften, wo nicht, wende man sich direkt an die Ideal-Brot-Fabrik in Pankow, Mühlentstr. 17 oder Blazstr. 8. Fernsprecher: Pankow 132.

### Charlottenburg.

## Uhren und Goldwaren.

Größte Auswahl, solide Bedienung.

### Friedrich Stabenow,

Berliner Str. 146.

# Eisenwarenhandlung Artur Weigel

Frankfurter Allee 155 Ecke Niederbarnim-Str. vis-a-vis der Proskauer Straße.

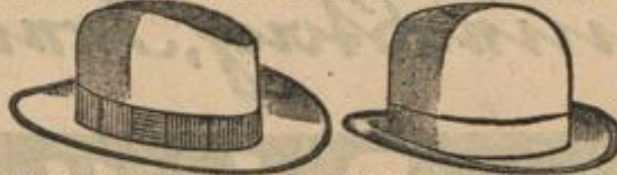
## Haus- und Küchengeräte.

Schlitten. 5 Proz. Rabatt Schlittschuhe.

# Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (KeinLaden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-4,00 Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00  
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware  
Größte Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

# Gänse!

# Gänse!

sowie sämtliche Gänse-Artikel täglich frisch und in großer Auswahl.  
Gänsefleisch a Pfd. 40 Pf., Gänseleberwürstchen a Stck. 10 Pf.  
la Gänsefleisch, garantiert rein, a Pfd. 1,20 M. 257/10  
Geräucherte Gänsekeulen mit und ohne Knochen.  
H. Schlack- und Salamiwurst a Pfd. 1,20 M. usw.

## Hermann Leißner, Berlin C.,

Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11. Zentral-Markthalle Stand 28.



## Billige Kuverts

für die Reichstagswahl  
1000 Stück 1.40 M. an bei größeren Mengen. 2030b

Muster-Sortimente zu Diensten.

## Albert Lenze

Kuvert-Fabrik mit Kraftbetrieb Leipzig-R. 52a, Kohlgrabenstraße 52a.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 20. Dezember 1911.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Kistenbrödel.

Anfang 4 Uhr.  
Neues Volkstheater. Das Saubere Mädchen.

Wochen. Rag und Moritz. Thalia. Koffappchen.

Welle-Alliance. Dornröschen. Hofe. Goldbärchens Himmelfahrt.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
A. Opernhaus. Der Rosenkavalier.

S. Schauspielhaus. Die Schwanen.

Deutsches. Turat dol. Gubernand. Spezialitäten.

Jirtus Busch. Gala-Vorstellung. Jirtus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.  
Hrania. Zaubertränke 48/49.

Von Meran zum Oriller. Fortfall: Elektrische Kraftübertragung.

Kammerstücke. Nathan der Weise. Karfunkelstein. Geschlossen.

Berliner. Die Künstlergalerie. Verding. Schellerhausen.

Romische Oper. Der Barber von Sevilla.

Neues Schauspielhaus. M. Heideberg.

Neues. Das Rädel von Montmartre.

Wesien. Jatinija.

Residenz. Ein Walzer von Chopin.

Neues Opernhaus. Die moderne Eva.

Kleines. Lottchens Geburtstag.

Weg und Bannh. Elyer. Hedenjos.

Schiller O. König Heinrich.

Sau. Charakteristiken. Kastele.

Friess. Wild. Schauspielhaus. Geschlossen.

Königsgraber Straße. Spielereien einer Kaiserin.

Hofe. Faust.

Die Nacht von Berlin.

Lustspielhaus. Die Vergnügungsthe.

Trianon. Mein Baby.

Thalia. Vainische Wirklichkeit.

Lustig. Wie lange durchs Leben.

Castro. Der Kampf ums Dasein.

Neues. Spezialitäten.

Herrfeld. Schmerzlose Behandlung.

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

## Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:  
Die Künstlergalerie.

Theater in der Königsgraber Straße  
Abends 8 Uhr:  
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Das Rädel von Montmartre.  
Eremitte: Fritz Masaryk.

Theater des Westens.  
8 Uhr: Fata Morgana.  
Mittwoch und Sonnabend nachm.  
4 Uhr: Rag und Moritz.

Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute 8 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.

Montag u. Dienstag (1. u. 2. Weihnachtsfeiertag) nachm. 3 Uhr: Die Dame von Maxim.

Abends 8 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater  
Heute 4 Uhr: Dornröschen.  
Abends 8 1/2 Uhr: Papstentwurf.  
Freitag, 22. Dez. zum erstenmal:  
Die schöne Kokotte.

Luise-Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Wir tanzen durchs Leben.

Metropol-Theater.  
Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon Theater.  
Abends ab 8 Uhr.  
Die großen Spezialitäten.  
9 Uhr:  
Harry Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.  
Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

Walden im Brettkönig.

Herrfeld Theater.

## Sozialdemokratischer Wahlverein des dritten Berl. Reichstags-Wahlkreises

Montag, den 25. Dezember (ersten Weihnachtsfeiertag), im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

# „Kunst-Abend“

Mitwirkende:  
Konzert von Mitgliedern des Berliner Sinfonie-Orchesters (Kapellmeister: Herr Maximilian Fischer).  
Gesang: Frau Klara Urban (Mezzosopran) x Herr Otto Kowalski (Bariton).  
Rezitation: Herr Max Laurence.  
Nach dem Konzert: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach x x Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. 214/12\*  
Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

x x x Anfang 7 Uhr x Entree 50 Pf. x Programm am Eingang gratis x x x

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
Von Meran zum Oriller.

Hörsaal 8 Uhr. Baumstr. Phoenix: Elektrische Kraftübertragung.

## Königsstadt-Kasino.

Ecke Holzmärkte u. Hegenerstraße  
Rom 16. Dez. bis 1. Januar.  
Tägl. 4, 8 Uhr: Das erlöschende Spezialitäten-Programm u. das gr. Volksstück in 2 Bildern  
Goldene Träume.

## Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:  
Mandelblüths Volterabend.  
Losgelassen.  
Waffenübung.

## Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße  
Eis-Arena.  
Von 10 Uhr an geöffnet.  
Nachmittags:  
Militär-Konzert.  
Um 5 1/2 Uhr:  
Das Weihnachtsmärchen Schneewittchen  
Abends:  
Das prachtvolle Eisballspiel:  
Alpenzauber  
Die kleine Charlotte  
Apachenlänze - Pushballspiel.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr an halbe Preise  
Restaurant ersten Ranges.

## Passage-Theater.

Das große Festprogramm.  
Der Triumph der Schönheit!  
Lebende Kunstwerke  
Claire Waldoff  
Der tapfere Herr Ängstlich  
Georg Kaiser u. W. Goldmann  
in den Hauptrollen  
und 12 Varieté-Sensationen.

## Passage-Panoptikum.

Während der Weihnachtsferien vom 17. Dez. bis inkl. 7. Januar:  
Volkstage.  
Jedermann ein Kind frei.  
Jedes Kind erhält ein Geschenk.  
Bei den Feueressern.  
Lebend! Lebend!  
Die wilden Essans  
Karawane sudanesischer Haul- und Feuer-Fakirs in ihrem Originaldorfe.  
Ohne Extra-Entree.

## Midgets Town

Hauptstadt von Lilliput  
mit ihren 70 Bewohnern  
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.  
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends  
Entree inbegriffen Varieté- und heitere Unterhaltungs-Vorstellungen.  
1 Mark.  
Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.

## Ober-Bayern Sport-Palast

Potsdamerstr. 72.  
Heute Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr abends.  
Das neueste: Wenn Du triffst für M. 1,- 3 Flaschen echten Keßler Sekt.

## Zirkus Busch

Heute, abends, 7 1/2 Uhr:  
Die Menschen-Affen  
Max und Moritz.  
Hektor und Loletta.  
Norman Telma.  
Herr Ernst Schumann, Meisterdresseur. Fr. Anna Stennis, Schulleiterin.  
Quadrille internationale.  
Um 9 1/2 Uhr zum 71. Male:  
Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Bildern

## Zirkus Schumann

Mittwoch, 20. Dezbr., 7 1/2 Uhr:  
Reichhaltiges Programm und  
Marino.  
Die größte Attraktion der Gegenwart!  
Ein Auto kommt in schnellstem Tempo in die Manago gefahren.  
Marino  
stemmt selbiges mit 2 Händen hoch. Die Motoren arbeiten mit voller Kraft. Gewicht 1500 Pfund. Marino läßt sich von einem Auto mit 5 Personen überfahren. Ohne Beihilfe. Jeder kann selbst sein Auto bringen.  
9 1/2 Uhr:  
1000 Jahre  
auf dem Meeresgrund  
Große Fieris in 5 Bildern nach Motiven aus 1001 Nacht.

## Boigt-Theater.

Gelehrtenbrunnen Dorfstraße 58.  
Mittwoch, den 20. Dezember 1911:  
Der Goldonkel.  
Volksstück mit 60. in 7 Bildern von G. Pohl.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Gastspiel Robert Steidl.  
Weihnachtsprogramm.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

## Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:  
Mein Baby.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Francillon.

## Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. Carl Richter.  
Jeden Mittwoch:  
Paul Mantheys  
lustige Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Rudolf Frolanz.  
- Vortragsarten gelten. -  
Freitag, Sonntag:  
Dr. Müller-Streichkonzert.  
Anschließend: Familienkränzchen ohne Nachzahlung.

## ROSE-THEATER

Große Jeanette Str. 132.  
Nachm. 4 Uhr: Goldbärchens Himmelfahrt.  
Abends 8 Uhr:  
Faust. I. Teil.  
Donnerstag: Die größte Liebe.

## Schmerzlose Behandlung.

Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr  
Voranzeige! Bildnis für die Weihnachtsfeierabend sowie für die Silberhochzeitfeierabend sind schon jetzt zu haben an der Theaterkasse, bei H. Hertel und im Invalidentent.

## Casino-Theater

Vollbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Kobitz!  
Das Sensations-Duett  
Der Kampf ums Dasein!  
An beiden Feiertagen 8 1/2 Uhr:  
Die Tochter des Sträflings.

## Roads Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Drummenstraße 16.  
Heute: Geschlossen.  
An allen drei Feiertagen:  
Große Festvorstellung.

